

Johannes Magel

EDITORIAL

Seit dem Erscheinen des letzten Hefts von T&P ist ein Jahr vergangen. Im Verlauf des Jahres 2019 ist über viele Fragen innerhalb der deutschen Linken mit unvermuteter Heftigkeit gestritten worden. Alte Fragen sind mit neuer Schärfe aufgeworfen worden, scheinbar neue Fragen, wie etwa die „Klimabewegung“ einzuordnen ist, haben zu nicht vorhergesehenen Verwerfungen geführt. All das ist auch an T&P nicht spurlos vorübergegangen. Mit diesem Heft versuchen wir, einen Beitrag zur Klärung der Debatte zu leisten.

Aus aktuellem Anlass dokumentieren wir die Rede, die *Männe Grüß* im Februar 2020 in Ziegenhals gehalten hat. Grüß zeigt die Linie der deutschen Monopolbourgeoisie auf, die den Faschismus an die Macht gebracht hat, die das antifaschistische Erbe des ersten deutschen Friedensstaates, der DDR, auslöschen möchte und die zu den treibenden Kräften einer neuen Konfrontation mit Russland gehört, die gegenwärtig in dem Großmanöver „Defender Europe 2020“ kulminiert. Grüß arbeitet heraus, dass der Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr als integraler Bestandteil und Herzstück eines antifaschistischen Kampfes begriffen werden muss.

Den Schwerpunkt dieses Hefts - Leninistische Stand- und Streitpunkte - leitet Jürgen Lloyd ein. Lloyd prägt in seinem Beitrag den Begriff des *Links-Populismus*, nicht als Schmähbegriff, sondern als Charakterisierung eines Ansatzes linker Strategie, sich den spontanen Protestbewegungen anzunähern, die sich in jüngster Zeit herausgebildet haben. Lloyd hält dies für einen schwerwiegenden Fehler, der darin liegt, in solchem Protest eine Artikulation antimonopolistischer Interessen zu erkennen und die Bewusst-

seinsinhalte, die in diesem Protest zum Ausdruck kommen, den Protestierenden selbst zuzuschreiben und nicht als Ausdruck einer Ideologie, die der „der Herren eigner Geist“ sei. Aufgrund der in diesem Beitrag skizzierten Differenzen, wird Jürgen Lloyd zukünftig nicht mehr dem Herausgeberkreis von T&P angehören.

Diether Dehm liefert einen Beitrag zur *Strategie einer populär marxistischen Linken*. Der Kern von Dehms Überlegungen ist dabei sein Ansatz des historischen Raums, den er, auf Lenin und Gramsci zurückgreifend, als dreidimensional erkennt: die wissenschaftlich-philosophische Höhe, die sinnlich-ästhetische Tiefe und die Breite der praktischen Bewegung machen seine Dimensionen aus.

Klaus Linder analysiert in seinem Beitrag zu aktuellen Fragen des antifaschistischen Kampfs, Versuche, den Antifaschismus im Interesse der deutschen Monopolbourgeoisie zu vereinnahmen, vorzugsweise unter der Parole des „Kampfs gegen Rechts“. Linder arbeitet dabei die „Herstellung“ einer neuen „Gemeinwohl-Ideologie“, analog zur Nazilösung „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“, heraus.

Als Einstieg in die linke „Klimadebatte“ bringen wir zwei Texte, von Daniel L. Schikora und von Johannes Magel. Schikora setzt ein Fragezeichen hinter das „Lob des Klimaschutzes“ und entwickelt, warum die „Klimabewegung“ einem romantischen Antikapitalismus frönt. Magel versucht einen Einstieg in die Kritik des „Klimahype“, in dem er in Vehikel für eine neue Welle von Belastungen der Werktätigen sieht.

Jann Meier und Thomas Lurchi führen Debatten fort, die wir seit geraumer Zeit in T&P geführt haben. Meier setzt sich noch einmal mit der Bewegung *#auf-*

stehen auseinander. Lurchi schreibt eine der unendlichen Geschichten der deutschen Linken fort: die *Hauptfeindfrage*.

Frank Braun setzt sich in seinem Beitrag mit einem Text von Inge und Harald Humburg auseinander, der im November 2019 veröffentlicht worden ist, in dem die Verfasser die wachsende Gefahr eines Weltkrieges thematisieren. Braun kritisiert die Grundthese von Humburg, wonach der sich zuspitzende Widerspruch zwischen den USA und China, die zentrale Ursache der Kriegsgefahr darstelle. Braun entwickelt seine Auffassung, dass die VR China und die Russische Föderation beide gerade nicht zur Gefährdung des Weltfriedens beitragen, sondern im Gegenteil unter den gegenwärtigen Bedingungen objektiv Teil der globalen Antikriegsbewegung sind und entscheidend die Sicherung des Weltfriedens fördern.

Dieses Heft schließt mit zwei Rezensionen. Andreas Wehr rezensiert das Buch *Lob der Nation. Warum wir den Nationalstaat nicht den Rechtspopulisten überlassen dürfen* von Michael Bröning, einem hochrangigen Mitarbeiter der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung. Sätze wie „Der Nationalstaat (ist) nicht Hindernis, sondern Ausgangspunkt einer wirklichen internationalistischen Weltordnung.“ lassen aufhorchen. Die Rezension von Wehr verweist darauf, dass die „Staatsfrage“, so heikel das auch sein mag, wieder auf die Agenda der deutschen Linken gehört.

Thomas Lurchi entlässt die geneigte Leserin und den geneigten Leser mit einem ganzen Berg von Leseaufträgen. Er lenkt die Aufmerksamkeit auf einige Stellen in den Informationen des Parteivorstands der DKP und auf zwei Texte, die sich mit Fragen der „Klimabewegung“ auseinandersetzen.

AKTUELL

Männer Grüß

75 JAHRE BEFREIUNG VOM FASCHISMUS HEISST: NEIN ZUM NATO-KRIEGSMANÖVER „DEFENDER EUROPE 2020“ - JA ZU FRIEDEN MIT RUSSLAND

Rede des Landesvorsitzenden der DKP Brandenburg in Ziegenhals am 09.02.2020 anlässlich des 87. Jahrestages der illegalen ZK-Tagung der KPD*

Wenn [...] wir uns hier heute versammeln, dann ist das auch ein klares Bekenntnis: ein Bekenntnis zum antifaschistischen Kampf der Kommunistinnen und Kommunisten. Es ist ein Bekenntnis zur antifaschistischen Strategie der Kommunistischen Partei Deutschlands, wie sie Ernst Thälmann vor 87 Jahren am 7. Februar auf der illegalen Tagung des ZKs der KPD hier in Ziegenhals vorstellte – wenige Tage nach der Machtübertragung an die Nazi-Faschisten durch Reichspräsident Hindenburg [...].

Die Rede Ernst Thälmanns in Ziegenhals war und bleibt ein Meilenstein in der Entwicklung der antifaschistischen Strategie der kommunistischen Bewegung. Gleichzeitig war Thälmanns Analyse, so wie der zahlreicher anderer Genossinnen und Genossen, nur ein Auftakt: Es folgten in der KPD die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz 1935, die wiederum auf den Erkenntnissen und Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale weniger Monate zuvor aufbauten.

Wenn wir uns nun die Lage anschauen, vor der wir heute stehen in Deutschland – 75 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus –, dann scheint es mir doch heute hier in Ziegenhals notwendig, schlaglichtartig auf einige Erkenntnisse des VII. Weltkongresses hinzuweisen [...].

Wozu brauchen sie den Faschismus?

Worauf ich hinweisen möchte, ist die Herangehensweise des Genossen Dimitroff in seinem berühmten Referat auf dem VII. Weltkongress. Gleich zu Beginn, als Dimitroff der Frage nachgeht, wofür der

Faschismus gebraucht wird, sagt er:

„Die herrschende Bourgeoisie sucht immer mehr ihre Rettung im Faschismus, um die schlimmsten Ausplündерungsmaßnahmen gegen die Werktätigen durchzuführen, um einen imperialistischen Raubkrieg, um den Überfall auf die Sowjetunion, die Versklavung und Aufteilung Chinas vorzubereiten und durch alle diese Maßnahmen die Revolution zu verhindern.“

Die imperialistischen Kreise suchen die ganze Last der Krise auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen. *Dazu brauchen sie den Faschismus.*

Sie wollen das Problem der Märkte durch Versklavung der schwachen Völker, durch Steigerung der kolonialen Unterdrückung und durch eine Neuaufteilung der Welt auf dem Wege des Krieges lösen. *Dazu brauchen sie den Faschismus.*

Sie suchen dem Anwachsen der Kräfte der Revolution durch Zerschlagung der revolutionären Bewegung der Arbeiter und Bauern und durch den militärischen Überfall auf die Sowjetunion – das Bollwerk des Weltproletariats – zuvorzukommen. *Dazu brauchen sie den Faschismus.*“

Ich habe Euch dieses etwas längere Zitat zugemutet, weil es m.E. sehr gut zeigt, welche Erkenntnisse der Klassengegner heute in unseren Köpfen löschen möchte. Er möchte in unseren Köpfen die Erkenntnis löschen, dass der Faschismus im Wesen keine Ideologie ist, sondern eine besondere Form imperialistischer Klassenherrschaft – der offenen terroristischen Herrschaft der am meisten chauvinistischen, am meisten reaktionären Kräfte der Bourgeoisie. Der Faschismus

soll nicht nur ihre Herrschaft sichern, sondern die forcierte Ausbeutung der Werktätigen gewährleisten und mittels Krieg und Versklavung anderer Völker ihren Zugriff auf Märkte und Rohstoffe sichern – und zwar reibungslos, möglichst ohne Gegenwehr. *Das ist der Hauptzweck des Faschismus – das ist sein Klasseninhalt!*

Warum will der Klassengegner das aus unserem Gedächtnis löschen?

Zum einen, weil wir nicht daran erinnert werden sollen, dass die Gefahr des Faschismus heute nicht gebannt ist, sondern die Tendenz zum Faschismus dem Imperialismus immanent ist. Zum anderen sollen wir aber nicht erkennen, was die klassenpolitischen Triebkräfte einer Rechtsentwicklung heute sind. Uns wird stattdessen angeboten, Faschismus aus einer Haltung einzelner Menschen oder auch Gruppen zu erklären, denen entweder reaktionäre Ideologien wie Rassismus untergeschoben werden (wie es z.B. Aufgabe des Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung ist) oder die tatsächlich und ohne Zweifel fremdenfeindliche oder rassistische Positionen einnehmen. Doch, das ist nicht die Triebkraft für Faschismus – und reaktionäre Haltungen in der Bevölkerung sind nicht Taktgeber einer Rechtsentwicklung, die wir heute zweifelsohne erleben – und sie sind erst Recht nicht der Grund, warum reaktionäre Kräfte wie die AfD derartig erstarken können [...].

Was sind heute die zentralen Triebkräfte für eine Rechtsentwicklung?

Eine zentrale Triebkraft der Rechtsentwicklung ist, dass die Monopolbour-

geoisie die ganze Last ihrer chronisch wachsenden ökonomischen Krise auf die Schultern der Werktätigen abwälzt. Das ist der Grund dafür, dass sie durch Privatisierung der Daseinsvorsorge aus öffentlicher Hand die Gesundheitsversorgung, das Bildungssystem, die Kultur und alles zerschlagen, worauf die Werktätigen angewiesen sind. Das ist der Grund dafür, dass sie das Hartz-IV-Regime durch die Ausweitung des Niedriglohnsektors vertiefen – das ist der Grund, warum wir Rentner sehen, die in Müllheimern nach Pfandflaschen suchen müssen; und das ist der Grund dafür, dass wir durch grünlackierte Angriffe zu Kasse gebeten werden – sei es durch eine CO2-Bepreisung oder demnächst auch durch verteuerte Lebensmittel, während 10.000 Menschen allein hier in Brandenburg auf die Essensausgabe der Tafeln angewiesen sind. *Das sind deutliche Taktgeber einer Rechtsentwicklung*, die Merkel und ihre grüne Opposition durchpeitschen im Interesse der Monopole – und die Kräfte, wie die AfD ausnutzen können für ihre Demagogie.

Eine weitere zentrale Triebkraft der Rechtsentwicklung ist die allgemeine Mobilmachung zum Krieg, die wir derzeit erleben, und bei der die herrschende Klasse deutlich macht, dass sie zu *allem* bereit ist. Konzentriert wie in einem Brennglas lässt sich das beim derzeit stattfindenden NATO-Kriegsmanöver „Defender Europe 2020“ beobachten. Ich halte den Titel des Manövers für einen unerträglichen Euphemismus, weil dieses Manöver eine handfeste Aggression der NATO gegen Russland ist – und noch mehr: es ist eine bewusste Provokation gegenüber Russland, dieses Manöver parallel zum 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus durchzuführen – gegenüber einem Land, das in jeder Familie mindestens einen Toten bei der Befreiung Europas vom Faschismus zu beklagen hat.

Ich halte es für wichtig, diese NATO-Aggression gegen Russland in ihrer internationalen Dimension zu begreifen. Wir erleben auf internationaler Ebene, wie das imperialistische Lager unter Führung der USA seinen Zenit der Macht überschreitet: Die ökonomischen Tendenzen zeigen, dass die imperialistischen Mächte – und zwar alle – tendenziell gegenüber den BRICS-Staaten – mit der sozialistischen Volksrepublik China im Zentrum – ins Hintertreffen geraten. Auch militärisch ist der Alleinvertretungsanspruch des US-Imperialismus in Wanken geraten, wie ein Blick auf Syri-

en und den Nahen und Mittleren Osten zeigt. Das bietet m.E. einerseits außerordentliche Chancen für einen antiimperialistischen Kampf, heißt aber andererseits auch: Um diesen tendenziellen Verlust seiner Hegemonie zu verhindern, ist insbesondere die imperialistische Führungsmacht USA bereit, immer größere Risiken durch offene Aggression einzugehen. Genau das erleben wir derzeit mit dem NATO-Manöver „Defender 2020“, das militärisch vor allem zeigen soll, dass die USA bereit sind, auf europäischem Boden einen Konflikt mit Russland auszutragen.

Diese Aggression des US-Imperialismus unterstützt die deutsche Bundesregierung maßgeblich, denn Deutschland kommt als Aufmarschgebiet eine zentrale Rolle zu und der US-Truppentransport wäre durch den logistischen Kraftakt der Bundeswehr nicht möglich. Dahinter steht das Interesse der reaktionärsten Kräfte der deutschen Monopole, für die ein starker US-Imperialismus Garant ist,

– von den Straßenschäden, die die US-Truppentransporte anrichten, jetzt mal ganz zu schweigen.

Doch was uns darüber hinaus droht, hat eine ganz andere Qualität: Es wächst eine Kriegsgefahr, an dessen Ende Deutschland und Europa zu einem Schauplatz eines atomaren Krieges werden können. *Das, Genossinnen und Genossen, ist der zentrale Taktgeber für die Rechtsentwicklung, die wir gerade erleben!* Und der Kampf gegen diese wachsende Kriegsgefahr muss als integraler Bestandteil und Herzstück eines antifaschistischen Kampfes begriffen werden. *Das ist die (!) zentrale Lehre aus dem Kampf Thälmanns, der KPD und der kommunistischen Weltbewegung gegen den Faschismus! [...]*

Haltung zur NATO als Nagelprobe

Wenn wir in unserer Stadt, in unserer Gemeinde oder auch in unserem Dorf am kommenden 8. Mai 2020 insbesondere der Sowjetunion und der Roten Armee als Befreier vom Faschismus gedenken – wenn wir eine der zahlreichen öffentlichen Gedenkfeiern besuchen, dann müssen wir dafür sorgen, dass es überall heißt: 75 Jahre Befreiung vom Faschismus heißt: *Nein zum NATO-Kriegsmanöver - Ja zu Frieden mit Russland!*

Der 8. Mai 2020 kann und muss ein Auftakt sein, um die NATO zu schwächen und damit auch das militärische Aggressionspotenzial des deutschen Imperialismus. Das ist der Grund, warum wir als DKP und andere Friedenskräfte für die Lösung eintreten: Deutschland raus aus der NATO – NATO raus aus Deutschland! Wir erwarten nicht von jedem, dass er dieser Forderung vorbehaltlos zustimmt. Wir sind aber davon überzeugt, dass die Haltung zur NATO eine Nagelprobe ist im heutigen antifaschistischen Kampf.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die AfD zu sprechen kommen. Ich halte es für außerordentlich wichtig, die Demagogie der AfD zu entlarven, sich als Partei zu geben, die einen friedlichen Ausgleich mit Russland sucht. So können auch Aufforderungen der AfD-Landtagsfraktion in Sachsen an die Landesregierung, den US-Truppen bei Defender 2020 die Durchfahrt zu verwehren, nicht darüber hinwegtäuschen, dass die AfD im Bundestag dem NATO-Manöver grundsätzlich zugestimmt hat. Und noch mehr: Der Chef der Bundestagsfraktion



dass auch sie ihre Ausplünderung und Ausbeutung weltweit vertiefen können. Der Kriegskurs der NATO und auch EU ist also eine Überlebensfrage für die deutsche Monopolbourgeoisie, um ihre politische Herrschaft langfristig zu sichern. Deshalb setzt die Merkel-Regierung eine Kriegspolitik durch, die sich nicht nur gegen die Arbeiterklasse richtet, sondern gegen breite Bevölkerungsteile – sie drückt der gesamten Gesellschaft den destruktiven Stempel der Kriegspolitik auf.

Durch die Aufrüstung im Zuge der 2%-Vorgabe der NATO werden jetzt bereits die Kosten auf dem Rücken der Werktätigen abgewälzt: Sie müssen die Aufrüstung mit Einsparungen und Streichungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge bezahlen, wie allein die zusammengebrochene Gesundheitsversorgung in der Fläche oder der chronische Lehrermangel hier in Brandenburg zeigen

der AfD – Alexander Gauland – sprach sich noch im Dezember für ein stärkeres Engagement Deutschlands in der NATO aus und ist ein glühender Verfechter, das 2%-Aufrüstungsziel der NATO einzuhalten. Das entlarvt die AfD als bürgerliche Partei, die in ihrer transatlantischen Bündnistreue weder der CDU, noch SPD und Grünen nachsteht. Allein mit diesem Standpunkt befindet sich die AfD außerhalb eines antifaschistischen Konsenses.

Aber die ganze Wahrheit ist dann auch: CDU, SPD und Grüne befinden sich mit ihrer NATO-Treue ebenfalls außerhalb eines antifaschistischen Konsenses. Und in diesem Sinne können sie bei einem Zurückdrängen der AfD nicht Teil der Lösung sein, sondern sind Teil des Problems. Das Führungspersonal dieser Parteien kann nicht Teil einer antifaschistischen Volksfront sein, wie wir sie brauchen – darüber müssen wir uns im Klaren sein.

Nun kann man mir vorwerfen, dass ja niemand mehr übrig bliebe als Bündnispartner in einer antifaschistischen Volksfront. Doch genau da liegt m.E. das

große Missverständnis in unseren Kreisen: nämlich in der Beantwortung der Frage, wer der Hauptträger – das Rückgrat – einer antifaschistischen Volksfront 2020 sein muss. Ich sage: es ist die Masse der Werktätigen, die m.E. auf fahrlässige Art und Weise von uns in jeder Hinsicht straflich vernachlässigt werden – und da schließe ich meine Partei ein.

Ich möchte das nur an einem Punkt deutlich machen: Wir sind in unserem antifaschistischen Kampf immer noch unfähig zu verwerten, dass Mehrheiten in der deutschen Bevölkerung die NATO kritisch sehen und eine Entspannungspolitik gegenüber Russland befürworten. Aber wenn das keine solide Basis ist für eine antifaschistische Abwehrfront – was dann? Wenn ich dann sehe, dass antirussische und antichinesische Hetze insbesondere bei den Bürgern auf dem Gebiet der DDR an antifaschistischen Schutzwällen in den Köpfen abprallen, dann – liebe Genossinnen und Genossen – steht es m.E. insbesondere auf dem Boden der DDR gar nicht so schlecht um unsere Sache.

Ich mache mir keine Illusionen, welche dicken Bretter wir noch bohren müssen für eine Entfaltung von Massenkämpfen in diesem Land. Aber dazu gehört auch, was Ernst Thälmann in seiner Rede vor 87 Jahren hier in Ziegenhals den Genossinnen und Genossen ins Stammbuch schrieb: „Revolutionäres Selbstbewusstsein, Siegeszuversicht, Angriffsreude bei bolschewistischer Nüchternheit! (...) Vorwärts in diesem Kampf! Erfüllt eure revolutionäre Pflicht für den Sieg der deutschen Arbeiterklasse!“

In diesem Sinne: Fangen wir an, unsere Pflicht gegenüber den werktätigen Massen zu erfüllen! [...]

**Der Abdruck der Rede erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Autors. Sie wurde redaktionell leicht gekürzt, mit Zwischenüberschriften versehen und kleine Flüchtigkeitsfehler wurden stillschweigend korrigiert. Die Rede findet sich in voller Länge auf der Facebook-Seite der DKP Brandenburg sowie auf blog.unsere-Zeit.de.*

Daniel L. Schikora

NEIN ZUR CO2-STEUER!

Referat auf der Veranstaltung „Für die Umwelt – Gegen die Monopole, Nein zur CO2-Steuer!“ am 27. September 2019 im Rostocker Ökohaus*

Wir erleben derzeit, wie ein neues Format einer internationalen Umwelt- und Klimaschutzbewegung eine bemerkenswerte Resonanz erhält und eine eindrucksvolle Mobilisierungsfähigkeit zur Entfaltung bringt, die in linker Sicht in zweierlei Hinsicht besondere Beachtung verdient: zum einen durch den offen „systemkritischen“ Gestus, den eine Jugendbewegung wie Fridays for Future für verschiedene Linke zu einem potentiell antikapitalistischen Hoffnungsträger werden lässt, zum anderen aber dadurch, dass unter Bezugnahme auf konkrete Forderungen eben dieser Bewegung eine Politik gerechtfertigt und forciert wird, die nur als reaktionär bezeichnet werden kann. Es handelt sich um eine Politik der Neueinführung von Verbrauchssteuern – in direkter Form, wie von FFF und Grünen gefordert, oder kaschiert – und darüber hinaus der Propagierung eines „Klimanotstandes“ – auf letzteren gehe

ich später noch ein. Jüngster Ausdruck dieser Politik ist das soeben vorgestellte „Klimapaket“ der Bundesregierung, das – wenig überraschend – den Grünen lange nicht weit genug geht, eine Perspektive, die – und das lässt aufhorchen – die parlamentarische („äußerste“) Linke in Gestalt der „Linkspartei“ im Kern zu teilen scheint. Und nicht nur sie – der Topos, die Bundesregierung und die sie stützenden Bundestagsfraktionen täten viel zu wenig, sie ließen sich also gewissermaßen auf zu wenig „Klimanotstand“ ein, ist auch in der nicht parteigebundenen linken Publizistik recht weit verbreitet.

Wir können also in der politischen Linken – ganz unabhängig von den noch zu erörternden Positionen zu dieser Bewegung, die wir als organisierte Kommunisten einnehmen – zwei vorherrschende Grundhaltungen vorfinden, die oftmals keineswegs als widersprüchlich wahrgenommen, sondern durchaus miteinander kombiniert werden: Die notwendige Energiewende müsse „sozialverträglich“ gestaltet werden, man dürfe die arbeitende Bevöl-

kerung und insbesondere die ärmeren Teile der Arbeiterklasse keinesfalls, die Suppe auslößeln lassen, die die Konzerne als die maßgeblichen „Klima-Killer“ uns allen eingebrockt haben. Andererseits wird angenommen, die Klimaschutzbewegung verkörpere im Kern legitime Anliegen – schließlich gehe man ja der Menschheit in ihrer Gesamtheit an den Kragen, wenn man nicht auf sie höre –, mehr noch: bei konsequenter programmatischer Entfaltung dieser Bewegung hätten die Banken und Konzerne nichts mehr zu lachen. Die Bewegung sei somit objektiv antikapitalistisch bzw. antimonopolistisch und könne dazu beitragen, der bürgerlichen Klassenherrschaft den Garaus zu machen.

Green New Deal?

Wie weit ein solches Lob des Klimaschutzes als Instrument der Delegitimierung „des Kapitalismus“ ausgefeilt werden kann, zeigen ganz aktuell Lydia Krügers Ausführungen in der jW unter dem Titel „Das Klima

retten, nicht die Konzerne“. In ihrem zweiseitigen Artikel legt die Mitarbeiterin der PDL-Fraktionsvorsitzenden Sahra Wagenknecht – durchaus sympathisch – dar, dass die Realisierung bestimmter Kernforderungen der französischen Gilets jaunes (Gelbwesten) den „Klimawandel stärker bremsen“ könne, als die Umsetzung sämtlicher Forderungen der Union, der SPD oder der Grünen. Nachdem der reaktionäre französische Präsident Macron nicht zuletzt in FFF-Kreisen als Hoffnungsträger des Klimaschutzes gehandelt wurde, rehabilitiert Lydia Krüger nun in grün-linker Perspektive die Gelbwesten – eine Bewegung, die im Protest gegen Steuererhöhungen, auch „ökologisch“ begründete, ihren Ursprung hat – als die objektiv besseren Klimaschützer.

Tatsächlich können gute Argumente dafür angeführt werden – und sie werden von Krüger in linkssozialdemo-

ben des Keynesianismus in den USA, die an ihrer proimperialistischen Haltung nie einen Zweifel gelassen haben. Hat die deutsche Linke Krüger hier vergessen, dass eine keynesianistisch orientierte Investitionspolitik nicht nur eine monopolkapitalistische Wirtschaftsordnung zur Voraussetzung hat, sondern dass ihr Hoffnungsträger stets – der militärisch-industrielle Komplex der imperialistischen Hauptmacht USA war? Und im Falle eines sog. Linken wie Sanders muss daran erinnert werden, dass diese „Linken“ nicht nur die Diktatur der Monopole für im Prinzip sozialverträglich, für demokratie- und friedensfähig halten, sondern dass Sanders und Co. darüberhinausgehend auch für Angriffskriege und andere aggressive Handlungen gegen andere Völker eingetreten sind. So warb Sanders für eine Unterstützung des Krieges gegen Jugoslawien 1999 und stellte in einem seiner aktuellen Statements

der aber tatsächlich fortschrittlichen „Politikwechseln“ innerhalb imperialistischer Verhältnisse gleichwohl positiv gegenüberstanden –, sondern auch jeder andere Antimilitarist klar sein sollte: Steuererhöhungen – auch die CO2-Steuer – helfen dem imperialistischen Staat, nicht nur materiell „aufzurüsten“, und zwar selbst dann, wenn diese Steuer nicht direkt in den Rüstungsetat fließen sollte, den die Bundesregierung in horrendem Maße aufzustocken plant, um dem Zwei-Prozent-Ziel der NATO gerecht zu werden. Vielmehr wäre die herrschende Klasse, wäre die deutsche Monopolbourgeoisie dümmer bzw. politikunfähiger, als man von ihr leider erwarten muss, ließe sie sich die Gelegenheit entgehen, den „Klimanotstand“ in ihrem Sinne zu propagieren. Vielleicht werden hier einige einwenden, dass dies gar nicht in ihrem Interesse sein könne, da sich nicht unerhebliche Teile der Klimaschutzbewegung ja sehr laut „antikapitalistisch“ positionierten.

An dieser Stelle können – und sollten – wir als Kommunisten Kategorien und Erkenntnisse der Ideologiekritik – also des Verständnisses des falschen Bewusstseins, das die Klassengesellschaft produziert und reproduziert – in Erinnerung rufen, die uns darin hindern, FFF und ähnliche Bewegungen in einem allzu rosigen Licht wahrzunehmen. Es wäre grotesk, als Kommunisten der Illusion zu verfallen, ein „antikapitalistischer“ Impetus sei in jedem Fall fortschrittlich, und er könne von der Reaktion nicht in deren Sinne genutzt werden. Peter Hacks, der sich in seiner Auseinandersetzung mit der „politischen Romantik“ in die Tradition nicht nur von Marx und Engels, sondern auch von Heinrich Heine und dessen Ziehvater Saul Ascher stellte, hat einiges Treffliche zum Wesen grüner Konsumkritik geäußert; seiner Auffassung nach war der Umstand, dass die arbeitende Bevölkerungsmehrheit selbst unter dem Imperialismus konsumieren könne, mehr oder weniger das einzige, was nicht gegen ihn – also die Herrschaft der Monopolbourgeoisie – spreche.

Hören wir uns an, wie Marx und Engels im „Manifest“ eine bestimmte Art reaktionärer „Kritik“ am Kapitalismus und deren Träger beschreiben, die sie den „feudalen Sozialismus“ nennen: „Auf diese Art entstand der feudalistische Sozialismus, halb Klagelied, halb Pasquill, halb Rückhall der Vergangen-



kratischer Perspektive vorgebracht –, dass Maßnahmen zur Erreichung der Pariser Klimaziele sich in durchaus produktiver Weise verknüpfen ließen mit einer Politik der Verteidigung und des Ausbaus demokratischer und sozialer Rechte – wie es von den Gelbwesten eingefordert wird. An der ein oder anderen Stelle spricht die Autorin sogar aus, dass eine solche – tatsächlich fortschrittliche, wenngleich nicht unmittelbar systemsprengende – Politik den Interessen der monopolistischen Unternehmen frontal entgegengesetzt wäre. Was sie jedoch nicht daran hindert, sich positiv auf den von „linken“ US-Demokraten wie Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez verfochtenen „Green New Deal“ zu berufen. Beworben wird damit ein „Konzept“ jener Er-

heraus, dass er die venezolanische Regierung Maduro ablehne und ein internationales Eingreifen in Venezuela befürworte. Werbung für – in diesem Falle US-amerikanische – Kriegstreiber unter dem Banner einer sozialverträglichen Klimaschutzpolitik, eines Zusammengehens von FFF und Gelbwesten unter der Schirmherrschaft der PDL? Der derzeitige Klimaschutz- und (damit verbunden) Menschheitsrettungs-Diskurs macht's möglich.

Romantischer Antikapitalismus

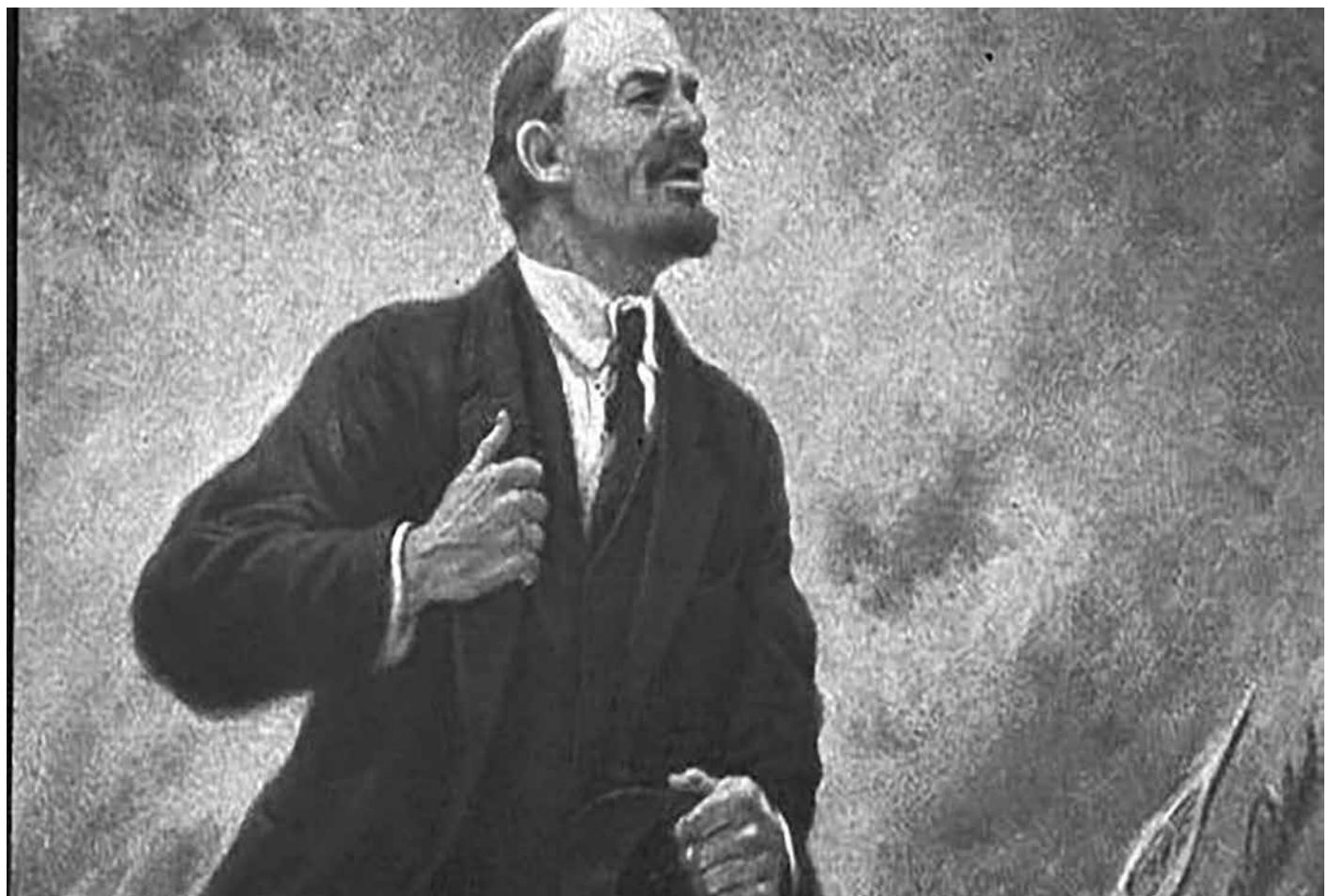
Damit komme ich zum Kern des Problems, dessen sich nicht nur jeder Kommunist – der reformistische Herangehensweisen wie die Krügers ohnehin für illusionär halten mag,

heit, halb Dräuen der Zukunft, mitunter die Bourgeoisie ins Herz treffend durch bitteres, geistreich zerreißendes Urteil, stets komisch wirkend durch gänzliche Unfähigkeit, den Gang der modernen Geschichte zu begreifen.“

Was mir hier wichtig ist: Diese Unfähigkeit reaktionärer „Systemkritiker“, „den Gang der modernen Geschichte zu begreifen“, darf nicht mit einer politischen Wirkungslosigkeit verwechselt werden. Der „Klimanotstand“ wird ja nicht erst seit einigen Monaten propagiert, er geht weder auf Greta Thunberg

streben: die Beseitigung der Herrschaft der Monopolbourgeoisie durch einen revolutionären Bruch – sondern die Befreiung der Monopolbourgeoisie von den ihr mittlerweile lästigen „Fesseln“ der bürgerlichen Demokratie. Was aber tatsächlich relativ neu ist, ist die Bereitschaft weiter Teile der linken Parteien, Organisationen, Jugendverbände und Presseorgane bis hinein in das sich als marxistisch-leninistisch verstehende Spektrum, sich solcherart „systemkritischen“ Forderungen anzuschließen. Hier trifft der (bisweilen vorschnell an

für umweltpolitische Zielsetzungen eintritt, wie sie auch etwa das kürzlich herausgebrachte Kommunalprogramm der DKP Rostock enthält. Auch in diesem Bereich streben wir antimonopolistische Bündnisse auf breitestmöglicher Basis an – z.B. um auf lokaler oder regionaler Ebene einen Ausbau des ÖPNV voranzutreiben, aber auch, indem wir der Militarisierung der Rostocker Stadtgesellschaft entgegentreten, die jenen Monopolen dient, die bekanntlich auch für ökologische Katastrophen in ungeheuerlichem Ausmaße



und ihr Team noch auf Luisa Neubauer oder andere grüne Nachwuchskräfte zurück. Vielmehr wurde die Polemik gegen die „Trägheit“ der parlamentarisch-demokratischen Entscheidungsfindungsprozesse, die „wir“ uns angesichts der planetarischen Bedrohung durch die Erderwärmung nicht mehr leisten könnten, bereits vor über zehn Jahren im Feuilleton bürgerlicher Leitmedien breit und nicht ohne Sympathien zur Diskussion gestellt. Mit dem in diesem Zusammenhang favorisierten „Systemwechsel“ ist gewiss nicht das gemeint, was wir als Kommunisten an-

Linke erhobene) „Querfront“-Vorwurf offenkundig zu.

Contra Großkapital: für eine demokratische Klassenpolitik!

Unsere Aufgabe als Kommunisten ist es, den Angriffen der äußersten Reaktion auf unsere demokratischen Freiheitsrechte entschlossen entgegenzutreten – auch wenn diese Angriffe derzeit umwelt- und klimapolitisch „legitimiert“ werden. Andererseits ist es geboten, wenn die Kommunistische Partei derzeit in noch verstärktem Maße

verantwortlich sind. Ebenso wenig wie der Antifaschismus oder der Friedenkampf ist der Umweltschutz eine klassenneutrale Angelegenheit. Auch hier liegt uns jedwedes Sektierertum fern, wie wir auf der anderen Seite für Anbiederungen an die äußerste Reaktion – auch an die sich „systemkritisch“ gebende – nicht zu haben sind.

*Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Autors. Zwischenüberschriften wurden von der Redaktion eingefügt. Erstveröffentlichung auf dkp-mv.de.

ZUM 23. PARTEITAG DER DKP

Nachfolgend dokumentieren wir, teils in Auszügen, ausgewählte Beiträge aus der UZ-Diskussionstribüne zum Entwurf des Parteivorstands der DKP zum Leitantrag für den 23. Parteitag, der vom 28.02.-01.03. im Frankfurt/Main stattfindet. Die jeweiligen Überschriften stammen von uns.

Richtige Einschätzung Weltlage und der Kräfte des Widerstands

[...] Wir stimmen mit den entscheidenden Einschätzungen [des Leitantrags] überein: Vor allem der gegenwärtigen Weltlage, die von den aggressiven Maßnahmen des Imperialismus mit den USA an der Spitze geprägt ist. Ebenfalls der Einschätzung der Politik Russlands, Chinas und verbündeter Länder als einer zunehmend wirksamen Gegenwehr gegen die Eindämmungsversuche des „Westens“ und seines weltweiten Hegemonieanspruchs. Die DKP Hannover fordert seit langem „Frieden mit Russland“ – in ihrer Kleinzeitung, dem Hannoverschen Volksblatt, auf Veranstaltungen und auf der Straße etwa beim Ostermarsch. Wir stimmen dem Leitantrag zu, wenn er konstatiert, dass Russland und China für eine friedliche Koexistenz, für die Respektierung des Völkerrechts und eine multipolare Weltordnung eintreten. Einer Strategie, die dem Hauptkriegstreiber, der US-geführten NATO und ihres treuen Mitglieds BRD zuwiderläuft, für die weltweite Friedensbewegung aber von größter Bedeutung ist, wenn es um eine Eindämmung des Imperialismus und den Kampf für eine Wende zu Frieden und Abrüstung geht [...].

Als einen Schritt nach vorne sehen wir die detaillierte Charakterisierung der Kräfte des Widerstands im Leitantrag, die im Zusammenhang mit den Kampffeldern eine Diskussion für die nächsten Jahre eröffnet, an welchen „neuralgischen“ Punkten des Klassenkampfes ein Aufbrechen der Wut möglicherweise erfolgen wird. Als DKP Hannover halten wir die Verteuerung der Lebenshaltungskosten etwa bei Strom, Gas, Miete, öffentlicher und privater Mobilität für einen Punkt, der größte Aufmerksamkeit verdient, zum einen, weil wir meinen, dass hier ein zentraler Angriff auf die Lebenslage der Werktätigen läuft und zum anderen, weil hier die Chance einer

aktiven Gegenbewegung „von unten“ gut stehen. Insgesamt sehen wir im Leitantrag mutmachende Ansätze für eine Stärkung der DKP.

DKP Hannover-Mitte

Hauptwidersprüche, Rolle der DDR-Bürger und Kampffelder richtig erfasst

Die Landesorganisation (LO) Brandenburg der DKP unterstützt grundsätzlich den Entwurf des Leitantrags des Parteivorstandes an den 23. Parteitag [...]. Aus Sicht der LO Brandenburg zeichnet den vorliegenden Entwurf des Parteivorstandes unter anderem aus:

1. Die Hauptwidersprüche des Imperialismus im Weltmaßstab heute und deren Ableitung insbesondere für die fri-

die den „Dominanzanspruch des Imperialismus ökonomisch, politisch und militärisch zunehmend in Frage“ stellen. Die sich daraus ableitenden Kampfbedingungen in Deutschland, wie die Einschätzung, dass die Propaganda unter anderem gegen Russland und China „sich immer weniger mit den Erfahrungen der Menschen in Einklang bringen“ lassen, entsprechen den Erfahrungen, die die LO Brandenburg in ihrem Landtagswahlkampf gesammelt hat. Insbesondere auf dem Gebiet der DDR spielt diese spezifische Friedensorientierung der DKP aufgrund der besonderen historischen Verbundenheit der Menschen mit der Sowjetunion eine besondere Rolle.

2. Die Bestimmung der besonderen Rolle der Bürgerinnen und Bürger auf dem Gebiet der DDR in einem anzustre-



denspolitische Orientierung der DKP im Ringen um Frieden und Freundschaft mit der VR China und der Russischen Föderation werden richtig erfasst.

Hierzu gehört die Einschätzung im Entwurf, dass der US-Imperialismus einerseits die „die stärkste ökonomische, politische und militärische Macht des imperialistischen Weltsystems“ ist, aber andererseits darum kämpft, seinen drohenden Abstieg als „Hegemon einer unipolaren Weltordnung“ zu verhindern. Daraus ergibt sich folgerichtig die Bestimmung des „US-geführten Militärbündnisses NATO“, von dem in der momentanen Etappe die „Hauptkriegsgefahr“ im Weltmaßstab ausgeht. Der Entwurf des Parteivorstandes stellt dazu in einen prinzipiellen Widerspruch die VR China und die Russische Föderation, die gekennzeichnet werden als Kräfte,

benden antimonopolistischen Bündnis sind ein Fortschritt in der Strategieentwicklung der DKP.

Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass der Entwurf konkret die spezifisch günstigen Bedingungen für eine besondere Rolle der ostdeutschen Bevölkerung benennt. Dazu zählt der Entwurf etwa „umfangreiche Kenntnisse der Marxismus-Leninismus“, „Erfahrungen beim Aufbau eines sozialistischen Staates auf deutschem Boden“ und dadurch das „Erleben einer Heimat, das geprägt ist durch antifaschistische und friedliche Entwicklung“. Dazu zählt auch „die größte Enteignung von Volkseigentum in der deutschen Nachkriegsgeschichte“ und eine Durchsetzung aller Ämter des öffentlichen Lebens durch westdeutsche Eliten im Kolonialstil.

Die LO Brandenburg stimmt der Ein-

schätzung des Entwurfs zu, dass „dieser Erfahrungsschatz (...) auch Auswirkungen auf den Bewusstseinsstand der jungen Generation“ im Osten hat und dieser Bewusstseinsstand in Form einer Ablehnung des westdeutschen Imperialismus und seiner politischen Vollstrecke ständig reproduziert wird durch „Maßnahmen der westdeutschen Monopolbourgeoisie“.

3. Dem Entwurf gelingt teilweise eine Konkretisierung der antimonopolistischen Strategie durch das Herausarbeiten von Kampffeldern im Klassenkampf, in denen der Monopolbourgeoisie tendenziell ein Hegemonieverlust droht.

Der Entwurf des Parteivorstandes formuliert als Anspruch an die „nächstliegenden Aufgaben der DKP, die Entwicklung proletarischen Bewusstseins zu fördern, den gemeinsamen Gegner in Gestalt des Monopolkapitals bewusst zu machen und für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Verbindung von Arbeiterbewegung und nicht-monopolistischen Bewegungen zu wirken“.

Wenn nicht umfassend, so doch punktuell, gelingt es im Entwurf, konkrete Kampffelder zu benennen, wo die günstigen Ausgangsbedingungen für antimonopolistische Abwehrkämpfe heute zu finden sind. Als diese Kampffelder schätzt der Entwurf zum Beispiel die „Schnittstellen zwischen der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit und der Kommunalpolitik, wie der Kampf um den Erhalt und Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge“ ein. Die Erfahrungen, die wir im Kampf gegen den anhaltenden Pflegenotstand in Brandenburgs Krankenhäusern

und die Formierung von Widerstand unter den Beschäftigten im Schulterschluss mit den Bürgern bestätigt die Einschätzung des Entwurfs, dass „Kämpfe um die kommunale Daseinsvorsorge (...) ein Hebel für die Herausbildung antimonopolistischer Bündnisse“ sein können.

DKP Brandenburg

Aktuelle Herausforderungen der Monopoloffensive richtig benannt

Wir begrüßen, dass der PV-Leitantrag nicht nur die Notwendigkeit eines Festhaltens der Partei an der antimo-

nopolistischen Strategie herausstreckt, sondern anhand einer Reihe konkreter Herausforderungen, die sich aus der Offensive der Monopolbourgeoisie gegen die Arbeiterklasse und die anderen nichtmonopolistischen Bevölkerungsanteile ergeben, aufzeigt, welche Handlungsweisen, Bündnisoptionen usw. sich aus ihr ergeben (können). Im Bereich der aktuellen energiepolitischen Debatten ist es wichtig, im Sinne des Leitantrags die Unvereinbarkeit einer Umweltpolitik im Interesse der arbeitenden Bevölkerungsmehrheit mit den Interessen der herrschenden Klasse verstärkt einer möglichst breiten (auch gewerkschaftlichen)

„Äquidistanz“. Zutreffend ist hier die Herausstellung des immensen Gewichts Russlands und des sozialistischen Chinas in der Allianz der Staaten, die sich durch imperialistische Sanktionen und Kriegsdrohungen nicht einschüchtern lassen. Hinsichtlich der Volksrepublik China hat die kommunistische Partei unseres Landes künftig scharf akzentuiert herauszustellen, woran etwa die tägliche Berichterstattung eines Leitmediums der deutschen Monopolbourgeoisie wie der „FAZ“ überhaupt keinen Zweifel lässt: dass es bei der Strategie der „Eindämmung“ Chinas auch um Systemkonkurrenz geht, dass also jeder Schlag gegen den Staat, dessen Systemüberlegenheit mittlerweile als weithin unübersehbar erscheint, sich unmittelbar gegen unser Klasseninteresse richtet, das im Bewusstwerden der Besiegbarkeit des Imperialismus besteht.

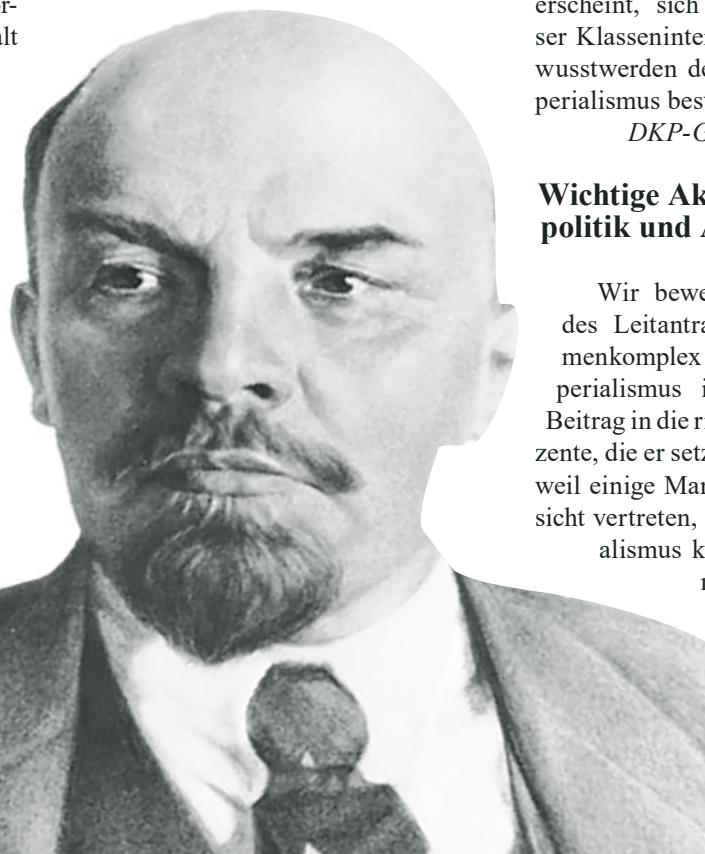
DKP-Gruppenvorstand Rostock

Wichtige Akzente in Friedenspolitik und Antiimperialismus

Wir bewerten die Positionierung des Leitantragsentwurfs zum Themenkomplex Friedenspolitik/Antiimperialismus insgesamt als positiven Beitrag in die richtige Richtung. Die Akzente, die er setzt, sind richtig, vor allem, weil einige Marxisten die abstrakte Ansicht vertreten, im Kapitalismus/Imperialismus könne es (überhaupt) keinen Frieden geben – was faktisch auf eine Geringschätzung der Bedeutung des Friedenkampfes hinausläuft, auch wenn das möglicherweise nicht bewusst angestrebt wird. Natürlich gibt es eine Tendenz im

Kapitalismus, insbesondere in seinem imperialistischen Stadium, ökonomische sowie geopolitische Widersprüche zu erzeugen, die die Gefahr von kriegerischen Auseinandersetzungen erhöhen. Jedoch sollte man das nicht abstrakt (losgelöst von konkreten Umständen) betrachten. Pauschal zu sagen: „Kapitalistische Staaten führen letztlich immer Krieg, egal, was man dagegen tut“, läuft auf ein defätistisches Einknicken vor dem Klassengegner hinaus.

Wir sollten aus den geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterbewegung und der sozialistischen Staaten lernen. Die Arbeiterbewegung mobilisierte vor dem



Öffentlichkeit zu vermitteln. Nur so kann den bis weit in die sich als marxistisch versteckende Linke hineinreichenden Neigungen, reaktionäre Steuererhöhungs- und Klimanotstandsfordernungen als im Kern doch irgendwie fortschrittlich und unterstützungswürdig zu verorten, auf marxistisch-leninistischer Grundlage entgegengetreten werden.

Für nicht minder bedeutend halten wir die klare Parteinahme des Leitantrags auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen, konkret: die Solidarität mit den Völkern, deren Souveränität durch den Imperialismus mit Füßen getreten werden, anstelle einer verlogenen

Ersten Weltkrieg stets gegen jegliche kriegerischen Maßnahmen der kapitalistischen Staaten. Engels warnte Ende des 19. Jahrhunderts vor einem großen imperialistischen Krieg. Die Opposition der Arbeiterbewegung zu kriegerischen Mitteln erfolgte nicht nur aus taktischen Gründen, sondern auch, um zu versuchen, das imperialistische Gemetzel tat-

In den 20er und Anfang der 30er Jahre bemühte sich die Sowjetunion intensiv darum, von den kapitalistischen Staaten anerkannt zu werden und mit ihnen positive Beziehungen aufzubauen – und somit imperialistische Interventionen zu vermeiden. In den 30er Jahren bemühte sich die Sowjetunion darum, ein System der kollektiven Sicherheit gegen den auf-

bleibt falsch. Aber er kann in einer konkreten Konstellation aufgrund der Stärke seines äußeren und inneren Gegners gezwungen werden, von einer kriegerischen Auseinandersetzung abzusehen.

In dieser Hinsicht muss heute die Orientierung sein, einerseits gegen die Spaltung der Friedensbewegung einzutreten, diese zu stärken und antimilitaristische



sächlich zu verhindern. Erst als das wegen des Verrats der sozialdemokratischen Führer nach Kriegsausbruch nicht mehr zu verwirklichen war, wurde aufgrund einer besonderen historischen Konstellation die Lösung „den imperialistischen Krieg in einen Klassenkrieg verwandeln“ richtigerweise von den Bolschewiki erhoben. Es wäre aber falsch, diese Lösung so zu verstehen, dass der Kapitalismus zwangsläufig in jedem Augenblick einen Krieg lostreten könnte, dass der Einsatz für den Frieden daher implizit irrelevant wäre und dass wir stattdessen auf die Verwandlung von imperialistischen Kriegen in Klassenkriege drängen sollten. Das würde darauf hinauslaufen, eine richtige Lösung aus ihrem Kontext herauszuzerren und auf eine andere Situation anzuwenden, wodurch sie zu einer falschen Lösung wird.

Die sozialistischen Staaten verfolgten immer eine konsequente Friedenspolitik.

strebenden Faschismus in Deutschland zu etablieren und unternahm zahlreiche weitere Schritte, um den Frieden zu erhalten.

Die Sowjetunion ging in den 50er Jahren davon aus, dass man durchaus dem Imperialismus etwas entgegensetzen kann. Im Büchlein „Die Grundprinzipien der Außenpolitik der Sowjetunion“, das 1953 im Dietz-Verlag erschien, wird beschrieben, dass der Imperialismus angesichts einer konkreten Kriegsgefahr durch die Stärke des Sozialismus, durch die Stärke der Friedenskräfte gezwungen werden kann, von kriegerischen Mitteln abzusehen. Zudem wird die Bedeutung des Völkerrechts und der Souveränität im Kampf gegen den Imperialismus, für den Frieden, richtig dargelegt.

Das ist eine ganz andere Position als die, die Gorbatschow vertrat. Er war der Ansicht, dass der Imperialismus von sich heraus friedensfähig wäre – das war und

Agitation unter den Werktägern zu betreiben, andererseits die internationalen Friedenskräfte zu stärken. Wir Kommunisten sind prinzipiell gegen Angriffskriege und für diplomatische Lösungen von Staatenkonflikten. Es gibt mittlerweile einen starken Pol in der Welt mit Russland und China an der Spitze, der die Dominanz des Imperialismus in Frage stellt und um den sich die subalternen Staaten langsam sammeln. Dieser Pol tritt für die Achtung des Völkerrechts ein, für die Achtung der staatlichen Souveränität – im Interesse des Friedens. Gerade deswegen ist der Ansatz richtig, die nationale Souveränität für eine konsequente Friedenspolitik auszunutzen. Der Text des Leitantrages setzt in dieser Frage aus unserer Sicht die richtigen Schwerpunkte.

DKP Tempelhof-Schöneberg

SCHWERPUNKT

Jürgen Lloyd

GRENZEN DER EINIGKEIT

Einigkeit ist hochgeschätzt bei Kommunisten. Mit gutem Grund haben Marx und Engels den Appell an die Proletarier aller Länder zur Vereinigung zum Leitspruch der entstehenden kommunistischen Bewegung gemacht. Die benötigte Einigkeit beruht aber nicht auf einem großzügigen „Schwamm drüber“ angesichts von Differenzen. Denn Beliebigkeit ist keine Basis für Einigkeit, was sich bereits in der Vielzahl der Streitschriften zeigt, mit denen Marx und Engels gegen Positionen vorgingen, die sie für falsch und schädlich hielten. Einigkeit in der kommunistischen Bewegung kann nur auf Grundlage übereinstimmender Einsichten und Überzeugungen bestehen, die erarbeitet werden müssen. Die gute Nachricht ist, dass wir als Marxistinnen und Marxisten hierzu nicht in einen nutzlosen Meinungsstreit verfallen müssen, sondern den Anspruch teilen, auf wissenschaftlicher Basis und mit einsehbaren Argumenten um richtige Positionen ringen zu können. Die schlechte Nachricht ist, dass akkumulierte Fehler, Versäumnisse in der Bildungsarbeit und ganz allgemein unsere Schwäche dazu beitragen, dass wir bei der praktischen Umsetzung dieses Anspruchs öfters scheitern.

Ich sehe in wesentlichen Fragen Differenzen zu Genossen, mit denen zusammen ich in den letzten Jahren für T&P gearbeitet habe und die weiterhin für die zukünftige Entwicklung von T&P Verantwortung tragen. Diese Differenzen erscheinen bei verschiedenen Themen als da in unvollständiger Auflistung wären: der Charakter der Kriegsgefahr und die Frage nach dem Hauptfeind, unser Bezug zur Nation, oder auch die Einschätzung der Klimaproteste. Doch wie immer gilt, wenn wir wahrnehmen, wie und wo etwas erscheint, sollten Marxistinnen und Marxisten auch danach fragen, was da erscheint und sich in den verschiedenen Erscheinungsformen zum Ausdruck bringt. Meine Annahme ist, bei diesem „was“ handelt es sich um eine besondere strategische Option, unseren – übereinstimmend als unzureichend ermesse-

nen – Einfluss auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und Entwicklungen zu stärken. Hilfweise bezeichne ich diese Option, die meine Genossen bei T&P meiner Einschätzung nach verfolgen, als „Links-Populismus“. (Kleiner Einschub: Bei dieser Vokabel bin ich verpflichtet, einem Missverständnis vorzubeugen. Die Bezeichnung „Populismus“ ist ein beliebtes Schimpfwort, welches diejenigen, die ihrer Herrschaftspraxis gerne ungestört nachgehen wollen, gegen die Beherrschten in Stellung bringen, die ihnen als „Pöbel auf der Straße“ gelten. Meine Verwendung dieser Bezeichnung soll natürlich – obwohl ich sie mit Kritik verbinde – nicht diese Bedeutung haben. Im Gegenteil: Den Populismusvorwurf sollten wir, wenn er von den Herrschenden und ihren Schreiberlingen gegen uns vorgebracht, eher als Ehrbezeichnung ansehen.)

Ich möchte versuchen, den hier als Links-Populismus titulierten Ansatz zu beschreiben und auch darauf hinweisen, worin ich den Fehler dieses Versuches sehe. Damit ist sicherlich nicht schon eine auch nur ansatzweise vollständige Analyse und auch keine umfassende Kritik geleistet. Das bleibt noch eine Aufgabe, die ich allerdings für notwendig erachte. Es kann lediglich darum gehen, die grobe Linie aufzuzeigen, die mich veranlasst, eine solche Ausrichtung von T&P nicht mittragen zu wollen, obwohl – oder gerade weil – ich die Funktion, die diese Zeitschrift mit ihrer Prägung durch Hans Heinz Holz und Renate Münder ausfüllt hat, für ein weiterhin unterstützenswertes und notwendiges Projekt halte. Die Debatte über die Strategie der kommunistischen Bewegung, über die Frage nach der Bedeutung und dem Charakter einer zu erkämpfenden Hegemonie und über den Weg dorthin wird in meiner Auseinandersetzung mit den Genossen zwar berührt, aber dazu reicht es natürlich nicht, sich lediglich – wie es dieser Beitrag hier macht – von einer anderen Position abzugrenzen. Dieser Beitrag soll also auch nicht eine eigene positive Posi-

tionierung in der Strategiedebatte ersetzen. Ähnliches gilt auch für die Fragen, die ich oben als Themen genannt habe, bei denen unsere Differenzen in Erscheinung treten.

Weitgehend anerkannt und auch unter uns unumstritten ist, dass es offensichtlich kein erfolgversprechender Weg ist, sich sektiererisch von den Menschen abzusondern, mit denen wir eine bessere Gesellschaft erkämpfen wollen. Es ist daher in der Geschichte der Arbeiterbewegung keine neue Erscheinung, wenn der Versuch gemacht wird, durch Annäherung an Positionen, die in der Breite der Bevölkerung populär sind, den eigenen Wirkungsgrad erhöhen zu wollen. Lenin forderte die Fähigkeit der revolutionären Kommunisten, sich mit den „werkaktiven Massen zu verbinden, sich ihnen anzunähern, ja, wenn man will, sich bis zu einem gewissen Grade mit ihnen zu verschmelzen“^[1]. Hier sehe ich bei uns noch keinen Dissens. Doch ist hier ein genaues Hinschauen gefordert, denn diese Empfehlung wurde und wird sehr unterschiedlich ausgelegt.

So war und ist es auch keine seltene Erscheinung, dass dieser Ansatz so deutet wird, es gehe bei ihm darum, die Akzeptanz und Popularität der Kommunisten in der Bevölkerung zu heben um dann – mit so erzeugter Rückendeckung – endlich wirksam tätig werden zu können. Die passende Bündnisorientierung zu dieser Interpretation zielt auf maximale Breite der Bündnisse als Optimum und sieht die Aufgabe der Kommunistischen Partei darin, höchstens noch als Ideengeber zu fungieren, als diejenigen, die stets und verlässlich für möglichst umfassende Bündnisbreite eintreten und die eigenen „weitergehenden Ideen“ den Bündnispartnern lediglich als Theorien verkünden. So sieht die opportunistische Missdeutung der Massenverbundenheit aus und so wurde und wird sie – wenn auch mit vielerlei Differenzierungen – von der sich verbürgerlichenden Sozialdemokratie, von den Anhängern der „Thesen“ des Sekretariats und – beim

Thema Antifa und Klimaproteste – auch von Hans-Peter Brenner vertreten^[2]. Die von Lenin betonte spezifisch kommunistische Aufgabe, aktiv für die Hervorbringung von Klassenbewusstsein tätig zu sein, wird entweder komplett negiert oder verkommt – wie bei Brenners Verständnis marxistischer Bildungsarbeit – zum untauglichen Hinterhertheoretierten.

Die oben von mir Links-Populismus genannte Option will sich von solchem Opportunismus absetzen. Zu Recht kritisiert sie an der opportunistischen Fetischisierung möglichst großer Bündnisbreite, dass mit ihr das Potential derjenigen vernachlässigt wird, die unzufrieden mit den bestehenden Verhältnissen keineswegs mehr bereit sind, sich mit genau den wohlanständigen Bündnispartnern gemein zu machen, die sie als Verfechter eben jener Verhältnisse kennengelernt haben. Unzufriedene, die sich ohnehin an den Rand gedrängt fühlen oder von sozialem Abstieg bedroht sehen, werden von den Politikangeboten eines solchen, sich links und demokratisch nennenden Opportunismus nicht erreicht, sondern abgestoßen. Das Paradebeispiel der Initiative „Aufstehen gegen Rassismus“ erklärt gar selbst, „eine rote Linie“ ziehen zu wollen gegenüber den Unzufriedenen, sofern diese sich für rassistische Ideologie empfänglich zeigen. Solchem opportunistischen Irrweg setzen die Befürworter einer links-populistischen Linie den Ansatz entgegen, im Protest der Unzufriedenen eine Artikulation ihrer, durch Kapitalismus und neoliberalen Politik verletzten Interessen zu sehen.^[3] Als praktisch-politische Konsequenz aus diesem Ansatz und gelegentlich unter (falscher!) Berufung auf die oben zitierte Forderung von Lenin nach „Verschmelzung“ mit den Massen oder auch auf die Volksfrontstrategie des VII. Weltkongresses wird dann die Folgerung gezogen, wir sollten uns nun diesem Protest annähern. Die Forderung nach geschlossenen Grenzen gegenüber Flüchtlingen etwa, oder die Ablehnung gegenüber einer Klimabewegung seien Anknüpfungspunkte, die wir mit unserer antimonopolistischen Strategie aufzugreifen hätten. Zweifellos bedeutet der Zuzug von Flüchtlingen eine Verschärfung der Konkurrenzkämpfe um Arbeitsplätze, Löhne, Wohnungen, usw., mit der die Durchsetzungsfähigkeit der Arbeiterklasse hier beeinträchtigt wird und die deswegen von Kapitalvertretern auch begrüßt wird. Ebenso unzweifelhaft lässt sich die Klimabewegung für Kapitalstrategien mit Interesse an neuen

„grünen“ Anlagenträumen, an der Abwälzung von Kosten für Krise und fälligem Umbau von Produktionstechnologien, und an der Propagierung von Vereinzelungsideologien („jeder muss sein Konsumverhalten überdenken“) nutzen. Und richtig ist auch: Die Ursachen für die Unzufriedenheit von durchaus relevanten Teilen der Bevölkerung mit ihren Lebensbedingungen sind allesamt Ausprägungen der immanenten Widersprüche des monopolistischen Kapitalismus. Diese Unzufriedenheit bietet damit Anknüpfungspunkte für unseren antimonalistischen Kampf. Aber – und hier trennen sich die Wege – der Protest, der sich mehr oder weniger^[4] spontan gegen offene Grenzen, Klimahype, Verletzung unserer deutschen Souveränität durch die US-Politik, usw. wendet, ist keine Artikulation der vom Kapitalismus verletzten Interessen der Bevölkerung, sondern es ist „der Herren eigner Geist“^[5], der in diesem Protest zum Ausdruck kommt.

Diese Differenzierung ist entscheidend! Ich teile die Einschätzung: Wir brauchen uns nicht zu beklagen über das falsche Bewusstsein der Unzufriedenen, die ihren Protest rassistisch äußern. Erst recht brauchen wir nicht – wie „Aufstehen gegen Rassismus“ – ihnen dies vorzuwerfen und sie deswegen hinter eine „rote Linie“ zu verbannen. Aber die Ursachen von Unzufriedenheit sind etwas

oder Nationalismus spiegeln nicht – auch nicht ideologisch verfälscht – die Realität der Arbeiterklasse wider, sondern die Herrschaftsinteressen der Monopolbourgeoisie.

Dies nicht zu erkennen führt – in der Konsequenz – dazu, die Frage gering zu schätzen, ob das Bewusstsein der Menschen von ihren Interessen angemessen ist oder nicht. Lediglich ihre Haltung, welche sich in ihrer Praxis zeigt, sei entscheidend. Demnach sei es auch unerheblich, ob die Friedensbewegung von einer leninistischen Analyse der Kriegsgefahr geleitet ist, oder ob sie meint, ein „tiefer Staat“ oder andere sich verschwörende dunkle Mächte seien die Ursache der Kriegsgefahr. Entscheidend sei, ob die Lösung „Friede mit Russland“ lautet. Und nein – ich will auch hier keine sektiererische Verengung der Friedensbewegung befürworten. Es stimmt, dass jede Bewegung zu begrüßen, aufzugreifen und zu unterstützen ist, in der Menschen aktiv sind, deren Interessen denen des Monopolkapitals entgegengesetzt sind und deren Kampf sich objektiv gegen die Monopolherrschaft richtet. Aber damit kann uns das Bewusstsein der Mitstreiter doch eben nicht egal sein. Im Gegen teil erfordert unsere Aufgabe den Kampf gegen „der Herren eigner Geist“, weil wir ohne diesen Kampf auch nicht in der Lage wären, unserer Verantwortung für



anderes als das Bewusstsein, welches sich im Protest äußert. Der fatale Fehler der Genossinnen und Genossen, die meinen, in solchem Protest eine Artikulation antimonalistischer Interessen zu erkennen und uns deswegen eine Annäherung an ihn empfehlen, liegt darin, die Bewusstseinsinhalte, die in diesem Protest zum Ausdruck kommen, den Protestierenden selbst zuzuschreiben. Aber Bewusstsein ist bewusstes Sein. Es erwächst als Widerspiegelung der von der Produktion und Reproduktion des eigenen Lebens bestimmten Realität. Doch Rassismus

die tatsächliche Ausrichtung der Kämpfe in objektiver Frontstellung gegen die Monopole nachzukommen. Lenin hat in Bezug auf demokratische Kämpfe, bei denen dies nicht gelingt, davon gesprochen, die Menschen würden dann „stets die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug“ bleiben. Das sollten wir vermeiden.

Sich über diese Fragen mit Genossinnen und Genossen – im wörtlichen Sinn – auseinanderzusetzen, ist schmerhaft und kann vordergründig auch nicht konstruktiv sein, aber es ist notwendig. Die

gemeinsame Arbeit an dieser Zeitschrift ist nicht der geeignete Ort, um diese Differenzen zu überwinden. Hier hemmt der Dissens die Arbeit. Meine Mitarbeit im Herausgeberkreis und der Redaktion werde ich deswegen mit diesem Heft beenden. Dennoch gibt es weder Grund noch Berechtigung dafür, den Anspruch aufzugeben, weiter zu diskutieren und mit guten Argumenten an der Grundlage übereinstimmender Einsichten und Überzeugungen zu arbeiten. Dies bleibt eine Aufgabe, die in der DKP und ihrem Umfeld – zu dem T&P gehört – bewältigt werden muss, um unserer Schwäche entgegenwirken zu können. Wenn es dabei

gelingt, unseren Begriff von Hegemonie zu schärfen kann dies sehr konstruktiv dazu beitragen, der erstrebten Einigkeit eine Grundlage zu verschaffen.

Quellen und Anmerkungen

[1] LW 31, S.9

[2] siehe z.B. die Formulierung im Leitantrag zum 22. Parteitag „...sind breiteste Bündnisse auch unter Einschluss bürgerlich-antifaschistischer und demokratischer Kräfte einzugehen, ohne dass wir unsere marxistische Analyse und weitergehende Forderungen aufgeben bzw. auf deren Propagierung verzichten.“ oder in Bezug auf die Klimaproteste H.P.Brenner „Keine Verengung in der Bündnispolitik lassen“, Redebeitrag auf der 11.PV Tagung

November 2019, DKP Intern Nr. 06/2019

[3] siehe z.B. den Beitrag von Thomas Lurchi, Johannes Magel und Seta Radin zu „#aufstehen“ in T&P Heft 46.

[4] Mir erschließt sich nicht, warum die Vertreter eines Links-Populismus zwar ein (zu Recht!) waches Auge für die interessierte Beeinflussung etwa der Klimabewegung durch Teile des Kapitals haben, aber die bereits historisch vielfältig belegte Urheberschaft der Monopolbourgeoisie und ihrer Propagandaorganisationen (z.B. Alldeutscher Verband) für rassistische Spaltungsideologien und Nationalismus bei ihrer Sicht auf sich rechts äußernden Protesten vernachlässigen. Soll heißen: eher weniger „spontan“.

[5] so der Titel einer hervorragenden Schrift des deutschen Kommunisten Hans Günther, in dem dieser 1934 die Ideologie des Nationalsozialismus analysierte und die von Dimitroff den Delegierten des VII. Weltkongresses zur Lektüre empfohlen wurde.

Diether Dehm

ÜBER BREITE, HÖHE UND TIEFE: DEN HISTORISCHEN RAUM EROBERN!

Zur Strategie einer populär marxistischen Linken

Wer heute die AfD und andere Rechtskräfte in Europa wirkungsvoll bekämpfen will, sollte deren subjektive Faktoren weder sozial noch psychologisch ignorieren. Und ebenfalls nicht: die historischen Prozesse, wie die Klassenkämpfe und die Verhältnisse von Arbeit sowie die Entwicklung von Produktion, die auch individuelle Persönlichkeiten bis ins sogenannte Unterbewusste prägen, befreien oder hemmen. Die Freud-Schule beachtet dies nur unzureichend; hingegen die marxistische Psychologie - etwa Leontjew, Hiebsch, Holzkamp, Sève - umfassend! In jedem Fall: historische Räume, die die Linke anderen fahrlässig (über-)lässt, füllen sich notwendig mit rechter Demagogie. Die zentrale Aufgabe für antifaschistische Kräfte ist es daher, die Hegemonie über den historischen Raum, also zunächst via punktueller Meinungsführerschaft zu erlangen.

Wir tun also gut daran, darüber nachzudenken, wie in der Gesellschaft historische Räume für uns entstehen können, die rot besetzt sind. Dabei müssen wir bereits bei der Priorisierung der Themen beginnen. Denn der Kampf um Hegemonie wird nicht in erster Linie ausgetragen als idealistische Besetzung zahlreicher Wunschthemen. Viel wichtiger ist es, bereits die Themen selbst zu konzentrieren. So sind grünkapitale Themen, wie z.B. „CO2-Steuer“, denkbar ungeeignet für eine rote Hegemonie. Eine solche

lässt sich nur über die soziale Frage, also rote Themen selbst, herstellen, wie: a) Mobilisierung gegen Alters-Armut und -Diskriminierung b) für 10 Milliarden-Investition p.a. in Public Traffic, sowie c) gegen NATO und Defender. Wir erwähnen hierzu auch die glorreiche KPÖ/Steiermark bei der Mietenfrage.

In der Hegemoniefrage ist aus den viel zu kurzen Leben von Lenin und Gramsci grundsätzlich mehr zu erlernen. Was Letzterer in Italien zunächst unter Einbeziehung des gescheiterten „roten Jahres“ 1920 und in seinen Gefängnisheften als materielle Umstände einer nachhaltigen Meinungsführerschaft aufgezeichnet hatte, kumulierte bei Lenin in dessen historischer Rede vom 26. April 1917 vor dem Petersburger Bahnhof, um von dort aus den Massen neue praktisch-intellektuelle Schwungkraft zu verleihen, aus seiner Zeit im Schweizer Exil. Beide beschreiben das, was ich die Dreidimensionalität des historischen Raums nenne: die wissenschaftlich-philosophische Höhe, die sinnlich-ästhetische Tiefe und die Breite der praktischen Bewegung (Bündnis, dialektisch interaktive Verbindung von Kader und Masse, von Schichten und Klassen für einen antiimperialistischen Block). Ohne solcherlei Höhe, Tiefe und Breite wird keine linke Bewegung Hegemonie einnehmen können. Und ohne eigenen historischen Raum ist sie dazu verdammt, sich auf „fremdem“



(um nicht zu sagen: auf grünem) Terrain zu verkämpfen und z.B. über E-Mobilität zu fabulieren oder über Toleranzbegriffe, die von den monopolkapitalistisch kontrollierten Medien suggeriert werden.

Meine These vom „historischen Raum“ betrifft besonders die Dialektik vom geistig-Theoretischen und vom praktisch organisierten Kampf. Geistige Entfaltung und praktische Arbeit an der Materie sind zwar niemals identisch, sondern Einheit von Widersprüchen. Aber ohne eine gewisse geistige Emanzipation gelingt keine strategisch-praktische Be-

freitung. Und: Niederlagen, also praktisches Misserfolg, vermögen andersrum, auch den geistigen Fortschritt einer Befreiungstheorie zu verlangsamen.

Populäre Breite des historischen Raums

Gramsci reklamiert dieses Aufgabengebiet, indem er das ringende Anknüpfen empfiehlt: an den Alltagsgeschmack, an der Wirkmacht des Trivialen, also an Folklore und Traditionen. Denn eine einzige willkürliche Verletzung und launische Kränkung der ohnehin und historisch Tiefgekränkten kann uns im Nu in die Isolation befördern. Jeder unserer Fehler kann fatale Folgen haben - bis zu unserer organisatorischen Zerschlagung. Weil selbst eine populäre Linke zunächst dem herrschenden, antikommunistischen Populismus unterlegen ist (siehe: meine Bundestagsrede vom 31. Januar 2020^[1]) Nur das geduldige und vor allem sensible Ringen um wachsende Breite von praktischen Bündnissen mit Andersdenkenden gegen NATO-Kriege und Sozialabbau schafft die materielle Basis für geistiges Dazulernen.

Antiimperialistische Kräfte, die den historischen Raum erobern wollen, finden in der Geschichte vielfältige Hegemoniestudien vornehmen. Z.B die Reformation des 16. Jahrhunderts. Martin Luther (der - bei aller Kritik - mutig vor dem Kaiser stand und der selber Lieder schrieb), hatte zunächst die Bibel aus dem Griechischen übersetzt: „Andare al popolo!“^[2](Gramsci). Wir jedenfalls haben den Marxismus noch lange nicht fürs Volk übersetzt. Aus Shitstorm-Angst vor „verkürzter Kapitalismus-Kritik“? Sicher, Wissenschaftsdispute sind reiner und bequemer, bleiben von der ideologisch-populären Zuspitzung verschont. Gleichzeitig aber ist alles Elitär-Jungfräuliche ganz irdisch auch um breite Wirkung und Bewegung gebracht.

Nehmen wir also eine andere Hegemoniestudie: Lenin fuhr im April 1917 von der Schweiz nach Petersburg. Mit an Bord im verplombten Eisenbahnabteil waren die kühnsten Frauenrechtlerinnen ihrer Zeit. Man darf also annehmen, dass sie dort heftig über seine alles entscheidende Rede diskutiert hatten. Kurz darauf, auf dem Panzerwagen vor dem Bahnhof, verkündete Lenin dann die berühmten drei klassischen Forderungen, um der antiimperialistischen Bewegung einen neuen Spin zum Sturz der Kriegsregierung zu geben: „Frieden, Brot, Land für die kleinen Bauern“ - nicht wesentlich

mehr. Ein Jahr später hatte die Sowjetunion das fortschrittlichste Frauenrecht aller Staaten, ein Rassismus-Verbot in der Verfassung und ein radikaldemokratisch neues Staatskonzept.^[3]

Lenin hatte also keinesfalls andere linke Forderungen aus dem Auge verloren, sondern er hatte auf dem Panzerwagen priorisieren müssen. Wer heute von „verbinder Klassenpolitik“ schwadroniert, sollte sich zunächst des eigentlichen Wortsinnes bewusst werden: welche Klassen und Schichten, die zunächst definiert sein wollen, sollen hier eigentlich in Bewegung „verbunden“ werden? Die Bolschewiki verbündeten die zwei Millionen Proletarier (unter den 120 Millionen Einwohnern) mit der größten Klasse Russlands: der werktätigen Bauernschaft. Wer in Deutschland die Arbeiterklasse „verbinden“ möchte, muss dies mit all den Schichten und Klassen unterhalb des Monopolkapitals versuchen. Wer also bessere Renten fordert, Krankenversicherungen etc. sollte auch für die anwachsende Zahl der Soloselbstständigen u.ä. entsprechende Lösungen im Blick haben, damit daraus entsprechend mobilisierbarer Druck von links entsteht.

Wer dies will, muss - von den Bolschewiki lernend - *priorisieren*. In Betracht kommen: der Kampf für den Mietendekkel (der aber seine schärfste Problemlage noch nicht auf dem Land, aber um die größeren Städten herum und in deren Umland aufweist). Dann der Kampf für gerechter erhobene Steuermitteln (hier ist die steuerverkürzende AfD erfolgreich zu treffen!). Und für solidarische Rente und gegen Altersdiskrimierung (Lucien Seve: „Für einen voll erfüllten dritten Lebensabschnitt“); sowie für Erstarkung des *öffentlichen* Güter- und Personenverkehrs (mit 10 Milliarden p.a. vorzugsweise aus Rüstungsetat und aus Flugbenzin-Besteuerung) für preiswerte Teilhabe, Pünktlichkeit und Klima; und immer wieder gegen NATO-Aufrüstung und Regime-Change-Kriege.

Weitere Hegemoniestudien in Sachen „Breite in Bewegung“ finden wir durchaus auch vor der eigenen historischen Haustür: das „Nationalkomitee Freies Deutschland“ von Walter Ulbricht, Erich Weinert, Bertolt Brecht (wovon Wehrmachtssoldaten zum Desertieren bewegt wurden); dann die Bewegung gegen die Notstandsgesetze mit der IG Metall und den entsprechenden Künstlern und Wissenschaftlern; dann Ostermarsche, die Bewegung des „Krefelder Appells“ - gemeinhin Friedensbewegung genannt - gegen die Atomraketen und die NATO.

Was wir hierfür brauchen, ist eine neu angelegte großherzige Bündnispolitik mit Gewinnung punktuell Andersdenkender.

Es zeigt sich: Linke Moral ist Movens zur Hebung anderer Leuts Besserwerden, aber nicht zur moralischen Überhebung von einem selbst als „Bessermensch“ über andere, angeblich „Bildungsferne“; sei es bei Klima, Gendern oder der Migration. „So übel sie euch auch mitspielen, gebt keinen euresgleichen auf!“^[4], ermunterte uns Brecht über die Grenzen von Klassen, Schichten und Sichten. In diesem Sinne muss die Linke populärer und versöhnlicher werden. Aber unversöhnlich bleiben in der Wissenschaft. Fragen stellen, gerade wenn diese mit dem Mainstream kollidieren. Dafür gilt, was Rosa Luxemburg von Ferdinand Lasalle übernommen hat: eine revolutionäre Tat beginnt damit, „das schonungslos auszusprechen, was ist!“ Letztendlich, soweit es geht: auch populär (nicht populistisch), auf Reform orientiert (nicht reformistisch), ja, auch „sexy“ (nicht sexistisch), national (aber nicht nationalistisch!).

Auf der Höhe der Zeit

Wenn es auch keine vollkommen unideologische Wissenschaft gibt, so bietet die Wissenschaft doch die nützlichsten Instrumentarien gegen feindliche Ideologien, die in die eigenen Kräfte eingedrungen sind (und darin haben Spindoc-tors und Thintanks des political correcten Mainstreams eine gewisse Meisterschaft entwickelt).

Die Arbeiterklasse muss zur *intellektuellen Höhe* fremde WissenschaftlerInnen teilweise bestechen, teilweise locken, teilweise aber auch bei ihren eigenen Ergebnissen (be-)greifen, denn sie kann zur Hegemoniegewinnung (im Unterschied zur Bourgeoisie, die vor 1789 ihre Töchter und Söhne an den besten Hochschulen der Welt hatte studieren lassen dürfen) nicht auf eigene, vollkommen autonome Schatzkammern von Wissenschaft und Kunst bauen. Das ihr aufgezwungene Zeit-, Lohn- und Kulturregime ist zu restriktiv, um alle im Proletariat unter Kapitalherrschaft schlummernden intellektuellen Volkskräfte in vollem Umfang zu heben und bereits im Schoß imperialistischer Nationalstaaten zu entfalten. Allein schon deswegen lohnt sich das Ringen um die Mittelschichten und deren Söhne, Töchter, aber auch Großväter - welche Linke nicht vorschnell als „alte, weiße Säcke“ verketzern und weiter kränken sollten - und Großmütter - nicht als „alte Umweltsäue“.

Bis hierhin bestünde der historische Raum (den der proletarische Antagon durchdringen muß, um eine antiimperialistische Meinungsführerschaft zu erarbeiten) lediglich aus *intellektueller Höhe* und populärer *Bündnisbreite*. Reicht das nicht aus? Der große marxistische Ästhetikforscher Thomas Metscher u.a. werden nicht müde, auf die dritte Dimension zu pochen: die *Tiefe*!

Die Tiefe des Raumes: Alltagsästhetik und Kunst

Früher wurden linke Aufmärsche vorzugsweise von der Polizei zerstreut, heute gibt es dafür eine ganze Zerstreuungsindustrie. Es geht also (auch psychologisch) bei der Dreidimensionalität des historisch hegemonialen Raums um die affektiv-tiefe Verwurzelung, gegen die Verstreuung und Zerstreuung der Werk-tätigen, um humanistische Bindekräfte mit Musik, Bildern und Literatur. Also geht es auch um Popularästhetik und Schulung, um die Dialektik aus Tradition und Avantgarde.



Auch hierfür lohnt sich ein Blick in die historischen Erfahrungen. Lenin leuchtet jene Formulierung im *Kommunistischen Manifest* neu aus, wonach die Arbeiterklasse, zwar abstrakt-inhaltlich, *international* gegen das weltweite Großkapital kämpft, aber, zunächst im alltäglichen Kampf, also der konkreten Form nach, „*national*“ bleibt. und zwar „weil jedes Proletariat mit seiner (!) eigenen Bourgeoisie fertig werden muss“. In den „Kritischen Bemerkungen zur nationalen Frage“ schrieb Lenin 1913: „Es gibt zwei

Nationen in jeder modernen Nation... Es gibt zwei nationale Kulturen in jeder nationalen Kultur.“

Ich würde in Bezug auf Lenins „zweite Kultur“ *mehrere „zweite Kulturen“* (städtische, bäuerliche, religiös-klerikale, traditionell-folkloristische, gewerkschaftliche, kleinbürgerliche etc.) setzen, welche die linken Kräfte - ohne jede Überheblichkeit! - entfalten, aber auch zurückdrängen muss. Und zwar priorisierend vernetzt: *anstatt „Multikulti“*, anstatt also Verschiedenartiges nur additiv und unpriorisiert im bloßen Nebeneinander zu „tolerieren“. Denn die herrschende Kultur ist Ergebnis von straffen Konzentrationsprozessen, während die beherrschten Kulturen als Ergebnisse der Klassenkämpfe zunächst noch inkonsistent, lose und locker sind. So sind viele Charaktere aus „Dorftheatern“ selten zur Nationalkultur aufgestiegen. Ebenso wenig wie unsere Arbeiterlieder. Während Gesänge für *bürgerliche* Rechte, Freiheiten und Einigkeit ungehemmter zur nationalhegemonialen Verbindlichkeit aufsteigen konnten.

sten, sondern - „This Land is my Land“ (Woody Guthrie) - vor allem das *eigene* Land der von ihm so Angesprochenen gemeint gewesen. Wer heute gegen „Bayer-Monsanto, Blackrock, Rheinmetall und Deutsche Bank“ kämpft, kämpft auch um und für sein *eigenes* Land, damit diese Hauptfeinde *dort* ausgeschaltet werden. Und damit die werktätigen Lebensumstände im *eigenen* Land demokratischer werden.

Damit wird deutlich: die Rechten mit roten Themen zu schlagen, heißt auch, ihnen nicht die Frage der Heimat kampflos zu überlassen. Das hatte schon Ernst Bloch gefordert. Stattdessen muss sie zusammen mit der sozialen Frage definiert werden, so wie es die Linke seit August Bebel und Friedrich Engels schon immer gemacht hat. Auch das ist Teil der zweiten Kultur. Heimat ist wichtig. Sie braucht einen Sozialstaat und sie braucht Frieden und Abrüstung. Dazu gehört auch: Respekt zu haben vor den Menschen, die Heimat mit traditionellen Gefühlen verbinden. Man kann die Folklore in ihren Köpfen gut oder schlecht finden, aber sie ist da. Und wenn die Linke die Hegemonie über die Köpfe erlangen will, muss sie sich mit dem befassen, was die Menschen in ihrem Herzen umtreibt. Als die KPD und andere Linke dies in Weimar verstanden und die Frage der Heimat in Programmatik übernommen hatte, haben die Nazis bei der Novemberwahl 1932 prompt 1,4 Millionen Stimmen verloren.

Thomas Metscher führt dazu aus, die zweite Kultur sei, „Teil der Lebenstätigkeiten unterdrückter Klassen. Sie ist Teil ihrer sozialen Praxis... erste Äußerung auch kulturellen Widerstands gegen die Mächte der ersten Kultur ...“^[5]. Metscher zitiert in diesem Aufsatz Eugene Genovese Studien zur Sklavenkultur als eine „demonstration of the beauty and power of the human spirit under conditions of extreme oppression.“

Ähnlich hat Peter Weiss in seiner „Ästhetik des Widerstands“ kristallisiert, wie „Hass gegen oben“ zur Selbstbehauptung entfremdeter und ausgebeuteter Werk-tätiger selbstvergewissernd dazugehört.

Friedrich Engels hat in „Lage der arbeitenden Klassen in England“ beschrieben, wie „unter den Bedingungen der Verelendung und Ausbeutung, der Arbeiter seine Menschheit nur durch den Hass und die Empörung gegen die Bourgeoisie retten kann; im Protest gegen die Tyrannie der Besitzenden.“^[6] Kein einziges Feld sei dem Proletarier überlassen, als „die Opposition gegen seine ganze Lebenslage“. Wohl bemerkt: diese op-

positionellen Affekte sind zunächst umkämpft, umfunktionierbar und von rechts umprägbar.

Also Vorsicht, wenn sich Regierungs- und Nichtregierungs-Institutionen gelegentlich gefallen mit teuer bedruckten Banderolen: „Gegen Hass und Gewalt!“. Dies kann nämlich, in seiner sozial indifferennten Sanftmut, schnell gegen demokratisierenden (Klassen-)Hass und gegen demokratische Gewalt (wie Streiks, Aufstände, zivilem Ungehorsam etc.) gewendet werden. Warum sollten also nicht auch Gewalt und Hass zivilisationsfördernd sein? Warum dürfen den „kleinen Leuten“ jene Monopolkapitalisten, die auf Krieg, Dürre, Hunger und andere Nöte mit Aktien spekulieren, nicht fremd erscheinen? Bis hin zum Hassen? Und imprägniert nicht gerade kluger Umgang mit Hass - zivilisierend, klassenspezifisch bildend - sozial angelegte Hassaffekte gegen rechts? Und zwar ja gerade, damit diese nicht chauvinistisch okkupiert werden? Ohne ein vernünftiges Feindbild, das auf Chefetagen fokussiert, gedeihen die Sündenböcke und demagogischen Ablenkungsmanöver von rechts!

Wo das Herz ist

Damit muss die Hegemoniearbeit an der *sinnlichen Tiefe* aufgerufen werden, also: linke Kulturarbeit. Diese war in der Siebziger/Achtziger-BRD, sogar, als es da nur die kleine DKP und die Schmidtsche SPD mit Linksablegern gab (mit „UZ-Pressefesten“, „Pläne-Verlag“, „Künstler für den Frieden“, Gegen-BILD-Stellen, IG-Metall-Chören, SPD-Kulturinitiative mit Grass, Böll, Hildebrandt, Mangelsdorff, Dauner, Staeck u.ä.) wirkmächtiger, als heute. ND, jW, Freitag, UZ streiten z.T. mit selbstgemachten Scheuklappen, statt sich wenigstens finanzlogistisch zu vernetzen. Linke missliebige Positionen werden in sozialen Medien härter befehdet, als faschistische. Ähnlich werden auch KEN.FM, russische, palästinensische, kurdische u.ä. Portale im Sinne der „herrschenden Meinung“ mit political correcten Vorhaltungen überzogen. Nachdenkseiten, Weltnetz.tv, Rubikon, Eulenspiegel-, Westend- u.ä. Verlage, Ossietzky und Konstantin Weckers Auftritte (und sein ‚Hinter-den-Schlagzeilen‘) können die immer klaffenderen Wissenslücken noch längst nicht ausgleichen. Viele Künstler, besonders jüngere, haben - auch angesichts des geheimdienstlichen Blacklistings bei großen Medien - Angst bei antiimperialistischen Projekten öffentlich gesehen, fotografiert und dann

zur Strafe ins Out gelenkt zu werden - und dort ihr Publikum weggenommen zu bekommen. (Über diese modernen Zensurmaßnahmen habe ich gerade bei Eulenspiegel „Meine schönsten Skandale“^[7] veröffentlicht).

Um aus Obigem zunächst drei von vielen Zuspitzungen vorzunehmen: wir brauchen a) eine „Rentenoffensive“, b) milliardenstarke Aufrüstung der Bahn und c) NATO-Aufrüstung. Dafür sollten wir:

1. Intellekt, neue Fakten und Wissenschaft intensiver bemühen;
2. Bündnisse um Schichten, Klassen, Gewerkschaften, SOVD, Kirchen, Auszubildenden-Initiativen mit Sozialdemokratinnen, Kommunisten und anderen Linken massiv verbreiten und erweitern;
3. Unterhaltungs- und andere Künste (weit über wohlfeile Pro-Flüchtlings-, Pro-Klima und Anti-AfD-Bekenntnisse) anstiften.

In Kunst, Publizistik und Unterhaltung müssen viel mehr ökonomische Interessen kulinarisch bloßgelegt werden, die hinter allem Politischen stehen, und damit statt grünlichem Moralisieren rote Lebensfreude kultivieren lernen, mit dem antagonial-archimedischen Fixpunkt: die Arbeit mit ihren wachsenden Befreiungspotentialen.

Die Grünen pflegen gegenwärtig eine Inszenierung öder, kosmopolitischer EU-fixierter Konfessionen, die antithetisch an den Resonanzraum der Nationalisten gefesselt ist. Dies zu kopieren würde eine auf werktätige Mehrheiten gestützte und orientierte, linkspopuläre Politik auf den Holzweg ins Nirwana führen. Wir brauchen keine zweite grüne Partei. Vielmehr ist gegen rechts nur erfolgreich, was mit Leonhard Frank „links, wo das Herz ist.“

Quellen und Anmerkungen

- [1] <https://www.bundestag.de/mediathek?videoId=7424781#url=L2lIZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NDI0NzgxJnZpZGVvWa-Q9NzQyNDc4MQ==&mod=mediathek>
- [2] Im Deutschen etwa: Geh‘ zu den Leuten!
- [3] Dass die SDAPR sich nicht auch gleichzeitig als Kind der französischen Revolution, Aufklärung und Gewaltenteilung verstanden hatte, war nicht zuerst ihrer Entfernung zu Paris geschuldet, sondern vor allem Bürgerkrieg und imperialistischem Würgegriff, den Aufstiegsbedingungen Stalins und Trotzkis.
- [4] Bertolt Brecht, GW Bd. 9, S. 570, Ffm 1969
- [5] E. Hahn, Th. Metscher, W. Seppmann (2016): Kritik des gesellschaftlichen Bewusstseins: Über Marxismus und Ideologie. Hamburg, S. 261
- [6] MEW, Bd. 2, S. 431
- [7] Diether Dehm; Meine schönsten Skandale: Von Ruf- und anderen Morden; Verlag Das Neue Berlin; 1. Auflage 2019

GEBT KEINEN EURESGLEICHEN AUF

Wie immer sie euch mitspielen
Gebt keinen euresgleichen auf!



Der Bauer, der den steinigen Acker
gepflügt hat
Mag euch mißtrauen wie einem
Viehhändler
Und euch aus seiner Tür jagen:
Der ein Pferd zu wenig hat
Hat Ohren euch zu hören.
Gebt keinen euresgleichen auf!

Der Arbeiter, der die Maschine geölt
hat
Die ihm nicht gehört, mag euch ver-
raten
Viermal, dann vertraue ihm das
fünfte Mal!
Setzt nichts aufs Spiel, aber setzt ihn
in die Rechnung ein:
Gebt keinen euresgleichen auf!

Der Soldat, dem der Sieg nichts
nützt
Mag seine Oberen fürchten und euch
An das Rad des Geschützes binden,
dennoch
Ist er euer Helfer an dem bestimmten
Tag
Wo ihr ihm die Augen geöffnet habt:
Gebt keinen euresgleichen auf!

Ihrem Feind folgen sie, wenn sie
blind sind
Aber euch folgen sie, wenn sie sehen.
Gebt keinen euresgleichen auf!

Bertolt Brecht, GW Bd. 9, S. 570, Ffm 1969

„KAMPF GEGEN RECHTS“ - VORGESCHOBENE UND REALE GEFAHREN^[1]

„Mögen andere von ihrer Schande sprechen, ich spreche von der meinen.“
(Brecht) Ich werde vornehmlich über Deutschland reden.

Mein Thema heißt: „Kampf gegen Rechts“. Diese Wortprägung bezeichnet eine Legitimationsideologie des deutschen Imperialismus und der EU. Eine Gegen-Rechts-Demagogie wurde der Kriegspolitik der imperialistischsten transatlantischen Kreise angekoppelt, seit es hieß, der Krieg gegen Jugoslawien würde „wegen Auschwitz“ geführt. Die Annexion der DDR war Voraussetzung für diesen Krieg. Auch die Konterrevolution von 1990 wird heute als „gegen Rechts“ dargestellt. In Wirklichkeit bezeichnet sie den größten, und letztlich einzigen, „Rechtsruck“ der deutschen Geschichte seit dem Ende des zweiten Weltkriegs.

Seit der diesjährigen Jubekampagne für die EU „gegen Rechts“ sollte deutlich sein, dass es sich um eine zentrale Leerformel zur Herrschaftssicherung handelt. Seit kurzem ist es üblich, zahlreiche innen- und außenpolitische Gegner nicht mehr „Rechtspopulisten“, sondern „Faschisten“ zu nennen. Das ist Verharmlosung des Faschismus. Einer der reaktionären Parteien, der AfD, scheint dabei die Rolle einer Bad Bank zugeschrieben, die den ehemaligen „Volksparteien“ im Konkurs noch einmal Kredit verschafft.

Lüge und Wahrheit der Formel „gegen Rechts“ lässt sich nur aufzeigen, wenn wir sie durch das ersetzen, was unausgesprochen dahintersteht: „Rechts“ kann nur „Faschismus“ bedeuten und „gegen Rechts“ Antifaschismus.

Faschismus und Antifaschismus

Wer über Faschismus redet, sei es als Bewegung, sei es als Herrschaftsform, muss über Imperialismus reden. Wer den Faschismus bloß für ein Sammelsurium falscher Bewusstseinsinhalte und nicht für die politische Herrschaftsform einer Klasse hält, wird ihn nicht bekämpfen. Das ist der Ausgangspunkt der marxistisch-leninistischen Theorie.

Demnach ist die Grundlage der imperialistischen Herrschaft das ökonomische

Monopol, das nach der Errichtung auch des politischen Monopols strebt. Die Allmacht der Monopole durchdringt „mit absoluter Unvermeidlichkeit alle Gebiete des öffentlichen Lebens, ganz unabhängig von der politischen Struktur.“^[2] Das ist auch die Grundlage der Faschisierung und der faschistischen Diktatur. Auch ohne Faschismus drängt die Diktatur der Monopolbourgeoisie zur Reaktion auf der ganzen, nicht nur ökonomischen Linie. Das gilt auch für die BRD heute, das gegenwärtige Zentrum der Reaktion in Europa und natürlich für die EU. Imperialistische Herrschaft geht nicht ohne innere Widersprüche vonstatten, sowohl zwischen den imperialistischen Ländern als auch innerhalb Gruppen der Bourgeoisie eines Landes. Aufgabe des Staates ist, eine imperialistische Gesamtlinie zu vermitteln und auszuführen, auch unter Opferung unmittelbarer Profitmöglichkeiten. Nicht hinter jeder Linienschwankung steht eine separate Kapitalfraktion. Es gilt, insbesondere im faschistischen Staat, der Pramat des Politischen. Denn die Herausbildung der Monopole, die Jagd nach Extraprofiten, hebt die Konkurrenz nicht auf, sondern verschärft sie. Unter ihrem Gesetz steht die imperialistische Neuauftteilung der Welt, also auch die „Geopolitik“, nämlich dem Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung der imperialistischen Länder, das sie zur Austragung ihrer Widersprüche durch reine Stärke, letztlich militärisch drängen wird; das sie aber ebenso zu Allianzen und Militärbündnissen gegen ihre Konkurrenten oder nichtimperialistischen Gegner drängt. Die bedeutendste internationale Gegenkraft einer Nichtunterwerfung unter die Diktate der imperialistischen Hauptländer liegt heute in einem fortschreitenden Zusammenschluss von Russland und China, sowie anderer Länder, Parteiungen und Kräfte. Die Negierung dieser Kräfte schwächt den Antifaschismus hier, im eigenen Land.

Faschismus an der Macht

Die mit den Referaten und Diskussionen des VII. Weltkongresses der Kommu-

nistischen Internationale 1935 vorgelegte Faschismustheorie ist eine Erweiterung der Leninschen Imperialismusanalyse. Deshalb steht Dimitroffs Referat zum Faschismus in engstem Zusammenhang zu Togliattis Referat über den imperialistischen Krieg. Sie müssen zusammen gelesen werden, denn der Kampf gegen den drohenden imperialistischen Krieg wurde als Hauptkettenglied zur Fortführung des revolutionären Weltprozesses erkannt; so steht es auch heute. Die antifaschistische Strategie ist die Einheitsfront- und Volksfrontstrategie. Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen ist Voraussetzung und treibender Kern der Volksfront. Sie orientiert auf die Heranführung an die proletarische Demokratie, ist aber zugleich die Absage an jeden Utopismus, der irgendeinen der nötigen Zwischenschritte überspringen will. Eine auf die Interessenlagen der schwankenden Mittelschichten gegründete Bewegung ergibt keine antifaschistische Volksfront. Eine unter der Leitung der Monopolbourgeoisie geführte Mittelstands-Bewegung mag sich als Protest gebärden, bleibt aber das Gegenteil einer antifaschistischen oder antiimperialistischen Bewegung, auch wo sie mit revolutionärer Rhetorik vorgibt, „den Systemwechsel“ im Gepäck zu führen. Das ist bei einer Vielzahl sogenannter Bewegungen im gegenwärtigen Deutschland der Fall.

Von Dimitroff wurde auf dem VII. Weltkongress die berühmte Faschismus-Definition vorgetragen. Sie lautet: „Der Faschismus an der Macht, Genossen, ist, wie ihn das XIII. Plenum des EKKI richtig charakterisiert hat, die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elementen des Finanzkapitals.“^[3]

Bemerkenswert ist erstens der Superlativ: Es geht um die am meisten reaktionären usw. Elemente. Das heißt: Im Faschismus ist die Diktatur der Monopolisten kein geschlossener Block, so „totalitär“ ihr Staat inklusive Propagandaapparat auch erscheint. Und es gibt Teile der Bourgeoisie, die nicht der Monopolbourgeoisie angehören. Das aus-

zunutzen ist für die Volksfront und jede antimonopolistische Strategie wichtig. Ohne dieses Wissen und Handeln hätte es die Nelkenrevolution in Portugal nicht gegeben; auch nicht die antifaschistisch-demokratische Ordnung der DDR und nicht die mit der Volksfront erkämpften sozialen Errungenschaften der französischen Werktätigen, deren revolutionäre Verteidigung die Gelbwesen ins Leben rief. Das ist die vielschichtige Realität, so wie auch souveräner Nationalstaat und Selbstbestimmung eine sind, die für die Volksfrontstrategie in der gegenwärtigen Etappe von größter Bedeutung bleibt. Solche Realitäten als Bedingung und Rahmen des Kampfes erfassen, heißt nicht, dem eigentlichen Klassenkampf untreu werden. Das umfasst die Notwendigkeit, gegebenenfalls Bündnisse auch mit Kapitalisten zu schließen und mit Kadern ihrer Klassenmacht aus dem Mi-

der dritten Welt wäre. Sie bezeichnet die Spaltung der Klasse innerhalb eines imperialistischen Landes und erschwert allerdings die internationalistische Solidarität. Nur die Überwindung dieser Spaltung kann zur einer wirksamen Strategie gegen die Faschisierung führen. Für Lenin gehören im übrigen natürlich auch die Arbeitslosen zur Klasse.

Ein Trugschluss kann sich einstellen mit der Frage: *Woran erkennt man denn die am meisten imperialistischen Kreise?* Man erkennt sie daran, welche Interessen welcher Klasse diese Politik zum Ausdruck bringt. Man erkennt sie nicht an der variablen Ideologie, die ihnen als Instrument zur Überrumpelung der Massen gegen deren Interessen dient. Darum ist die Definition des Faschismus die seines Klassenwesens und nicht die seiner wechselhaften Demagogie. Faschismus ist keine Ideologie, obwohl Ideologie eine

Diktatur einer Klasse, deren soziale Basis so schmal ist, dass sie auf Bündnisse angewiesen ist. Das ist ihre Achillesferse. Sie ist, mit den Worten Dimitroffs, „eine grausame, aber keine feste Macht“.

Und *viertens*, das dürfte auch Überlegungen zum „Tiefen Staat“ betreffen: Der Faschismus ist nicht eine verselbständigte Staatsstruktur, die sowohl über dem Proletariat als auch über der Bourgeoisie stünde.^[4]

Die Aufgabe der bürgerlichen Faschismustheorien, insbesondere in der Variante „Totalitarismusdoktrin“, ist in letzter Instanz: die Monopolmacht zu verschleieren und den Antikommunismus zum äußersten zu treiben. Damit stehen sie allerdings in der Kontinuität des Faschismus selber. Genau das ist das Problem des heute in Deutschland und der von ihm dominierten EU propagierten „Kampfes gegen Rechts“.

Faschisierende Tendenz und Vielfalt der faschistischen Herrschaftsform

Die statische Definition des bereits in die Macht eingesetzten Faschismus war nur ein Teil der Darlegung auf dem VII. Weltkongress. Der größere galt der *Frage der Übergänge und der zahlreichen Varianten*, unter denen auch der deutsche Faschismus der 30er-40er Jahre nur ein Spezialfall ist.

Dimitroff begann sein Referat mit den Worten: „Der (VI.) Kongress wies darauf hin, daß ‚faschistische Tendenzen und Keime einer faschistischen Bewegung in mehr oder weniger entwickelter Form fast überall zu finden sind.“^[5]

Daraufhin wurde er konkreter, nämlich „daß vor der Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel verschiedene Etappen durchlaufen und eine Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen, die den Machtantritt des Faschismus vorbereiten und unmittelbar fördern. Wer in diesen Vorbereitungsetappen nicht gegen die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie und gegen den anwachsenden Faschismus kämpft, der ist nicht imstande, den Sieg des Faschismus zu verhindern, der fördert ihn vielmehr.“^[6]

Er beharrte auf der Vielfalt an Übergängen: „Die Entwicklung des Faschismus und die faschistische Diktatur selbst nehmen in den verschiedenen Ländern verschiedene Formen an, je nach den historischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, je nach den nationalen Besonderheiten und der internationalen



litär-, Sicherheits-, und Staatsapparat. Es heißt, den Unterschied zwischen Nationalkonservativen und Faschisten erkennen zu können. Aber das Wesen solcher Bündnisse muss antimonopolistisch und antiimperialistisch sein, und zwar so eindeutig, dass die Arbeiterklasse weiß, dass darin ein Kern für ihre Interessen die Stoßrichtung des Ganzen trägt und auf die Eroberung der Macht gerichtet ist.

Dass wir innerhalb der Bourgeoisie zu differenzieren haben, deutet darauf hin, dass der Übergang zum Imperialismus Veränderungen im Klassengefüge brachte. Nicht nur durch Herausbildung der Finanzbourgeoisie, sondern auch der Arbeiteraristokratie, also eines Teils der Arbeiterklasse, der in gewissem Maße an den Extraprofiten der weltweiten Raubzüge beteiligt wird. Arbeiteraristokratie bedeutet nicht, dass eine nationale Arbeiterklasse als solche eine „Schmarotzerklasse“ gegenüber dem Proletariat

seiner gefährlichsten Waffen ist.

Zweitens geht aus dieser Definition hervor: Faschismus ist nicht die Macht des Kleinbürgertums, der Lumpenproletarier o.ä. Er ist ihr Feind. Die Hauptfunktion des Faschismus besteht in der gewaltsamen Unterwerfung und Niederhaltung der Arbeiterbewegung und der Arbeiterklasse. Konstante aller faschistischen Ideologien ist der Antikommunismus. Er erscheint in der heute vorherrschenden Ausprägung als „Totalitarismusdoktrin“. Durch diese kann der Antikommunismus ebenfalls als „Kampf gegen rechts“ maskiert werden. Mit weiterer Vertiefung der Widersprüche wird der Gegner die Veranstaltung als das kenntlich machen, was sie ist: Kampf gegen Links.

Drittens geht aus der Definition hervor: Faschismus ist die Macht der Finanzbourgeoisie (realiter in Kombination mit anderen Klassenteilen, in Deutschland damals z.B. den Junkern). Das heißt:

Stellung des betreffenden Landes. In gewissen Ländern, vor allem dort, wo der Faschismus keine breite Massenbasis besitzt und wo der Kampf zwischen den einzelnen Gruppierungen im Lager der faschistischen Bourgeoisie selbst ziemlich stark ist, entschließt er sich nicht sofort das Parlament zu liquidieren, und beläßt den anderen bürgerlichen Parteien und auch der Sozialdemokratie eine gewisse Legalität.“^[7]

Die berühmte Definition führt uns somit nicht auf eine in Stein gemeißelte Form, die sich hinter dem Wort „Faschismus“ verbirgt: Von Keimen, Tendenzen, vorbereitenden Etappen, Bewegungen, konkurrierenden Gruppierungen ist die Rede. Deshalb sollten wir uns nicht einreden lassen, dass die Durchleuchtung faschisierender Tendenzen und vorbereitender reaktionärer Maßnahmen eine „Inflationierung“ des F-Wortes sei; das hieße in den falschen Umkehrschluß verfallen, dass wir noch in einer intakten bürgerlichen Demokratie leben würden, aus der nur ein nicht bestimmbarer Sprung in die Diktatur führen könnte. Wir wären dann dauernde Warner vor dem Faschismus und wären zugleich faschismusblind. Diese Auffassung muß den Blick auf die inneren Tendenzen der sich seit dreißig Jahren fortfressenden Konterrevolution und die sich allseitig aufblähende Fäulnis des imperialistischen Stadiums verschleiern. Die faschisierende Tendenz innerhalb der gegenwärtigen gesellschaftlichen Bewegung zu erschließen, ist keine „Inflationierung“ des Faschismusbegriffs. Sofern der Klasseninhalt bestimmbar ist, erkennen wir vor allem eines als inflationär: den heutigen Gebrauch der Worte „Antifaschismus“ und „Antifa“.

Faschistische Parteien sind bürgerliche Parteien, faschistische Regierungen bürgerliche Regierungen. Faschistische Bewegungen sind immer gegen die Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums gerichtet, auch wenn ihre Demagogie das Gegenteil behauptet. Faschistische Bewegungen, Parteien, Regierungen müssen in Deutschland immer und grundsätzlich gegen das Erbe der DDR gerichtet sein. Schon diese wenigen Kriterien zeigen, dass es in der deutschen Parteien- und „Bewegungs“landschaft heute relativ schwierig sein dürfte, ein Alleinstellungsmerkmal zu entdecken, das als Indikator einer „faschistischen Reserve“ für eine von ihnen taugt. Bei allen Übergangs- und Mischformen ist jedoch stets zu beachten: „Der Machtantritt des Faschismus ist nicht ein Regie-

rungswechsel, sondern ist die Ablösung einer Staatsform der bürgerlichen Klassenherrschaft durch die andere.“^[8]

Der faschistische Staat ist kein „Doppelter Staat“

Wir hörten, dass auch in dieser Staatsform verschiedene Monopolisten miteinander konkurrieren und genötigt sind Arrangements zu treffen, auch blutige Kämpfe auszutragen, um die Diktatur über die Mehrheit aufrechtzuerhalten.

Häufig ist neuerdings zu hören, wir hätten es mit einer selbständigen Doppelstruktur zu tun, einem „dualen Staat“. Die Machtkämpfe in den USA seit Trumps Wahl z.B. scheinen das an der Oberfläche zu bestätigen. Es springt ins Auge, dass bei dieser Deutung die trotz Widersprüchen einheitliche Klassenbasis zu kurz kommt, da ja die Diktatur der Finanzbourgeoisie die eigentliche Tiefe dieses Staates ausmacht. Die Rede vom „dualen Staat“ geht zurück auf eine Deutung des Nazi-Staates, die Ernst Fraenkel 1941 unter dem Titel „The Dual State“ vorlegte.^[9] Dies wurde einer Kritik unterzogen in dem schon 1944 vollendeten bemerkenswerten Buch „Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944“^[10] des linken Sozialdemokraten Franz Neumann. Neumann führt bei seiner Analyse des „Dritten Reichs“ den Begriff des „Un-Staats“ ein, den ich hier aus Platzgründen ich nicht ausführen kann.

Für unser Thema möchte ich allgemeinere Schlussfolgerungen assoziieren: Staatlichkeit, die Sicherung des Normenstaats gegen jede Verschiebung zum Maßnahmenstaat, Einhaltung des Legalitätsprinzip zu verlangen, muss keineswegs ein Merkmal sogenannter autoritärer Einstellungen und eines autoritären Staates sein. Es ist irreführend die Forderung nach Recht und Ordnung mit „Law and Order“ gleichzusetzen oder gar als „rechtsaffin“ zu diffamieren; desgleichen die nach nationaler Souveränität und zwischenstaatlichen Beziehungen gemäß dem Völkerrecht. Das Legalitätsprinzip etwa ist eine Errungenschaft politischer Emanzipation. Sein Bruch wäre der Übergang zu subjektivem Recht. Wenn z.B. Regelverstöße, Gesetzesbrüche und Provokationen von Ausnahmezuständen von oben in der Absicht gefördert werden, reaktionäre Maßnahmen oder Alleingänge der Exekutive als Begehren sogenannten zivilgesellschaftlichen Protests erscheinen zu lassen, oder aber funktionierende Staatlichkeit und Gewaltenteilung zu

destabilisieren und die Bevölkerung zu spalten, so sollte gerade die Erfahrung mit dem Faschismus uns davor warnen, darin eine Morgenröte des Widerstands zu erblicken. Anti-Etatismus ist keine genuin antifaschistische oder auch nur fortschrittliche Forderung. Ein Blick auf die imperialistische EU-Ideologie mit ihren vier neoliberalen Freizügigkeiten erweist schnell, dass Anti-Etatismus durch die herrschenden Klassen selber befeuert wird, ob der Neoliberalismus nun in der konservativen oder anarcholibertären Variante auftritt. Ebenso zeigen uns die „Maidane“ und „bunten Revolutionen“, dass Bewegungen, die den gezielten Regelbruch propagieren, sei es auch als „ziviler Ungehorsam“ verbrämt, die faschisierende Tendenz verstärken können, oder - Bsp. Ukraine, Honkong - offen als faschistische Stoßtruppen der internationalen Imperialisten wirken. Manipulierte „Bewegungen“, die die reaktionären Maßnahmen des Staatsmonopolistischen Kapitalismus als außerparlamentarischer Arm der Regierungen aktionistisch vortragen, können, mitsamt der kalkulierten Störung des inneren und zwischenstaatlichen Friedens, Elemente einer gesellschaftspolitischen Entwicklung zum Neumannschen Un-Staat loslassen.

Ideologie und Massenbewegung

Wer darauf besteht, die faschistischen Gefahren lägen heute in einer Wiederholung der Umstände „vor 1933“, der verabsolutiert leicht die damaligen internationalen Kräfteverhältnisse und nationalen Erscheinungsformen.

Der Kapp-Lüttwitz Putsch scheiterte am Widerstand der Arbeiterklasse. Auch der von Hitler und Ludendorff. Daraus „zogen die Politiker der imperialistischen deutschen Bourgeoisie die Lehre, ange-sichts der Stärke der organisierten Arbeiterschaft in Deutschland, künftig keinen Putschversuch mehr zuzulassen, sondern die Weimarer Republik auf kaltem Wege, „verfassungsmäßig“ und „legal“, zu beseitigen. Hitler schwenkte bereits 1924 auf diese Linie ein.“^[11]

Wäre nicht mit der Arbeiterbewegung zu rechnen gewesen, hätte die herrschende Klasse nicht soviel Zeit und Geld aufwenden müssen, eine sozialimperialistische Demagogie zur Überrumpelung der Massen auszuarbeiten und eine künstliche „Nationale Arbeiterpartei“ aufzupäppeln. Im Wettbewerb der für die „legale Machtübernahme“ geeigneten Ideologien setzte sich die sogenannte völkische durch. Um sie ganz knapp zu charakterisieren, soll

uns der Buchtitel des Naziautors Hans Grimm ausreichen: „Volk ohne Raum“. Als vermeintlicher Antikapitalismus hatte der Antisemitismus unter anderem die Aufgabe, den rationalen Begriff des Finanzkapitals durch den irrationalen Ausdruck „jüdisches Bankkapital“ zu ersetzen.

Es waren die Klassenkräfteverhältnisse, die die Monopolherren zur Schaffung einer eklektischen Massendemagogie zwangen, die auf die gegnerische Klasse austrahlen sollte. Es war der langwierigere, aber einzige Weg zur Beseitigung der Demokratie und Realisierung der Kriegsziele sowie zur Ausrottung der Arbeiterorganisationen. Um es in heutiger Sprache zu sagen: keine Graswurzelbewegung, sondern Astroturfing in höchster Regie.

Unzulässig ist nun für Antifaschisten, die Sache auf den Kopf zu stellen und zu behaupten, das Vorhandensein sogenannter völkischer oder anderer Ideologien sei ausreichender Indikator für eine akute faschistische Bewegung auf dem Marsch an die Macht. Der widerspruchsvolle Weg an die Macht wird nicht durch Ideologie gegeben. An diesem Punkt vollzieht sich die Auf-den-Kopf-Stellung von Antifaschismus in subjektiven Idealismus: Faschismus wird mit einem Bewußtseinsinhalt verwechselt, dem ein besserer Bewußtseinsinhalt entgegenstünde. Die DDR lehrte uns hingegen, dass der ideologische Kampf gegen den Faschismus nur geführt werden kann, wenn man seine materielle Grundlage zerstört: durch die Enteignung der Naziaktivisten, der kriegsverbrecherischen Monopolherren und Junker, durch Bodenreform und Sozialisierung der Schlüsselindustrien und Banken. Diesen Punkt müssten wir in jeder Volksfront vertreten, wenn sie eine sein soll: Die herrschende Demagogie des Pseudo-Antifaschismus beruht auf der Durchdringung mit einem System des subjektiven Idealismus, der die materiellen Grundlagen, die die der herrschenden Politik selber sind, ausblendet. Ein auf subjektiven Idealismus gegründeter „Kampf gegen Rechts“ ist somit ein Baustein zur ideologischen und organisatorischen Entwaffnung der Arbeiterklasse.

Sie mögen enttäuscht sein, dass ich kaum auf die neoliberalen „Kerneuropa“, pro-NATO, pro-Aufrüstungs- und Anti-DDR-Partei AfD eingehe. Das hätte nur Sinn, wenn man auf die Rolle der anderen Parteien und „Bewegungen“ ebenfalls einginge, die ihr, entgegen dem propagierten Trugbild, keineswegs als antifaschistische Front gegenüberstehen, sondern sich dem internationalen Faschismus verbünden.

Was ich kurz am Beispiel AfD zeigen möchte, ist nicht ihr eigener Charakter, sondern wie in Medien etc., anstatt die übergreifende faschisierende Tendenz zu entlarven, die Grundlagen des Antifaschismus selber zerstört werden. Es entsteht eine Schein-Entlarvung leerer Zeichen, die immer nur bei ihrer eigenen vorgegebenen Setzung landet, wer a priori als Faschist zu betrachten sei und wer nicht. Der Faschismus wird damit zu einer Art „Ding an sich“, von dem niemand weiß, wie es in die Köpfe kommt.

Zahlreich sind die Fälle angeblicher Überführung gewisser Politiker, der „völkische Ideologie“ durch die Medien.

Westgrenze und im Baltikum.

Will man „Wende der Erinnerungskultur“ entlarven, ist zu sagen, wie sie gerade durch die Regierenden ins Werk gesetzt wird: Nämlich in der schändlichen Resolution des EU-Parlaments vom 19. September, wonach Rußland als ein Verursacher des Zweiten Weltkriegs zu betrachten und weitere antikommunistische Verbote durchzusetzen seien – eine verordnete „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“. Goebbelssche Propaganda wird den europäischen Völkern als Staatsräson aufgedrängt – von all jenen, die angeblich „gegen Rechts“ kämpfen,



Man konfrontiert zum Beispiel mit Aussagen, wo einer das Wort „Lebensraum“ benutzt; oder „eine Wende unserer Erinnerungskultur um 180 Grad“ fordert – um dann das F-Wort anzuwenden. Sie verstehen, dass ich hier weder die Zeichen noch das Bezeichnete verteidige. Aber was würde echte Entlarvung bedeuten?

Käme heraus, dass sich hinter „Lebensraum“ die Osteuropakonzepte zweier imperialistischer Weltkriege verbergen – dann muss hinzugefügt werden, dass eben diese gleich nach 1990 bei den Ministern Kinkel, Scholz etc. auferstanden – ohne Anklänge an völkische Ideologie vorgetragen und den Bedingungen der NATO angepasst. Eine Konsequenz ist die neue Ostfront vor der russischen

indem sie bloße Wörter auf den Index setzen.

Will man aufweisen, dass einer die Beseitigung der Demokratie im Schild führt – ist darauf hinzuweisen, dass die Truppen der „bunten Revolution“ dasselbe tun, dass etwa zahlreiche Organe der sogenannten Klimabewegung in eindeutigen öffentlichen Äußerungen über die Unvereinbarkeit von Demokratie und „Nachhaltigkeit“ weitreichende antidemokratische Panikmache schüren – nur, dass sie das „unvölkisch“ als „Transformation der Demokratie“ bezeichnen.

Die offizielle Demagogie der EU-Herrschaft lautet heute eben nicht „Volk ohne Raum“, sondern „Raum ohne Volk“. Dass es einzig „völkische Ideo-

logie“ sei, die hier als Gegner in Frage kommt, ist unglaublich. Mit derselben pseudo-sprachkritischen Methodik wurde zuvor Sahra Wagenknecht niedergemacht, weil man ihre Auffassung von antimonopolistischer Strategie kurzerhand zum „National-Sozialismus“ und „Wagenknecht-Rassismus“ erklärte; mit linkem Applaus.

Erst wenn das alles zusammengedacht wird, erhalten wir Anhaltspunkte des übergreifenden Charakters der faschisierenden Tendenz für den Aufbau einer antifaschistischen Strategie und einer Volksfront. Was man uns stattdessen bietet, ist subjektivistischer, fiktiver Antifaschismus der Eliten, die ihrerseits auf eine Verschiebung vom Normenstaat zum Maßnahmenstaat drängen.

Ohne Massenbasis wäre es dem historischen deutschen Faschismus also nicht möglich gewesen, den Übergang an die Macht zu vollziehen. Aber nicht die Millionen kleinbürgerlicher Naziwähler bestimmten den Klassencharakter auch dieses Übergangs, sondern die Finanzierung durch die Monopolherren. Und noch ein Faktor kam hinzu: „Ihr Kampf hatte schließlich Erfolg, weil im Grunde genommen die Führer aller bürgerlichen Parteien der gleichen Auffassung waren und auf einen Abbau der parlamentarischen Demokratie hinarbeiteten, was sie folgerichtig zur Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 führte.“^[12] Darüber hinaus erweisen alle Erfahrungen mit tatsächlichen Volksfronten, dass das Kleinbürgertum kein unveränderliches Reservoir des Faschismus ist. Halten wir fest: *Eine künstliche Massenbewegung ergibt noch kein faschistisches Subjekt.*

Fazit

Während die DDR die antifaschistisch-demokratische Ordnung aufbaute, wurden im westdeutschen Separatstaat die Grundlagen von imperialistischer Herrschaft und Militarismus gerettet. Die Politik der imperialistischen Besatzungsmächte verfolgte das Ziel „den deutschen Imperialismus als Konkurrenten auszuschalten, aber der imperialistischen Welt sein Potential zu erhalten.“^[13] Die westdeutsche Großbourgeoisie unter USA-Hegemonie hatte verstanden, dass sie ihre Ziele nur sehr langfristig im Schoße eines imperialistischen Paktsystems würde verwirklichen können, zu dem die „europäische Integration“ unter westdeutscher Hegemonie kam. Diese Ziele scheinen heute verwirklicht.

Doch statt der propagierten Friedensordnung sieht die Lage so aus: völkerrechtswidrige Kriege, Vorbereitung weiterer Kriege und NATO-Ostfront; eine verheerende Weltwirtschafts- und allgemeine Krise; dramatischer Fall der Profitraten bei brutaler Umverteilung von unten nach oben; unaufhaltsame zentrifugale Tendenzen der EU; Niedergang der Zentralmacht USA und, seit Trump, erfreuliche Irritationen der transatlantischen Beziehungen. Eine tiefe Spaltung Deutschlands als Ergebnis der vollzogenen Konterrevolution. Die unlöslichen Widersprüche von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften sollen aktuell durch das Flickwerk eines Green New Deal überbückt werden, ein Ausplündерungsprogramm sondergleichen.

Gleichzeitig gelingt es der deutschen formierten Gesellschaft, sogar den Protest auf der Straße unter ihre Agenda zu stellen und damit den Linksradikalismus einzubinden. *Der Linksradikalismus scheint eine der verlässlichen Stützen des Merkelregimes geworden zu sein.*

Mehr denn je braucht die Großbourgeoisie eine „Gemeinwohl-Ideologie“, die analog zur Nazilösung „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ arbeitet und Klassenkampfziele neutralisiert und zur Klientelpolitik herabdrückt. Das Experimentieren mit einer solchen Ideologie wird aktuell als unauflöslicher Dreiklang geführt. Seine Bestandteile sind:

1. Die imperialistisch gewendete Klimapropaganda, um reaktionäre Maßnahmen durchzusetzen, für deren Aufschub angeblich keine Zeit mehr bleibt.
2. Übergreifend: Die imperialistisch gewendete „Gegen-Rechts“Propaganda zur moralischen Stützung des Regimes.

3. Die imperialistisch gewendete „supranationale“ „Grenzen auf - Nieder mit dem Nationalstaat“ Propaganda zur Spaltung der Bevölkerung und unterdrückten Klassen.

„Wozu brauchen sie den Faschismus?“ fragte der VII. Weltkongress. Dimitroffs Antwort: Zur Durchführung ihrer Kriegspolitik und zur Abwälzung der vollen Krisenlasten auf breiteste Bevölkerungsschichten. In welche Richtungen müssen wir heute blicken, um ihn zu verhindern?

Ich möchte mit einem Hinweis Kurt Gossweilers von 1973 schließen: „Es ist dem Imperialismus nach dem zweiten Weltkrieg allerdings noch nirgends gelungen, eine faschistische Massenbasis, wie in den dreißiger Jahren in Deutschland, zu schaffen.“... „Gegenwärtig geht die Hauptgefahr für die demokratischen

Rechte der Massen und für den bürgerlichen Parlamentarismus in den imperialistischen Hauptländern nicht von den dort vorhandenen faschistischen Organisationen aus, sondern von den Hauptparteien der imperialistischen Bourgeoisie (...), von den reaktionären Regierungen und den imperialistischen Militärkoalitionen, insbesondere von der NATO. Das Beispiel Griechenland hat demonstriert, daß beim Ausbleiben einer faschistischen Massenbasis die NATO an deren Stelle treten kann, um zu helfen, in einem als strategisch wichtig angesehenen Lande eine faschistische Diktatur gegen das Volk in den Sattel zu heben.“^[14]

Diese Richtung sollten wir unter den fortbestehenden hegemonialen Verhältnissen im Auge haben. Hüten wir uns also vor Einseitigkeiten, die das Blickfeld verengen. Hüten wir uns vor:

- einseitiger Fixierung auf den Faschismus an der Macht
- einseitiger Fixierung auf den Faschismus als Ideologie
- einseitiger Fixierung auf den Faschismus als Massenbewegung
- einseitiger Fixierung auf den historischen Nazifaschismus.

Und jagen wir die „Totalitarismustheorie“ zum Teufel!

Quellen und Anmerkungen

[1] Vortrag auf der Konferenz „Der tiefe Staat – oder: Wer regiert den Westen?“ des Deutschen Freidenker-Verbands in Stuttgart am 16. November 2019; der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Autors; der Text des Vortrags wurde von der Redaktion leicht gekürzt.

[2] LW22, 241.

[3] Dimitroff in: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus. VII Kongress der Kommunistischen Internationale, Dietz Verlag Berlin 1957, S.85

[4] A.a.O. S. 87.

[5] A.a.O. S. 85.

[6] A.a.O. S. 89.

[7] A.a.O. S. 88.

[8] A.a.O. S. 88.

[9] Ernst Fraenkel 1941, The Dual State; deutsche Ausgabe Der Doppelstaat, F.a.M. 1974.

[10] Franz L. Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, Fischer Taschenbuch; 5. Auflage, 1984.

[11] Kurt Gossweiler, Aufsätze zum Faschismus, Akademie Verlag Berlin 1986, S. 320.

[12] A.a.O. S. 305.

[13] Imperialismus und Weltanschauung, Dietz Berlin 1966, S. 29.

[14] Gossweiler, A.a.O. S. 339f.

Greta sagt: *Ich will, dass ihr in Panik geratet, dass ihr die Angst spürt, die ich jeden Tag spüre.*
Die Überschrift dieses Vortrags lautet:

KEIN GRUND ZUR PANIK ^[1]

Zum Beginn eine Bemerkung über den gesunden Menschenverstand.

Viele unter uns werden das folgende Zitat aus der Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ von Friedrich Engels kennen: *Allein der gesunde Menschenverstand, ein so respektabler Geselle er auch in dem hausbacknen Gebiet seiner vier Wände ist, erlebt ganz wunderbare Abenteuer, sobald er sich in die weite Welt der Forschung wagt; und die metaphysische Anschauungsweise, auf so weiten, je nach der Natur des Gegenstands ausgedehnten Gebieten sie auch berechtigt und sogar notwendig ist, stößt doch jedesmal früher oder später auf eine Schranke, jenseits welcher sie einseitig, borniert, abstrakt wird und sich in unlösliche Widersprüche verirrt, weil sie über den einzelnen Dingen deren Zusammenhang, über ihrem Sein ihr Werden und Vergehn, über ihrer Ruhe ihre Bewegung vergißt, weil sie vor lauter Bäumen den Wald nicht sieht* ^[2]

Wir sind also gewarnt, insbesondere ist der Referent gewarnt! - Die sog. Klimadebatte ist über die deutsche Linke in diesem Jahr mit so verheerender Wucht hereingebrochen, dass es schwierig ist, einen klaren Kopf zu bewahren. Angesichts der behaupteten drohenden Menschheitskatastrophe, scheinen gesicherte Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus wie weggeblasen.

Das Wissen über den Zusammenhang des Kampfes um Reformen und Perspektive der sozialistischen Revolution, die Kunst, den Tageskampf, anknüpfend an die unmittelbaren sozialen Interessen der Werktagigen, mit dem Kampf für ein revolutionäres Ziel zu verbinden – das alles ist Schnee von gestern, so scheint es.

Meiner Ansicht nach wird die Linke, zumindest die in Deutschland, einige Zeit brauchen, bis sie zu einer wissenschaftlich fundierten Kritik des Klimahypes in der Lage sein wird. Bis dahin werden wir uns, wohl oder übel, mit unserem gesunden Menschenverstand behelfen müssen. D.h. auch, dass wir mit dem Werkzeug arbeiten müssen, das wir kennen und beherrschen. Was wir darüberhinaus benötigen, werden wir uns aneignen, indem wir uns an dem Gegenstand unseres Interesses abarbeiten.

Im Kommunistischen Manifest findet sich im Kapitel II „Proletarier und Kommunisten“ der Satz:

Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus. ^[3] Was den ersten Halbsatz angeht, werden wir uns noch erheblich Mühe geben müssen, dort wieder hinzukommen. Was den zweiten Halbsatz angeht, wollen wir ein wenig selbstbewusster sein: Davon haben wir

len Veränderungen im Sonnensystem sind und dass die Erde periodisch davon betroffen ist und es dabei große Veränderungen gibt. Ich war selbst bei dem Fluss Lena, unserem Fluss im hohen Norden, da gibt es riesige, hohe Küsten mit Sedimenten, in denen deutlich tropische Säugetiere und tropische Meere zu sehen sind. Aber die Lena ist im hohen Norden. Es gab dort also mal ein solches Klima. Gab es damals von Menschen verursachte Emissionen? Nein, natürlich nicht. Verstehen Sie, es gibt keine eindeutige Antwort.

Dennoch ist meine Position, dass, wenn die Menschheit auch nur irgendeinen Einfluss auf den Klimawandel hat und diese Veränderungen schlimme Folgen haben, wenn es also etwas gibt, was wir tun können, um diesen Prozess zumindest zu verlangsamen und die negativen Folgen zu vermeiden, dann müssen wir das Maximum dafür tun. Das ist unsere Position.

Trotz aller Widersprüche werden wir diesen Prozess in der Welt zur Bekämpfung des Klimawandels unterstützen.

So W. W. Putin im Oktober 2019 bei der Podiumsdiskussion des Valdai-Klubs.

Zugegebenermaßen verstecke ich mich hier ein wenig hinter W.W. Putins breitem Kreuz. Die Behauptung, dass wir es hier mit „setteleed science“, also gesicherten Erkenntnissen, zu tun hätten, ist nicht so unumstritten, wie FFF und ähnlich alarmistische Bewegungen dies glauben machen wollen. Eine ernsthafte Aneignung der wissenschaftlichen Debatte über Ursachen des Klimawandels verlangt m. E. primär solide physikalische Kenntnisse, verbunden mit der aktuellen Theorie der Partiellen Differentialgleichungen und den entsprechenden numerischen Methoden. Wer dieses Repertoire beherrscht und die Kernbestandteile des Marxismus-Leninismus verstanden hat, ist die Frau der Stunde! Evtl. könnten auch Männer dieser Aufgabe gewachsen sein.



einiges verstanden und davon verstehen wir einiges, also kein Grund zur Panik.

Ich werde jetzt versuchen, mich dem Thema Schritt für Schritt zu nähern.

Is there a Man-Made Climate Change?

Für die Zwecke dieses Vortrags lasse ich es bei dieser Vorbemerkung: Wladimir Wladimirowitsch Putin gilt als gut informierter Politiker und hat sich insoweit selten blamiert ^[4].

Zur Einigkeit der Ansätze und Einschätzungen. Hier wird es wahrscheinlich nie so eine Einigkeit geben. Schließlich geben Experten auf verschiedenen Gebieten, die auf die eine oder andere Weise versuchen, die Frage nach den Ursachen des Klimawandels zu beantworten, keine eindeutigen Antworten zur Ursachen des Klimawandels. Es gibt verschiedene Standpunkte, ich habe sie selbst gehört.

Es gibt diejenigen, die sagen, dass der Grund eine Art von global-

Und wenn doch?

Winfried Wolf, einer der klugen Köpfe der deutschen Linken, schreibt in den *Marxistischen Blättern* Nr. 1-2019:

Die Klimakonferenz von Katowice vom Dezember 2018 machte es nochmals deutlicher: Wenn die Weltgesellschaft nicht drastisch umsteuert und die das Klima schädigenden Emissionen nicht radikal reduziert, dann wird es zu einer Erwärmung des Planeten von mehr als zwei Grad Celsius kommen – mit unabsehbaren Folgen für das menschliche Leben.

Auch dieser kluge Kopf, der es unterhalb der „Weltgesellschaft“ erst gar nicht tut, aber angesichts der Zeitnot zunächst auf die „Weltrevolution“ verzichtet, ist also dem Klimahype erlegen.

Nehmen wir das mit der drohenden Katastrophe und der „extinction“ für den Moment einmal für bare Münze, dann gibt es nur zwei Möglichkeiten, dem Weltuntergang zu entgehen: a) radikale Beendigung der industriellen Produktionsweise^[5], mit der Folge massiver Verelendung in den kapitalistischen Metropolen und erst recht an deren Peripherie; oder b) Beibehaltung der industriellen Produktionsweise bei Umstellung der energetischen Basis auf Kernenergie.

Kernenergiegewinnung erzeugt bekanntlich kein CO2, gilt in Deutschland aber als unvertretbar gefährlich; gemesen am drohenden Weltuntergang immerhin das kleinere Übel?^[6]

Greta spricht zu uns

Meine Botschaft ist, dass wir Euch beobachten! Das hier ist alles falsch, ich sollte hier nicht sein, ich sollte zurück in der Schule sein auf der anderen Seite des Ozeans - aber Ihr kommt immer noch zu uns jungen Menschen, um Euch Hoffnung zu geben!

Wie könntet Ihr es wagen, meine Träume und meine Kindheit zu stehlen mit Euren leeren Worten? Wir stehen am Anfang eines Massenaussterbens und alles, worüber Ihr reden könnt, ist Geld und die Märchen von einem für immer anhaltenden wirtschaftlichen Wachstum - wie könnt Ihr es wagen?

Wenn Ihr die Situation wirklich verstehen würdet und uns immer noch im Stich lassen würdet, dann wärt Ihr grausam und das weigere ich mich zu glauben. Wie könnt Ihr es wagen zu glauben, dass man das lösen kann, indem man so weiter macht wie bislang - und mit ein paar technischen

Lösungsansätzen? Ihr seid immer noch nicht reif genug zu sagen, wie es wirklich ist.

Ihr lasst uns im Stich. Alle kommenden Generationen haben euch im Blick und wenn Ihr Euch dazu entscheidet, uns im Stich zu lassen, dann entscheide ich mich zu sagen: „Wir werden Euch das nie vergeben! Wir werden Euch das nicht durchgehen lassen!“^[7]

Luisa Neubauer, das deutsche Gesicht von *Fridays for Future (FFF)*, verteilt oft und gern das Etikett *alter weißer Mann*, wenn es darum geht, den Gegner auszumachen. Diese Redeweise setzt ganz bewusst darauf, die Gegenseite zu verhöhnen und moralisch zu diskreditieren. Besonders perfide ist es, wenn vielfältig privilegierte, junge Frauen aus der Mittelschicht sich hier in antirassistischer Pose als Opfer des *weißen Mannes* kostümieren.

In dem pseudolinken Lifestyle-Blatt *taz* fordert die Redakteurin Johanna Roth^[8], den Alten das Wahlrecht zu entziehen. Voller moralischer Überhebung formuliert sie: *Unschuldige vor einer in fundamentalen Fragen inkompetenten Wählerklientel zu schützen*. Das ist genau der *hate speech*, die Sprache der Diskriminierung und der Denunziation, die ansonsten in diesem Milieu immer scheinheilig angeprangert wird, die hier als Mittel angewandt wird, um eine extrem antidemokratische Positionierung der sog. Klimabewegung durchzusetzen.

Den jungen, weißen, karrierebewussten Frauen der *Fridays for Future (FFF)* Bewegung und der *Grünen* in Deutschland rufe ich an dieser Stelle mit Diether Dehm zu: Sie sollten gelegentlich mal alte weise Männer anhören, bevor sie ihren Mund aufmachen. Vom menschenverachtenden Jargon derer, die *alten Säcken, Greisen, Rentnern, Gestrigen*^[9] das Wahlrecht entziehen wollen, bis zum sozialdarwinistischen Jargon, der das unsägliche Bild von den *unnützen Essern* hervorgebracht hat, ist es nicht weit. Am Schluss dieses Abschnitts halte ich als These fest:

Fridays for Future und ähnliche Bewegungen sind ein Mittel der Spaltung der Werktätigen. Sie dienen dazu, Teile der Werktätigen gegeneinander aufzuhetzen, sie unfähig zum Widerstand zu machen, die Widersprüche von *arm und reich von oben und unten*, kurz: die Klassenwidersprüche, zu verdecken.

Ich komme noch einmal auf diese These zurück.

Bill Clinton weiß Bescheid

It's the economy, stupid! ist eine Wahlkampfparole von Bill Clinton aus dem Jahr 1992^[19]. Bieder übersetzt: Es ist die Wirtschaft, Dummkopf! Wir übersetzen es hier einmal korrekt: *Es geht um die Profitmacherei, ihr Idioten!*

Unter dem Deckmantel des sog. Klimaschutzes findet gegenwärtig eine großangelegte Reorganisation des Finanzkapitals statt. Entscheidende Teile des Monopolkapitals suchen nach einer strategische Antwort auf die strukturelle Überakkumulation des Kapitals und die sich erneut anbahnende ökonomische Krise. Mit sog. grünen Anleihen, durch Spekulation mit CO2- Emissionsrechten u.ä. sollen neue Anlage- und Verwertungsmöglichkeiten geschaffen werden. Das zum einen, zum anderen geht es um einen staatsmonopolistisch forcierten Umbau der wissenschaftlich-technische Basis der Produktion; hierher gehören etwa die Initiative „Industrie 4.0“ der Bundesregierung zur Digitalisierung der Wirtschaft und die Durchsetzung der sog. Elektromobilität. Die für diesen Umbauprozess erforderlichen enormen Mittel sollen über verschiedene Wege der staatsmonopolistischen Ausplünderung aus den Werktätigen und aus anderen nichtmonopolistischen Schichten herausgepresst werden.

Hier sei die Einführung der CO2-Steuер als Musterbeispiel für den Angriff auf die elementaren Grundbedürfnisse der Menschen, wie Wohnen und Mobilität, genannt. Dazu gehört ebenso eine neue Runde des Arbeitsplatzabbaus und der Flexibilisierung der Arbeitszeit im Rahmen der digitalen Transformation, die nicht nur Produktionsarbeiter, sondern auch mittel- und hochqualifizierte Angestellte treffen wird.

Diese These *zu beweisen*, d.h. ihre Stichhaltigkeit zu belegen, verlangt ernsthafte, wissenschaftliche Arbeit durch Ökonomen, die ihr Handwerk verstehen und keine Angst vor der heulenden Meute der Verteidiger der Kapitalinteressen haben. Ich will hier zumindest einige Indizien beibringen.

Ungefähr ab 2013 beginnen westliche Konzerne sog. *grüne Konzernanleihen* oder *Climate Bonds* aufzulegen. Dazu gehören Apple, SNCF und die französische Bank Credit Agricole, Tesla Energy u.a. Nach Angaben der sog. *Climate Bonds Initiative* sind derzeit *grüne Anleihen* von mehr als 500 Milliarden US-Dollar ausgegeben worden^[11].

Der frühere britische Finanzmini-

ster Philip Hammond hat im Juli 2019 ein Weißbuch herausgegeben: „Grüne Finanzstrategie: Die Transformation der Finanzen hin zu einer Grünen Zukunft“. In dem Papier heißt es: „Eine der einflussreichsten Initiativen dabei ist die Private Task Force on Climate-Related Financial Disclosure (TCFD) des Financial Stability Board, unterstützt von Mark Carney und unter Vorsitz von Michael Bloomberg. Dies wurde von Institutionen empfohlen, die 118 Billionen US-Dollar an Vermögen weltweit repräsentieren.“^[12] Dazu ein wenig *who's who*. Die *Task Force on Climate-Related Financial Disclosure (TCFD)* ist eine Einrichtung des *Financial Stability Board (FSB)*. Das FSB seinerseits ist eine Einrichtung der *Bank for International Settlements*, auf deutsch der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) – d.h. der Bank der Zentralbanken. Mark Carney war von

globalen Kohleausstieg, die Einführung eines höheren CO₂-Preises, die Abschaffung staatlicher Subventionen für fossile Energieträger und eine Verschärfung der nationalen Klimapläne aus. Nach eigener Darstellung verwalten diese „Investoren“ ein Vermögen von 35 Billionen US-Dollar. Zu ihnen gehören die deutschen Unternehmen Allianz, DWS, Munich ReVenture Partners sowie Union Investment.^[15]

Soviel zumindest als Illustration, dass wir vor einer großangelegte Reorganisation des Finanzkapitals stehen und es nicht nur mit einer widerwilligen, partiellen Anpassung zu tun haben

Nichts fällt vom Himmel, auch Greta nicht

Die Sache mit Greta ist nicht schwierig zu verstehen. Hier könnten wir uns getrost auf unseren gesunden Menschen-



2011 bis 2018 Vorsitzender des FSB, seit 2008 Direktor der Bank of Canada und ist seit 1. Juli 2013 Gouverneur der Bank of England.

Die Wall Street-Bank Goldman Sachs, die unter anderem den scheidenden EZB-Präsidenten Mario Draghi und den eben genannten Mark Carney, hervorgebracht hat, stellte im Juli 2019 den ersten globalen Index der am höchsten rangierenden Umwelt-Aktien vor. Die Indizes haben so schöne Namen wie *Euronext CDP Environment World EW* für den Handel in Amerika, Kanada und Europa sowie *Euronext CDP Environment Eurozone EW* für den europäischen Raum. Diese Indizes konzentrieren sich auf Klimawandel, Wassersicherheit und Abholzung.^[13]^[14]

Im September 2019 haben 515 „institutionelle Investoren“ „die Politik“ aufgefordert, die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels zu verstärken. Im Einzelnen sprechen sie sich für einen

verstand und unsere Klassenkampferfahrungen mit mehr oder minder hysterischen Kampagnen im Interesse der herrschenden Klasse verlassen – vom 17. Juni 1953 bis zu den sog. Farbrevolutionen. Es ist schlicht absurd, davon auszugehen, dass die auf Twitter geäußerten Angstvorstellungen einer überspannten 16jährigen Jugendlichen so mir nichts, dir nichts eine Bewegung von einigen hunderttausend Jugendlichen in den westlichen Metropolen vom Zaun brechen können.

Ich will mich dennoch mit zwei Aspekten des Phänomens befassen: Wie ist die Marke „Greta Thunberg“ bzw. „FFF“ entstanden? und Welche politische Funktion hat die FFF Bewegung? Dabei stütze ich mich ganz wesentlich auf die verdienstvolle Analyse von *Cory Morningstar „The Manufacturing of Greta Thunberg – for Consent: The Political Economy of the Non-Profit Industrial*

Complex“^[16]. Denjenigen, die es genauer wissen möchten, empfehle ich, den umfangreichen Text selbst zu lesen. Ich gebe hier lediglich einige Schlaglichter wieder.

- Am 20. August 2018 wurde ein „tweet“ mit einem Foto von „einem schwedischen Mädchen“, das auf einem Bürgersteig sitzt, von Ingmar Rentzhog dem Chef des von ihm gegründeten Technologieunternehmens *We Don't Have Time* veröffentlicht: *Ein 15-jähriges Mädchen bestreikt ihre Schule vor dem schwedischen Parlament bis zum Wahltag in 3 Wochen. [...] Stell dir vor, wie einsam sie sich hier fühlen muss. Leute die nur achtlos vorbeigingen, weitermachten mit dem Business as usual. Aber die Wahrheit ist. Das können wir nicht und sie weiß es!* In diesem „tweet“ wurde auf fünf Twitter Accounts Bezug genommen, u.a. auf Al Gores *Climate Reality Project*.
- Über Rentzhog kann man einiges wissen: Er ist Gründer von Laika, einem führenden schwedischen Kommunikationsberatungsunternehmen, das Dienstleistungen für die Finanzindustrie anbietet. Am 24. Mai 2018 wurde er zum Vorsitzenden des Think Tanks Global Utmaning (Global Challenge auf Englisch) ernannt. Rentzhog ist Mitglied von Al Gores *Climate Reality Organization Leaders*, wo er Teil der *European Climate Policy Task Force* ist. Seine Ausbildung erhielt er im März 2017 beim ehemaligen US-Vizepräsidenten Al Gore in Denver, USA, und im Juni 2018 erneut in Berlin.
- In einem Werbevideo von *We Don't Have Time* veröffentlicht am 6. April 2018 heißt es: *Entscheidungsträger – Politiker, Unternehmen, Organisationen, Staaten – erhalten eine*
- Klimabewertung, die auf ihrer Fähigkeit basiert, der Initiative der Nutzer gerecht zu werden. Wissen und Meinung versammeln sich an einem Ort und die Nutzer üben Druck auf die Entscheidungsträger aus, um einen schnelleren Wandel herbeizuführen.
- ..Die Haupteinnahmequellen kommen von kommerziellen Akteuren, die eine hohe Klimabewertung und das Vertrauen in die Mitgliederbasis von *We Don't Have Time* erhalten haben.
- ...Das Einnahmemodell wird der sozialen Plattform des Geschäftsmodells

dells von TripAdvisor.com ähneln, das mit seinen 390 Millionen Nutzern jährlich über 1 Milliarde Dollar an guter Rentabilität generiert.... Wir werden mit strategischen Partnern wie Climate Reality Leaders, Klimaorganisationen, Bloggern, Influencern und führenden Experten auf diesem Gebiet zusammenarbeiten.

- Mit Stand vom Februar 2019, wo Morningstar ihre Analyse veröffentlicht hat, ist bekannt, dass das 2006 gegründete *Climate Reality Project* von Al Gore einer der Partner von *We Don't Have Time* ist und dass die *We Don't Have Time Foundation* zwei spezielle Jugendberater und Treuhänder (youth advisors and trustees) nennt: Greta Thunberg und Jamie Margolin, eine weitere jugendliche Klimaaktivistin.

Das soll an dieser Stelle genügen, um einen Einstieg in eine Analyse des Netzwerks zu geben, das hinter der Marke „Greta Thunberg“ bzw. „FFF“ steht.

Was deutsche Verhältnisse angeht, halte ich bezüglich Funktion und Charakter von FFF und verwandten Bewegungen als These fest: Diese Bewegungen sind eine Art Schaumkrone auf einer schon länger laufenden Woge, die in Deutschland ungefähr mit der Herausbildung der „Grünen“ Partei als Bestandteil des deutschen Parteiensystems einhergeht. Etwas weniger lyrisch: Dem Monopolkapital ist es gelungen, eine Art „Grüne“ Massenbasis zu etablieren. Diese dient ihm zur autoritären Formierung der Gesellschaft für den Zweck der Durchsetzung elementarer, strategischer Interessen unter dem Deckmantel des sog. Klimaschutzes. Es hat damit die nichtmonopolistischen Schichten tief gespalten, indem es den Klima- bzw. Umweltschutz erfolgreich gegen die soziale Frage ausgespielt hat. Im einzelnen:

- Es hat dazu für eine Art *ideologische Umorientierung* zumindest bei Teilen der nicht-monopolistischen Schichten gesorgt, damit diese bereit sind, den Gürtel enger zu schnallen - sei es aus der festen Überzeugung heraus, dass der sog. Klimaschutz eine Art höheren Wert darstellt, für den es sich zu leiden lohne oder sei es aus Angst vor einem baldigen Untergang der Erde im Zuge einer sich ausbreitenden, apokalyptischen Untergangsstimmung.
- Diese Massenbasis dient dem Monopolkapital ferner als *Alibi*, auf das es sich bei der Umsetzung unpopulärer

Maßnahmen, wie bei der Durchsetzung einer CO2-Steuer, berufen kann. So waren laut Allensbach-Institut zum Zeitpunkt des Beschlusses des sog. Klimakabinetts immerhin fast 80% der Bevölkerung gegen die Einführung der CO2-Steuer. Im „Klima“ der gesellschaftlichen Debatte hat sich diese deutliche Mehrheit allerdings nicht widergespiegelt; sie war stattdessen von der Alibi gebenden Massenbasis des Monopolkapitals dominiert.

- Darüberhinaus dient diese Massenbasis dem Monopolkapital bei Bedarf als *Antreiber*, wenn es darauf angewiesen ist, politische Maßnahmen zu ergreifen, um etwaigen Widerstand gegen die sozialreaktionären Auswirkungen seiner Klimapolitik zu unterbinden oder offen zu bekämpfen. Hierzu gehört zum Beispiel die Forderung, dass Kommunal- und Landesparlamente oder die Bundesregierung den „Klimanotstand“ ausrufen sollen, um ohne Rücksicht auf die Mechanismen der parlamentarischen Demokratie Maßnahmen „zur Rettung des Klimas“ umzusetzen.
- Weiterhin stellt diese Massenbasis auch die Grundlage für die Erzeugung eines *Auffangpotentials* dar, um antikapitalistischen Protest gegen die Umweltzerstörung durch die Banken und Konzerne umzulenken und systemkonforme, d.h. in für das Monopolkapital nützliche Bahnen abzuleiten - z.B. indem dieser Protest umfunktioniert wird für die Durchsetzung der CO2-Steuer.

Die Grüne Agenda 2010

Präziser müsste ich wohl Grüne Agenda 2020 sagen, aber ich belasse es bei Agenda 2010; der Name bürgt schließlich für Qualität.

Die Kernforderungen der deutschen Sektion von FFF sind einfach [17]: „Kohleausstieg“ bis 2030 und CO2-Steuer von 180 Euro je Tonne emittiertes CO2. Die Umsetzung dieses Programms durch die Bundesregierung ist bereits in vollem Gange und bedeutet im Kern die Erhebung eines Tributs von den Werktäglichen und anderen nichtmonopolistischen Schichten. Dieser Tribut wird mit einem Bündel staatsmonopolistischer Zwangsmaßnahmen durchgesetzt.

Die unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen des „Kohleausstiegs“ und der „Bepreisung“ von CO2- Emissionen sind einfach

zu begreifen und bedeuten eine Steigerung der Energiekosten. Soweit diese Kosten im Rahmen der Warenproduktion anfallen, gehen sie schlicht in die Kalkulation ein und führen zu einer Verteuerung der Waren, an der der Staat per Mehrwertsteuer auch noch partizipiert. Diese Erhöhung der Energiekosten trifft den „Endverbraucher“ zusätzlich *unmittelbar* über höhere Preise für Strom und Kraftstoff. D.h. im großen und ganzen, Beheizung von Wohnraum und Autofahren wird drastisch teurer. Genau das ist ja auch gewollt.

Diese „Mechanik“ bzw. diesen „Wirkungszusammenhang“ präzise zu quantifizieren und im Detail zu untersuchen, um nachzuweisen, welcher Anschlag auf die Lebenslage der Werktäglichen hier im Gange ist, wird noch einigen Ökonomenfleißfordern. Ich diskutiere hier nur exemplarisch die Stromkosten.

So sieht es derzeit aus, also noch ohne die CO2-Steuer [18]:

| | |
|---|------|
| Staatliche Strompreisanteile: Steuern, Abgaben, Umlagen | 54 % |
| Netzentgelte | 25 % |
| Strombeschaffung und Betrieb | 21 % |

Dabei ist der fetteste Brocken der staatlichen Strompreisanteile die EEG-Umlage, 2019 mit 6,405 Cent pro Kilowattstunde nebenher rund 32-mal so hoch wie zu ihrer Einführung im Jahr 2000. Dank dieser Umlage ist die Rui- nierung von Ackerflächen durch sog. Energiepflanzen, die Verspargelung der Landschaft durch Generatoranlagen und die Bepflasterung von Hausdächern, Industriehallen und Ackerflächen mit Photovoltaikanlagen profitabel. Über die Netzentgelte wird übrigens auch der Umbau der Leitungsnetze für Strom aus Offshore-Windenergieanlagen finanziert.

Wie gesagt, so sieht es jetzt schon aus, noch ohne die CO2-Steuer! Für einfältige Gemüter wird regierungs- amtlich „überlegt“, nach Einführung der CO2-Steuer die EEG-Umlage evtl. zu senken. Wer's glaubt ... Das Beispiel zeigt, warum ich von einem *staatsmonopolistischen Tribut* spreche.

Das Wunschprogramm der Klimahyper ist damit noch lange nicht erledigt. Neben „Atomausstieg“ und „Kohleausstieg“ sind hier zu nennen:

- „Ende der Automobilgesellschaft“
- Verbot der industriell basierten Landwirtschaft: Pflanzenschutz, Düngung, Tierhaltung
- Verbot von privaten Flugreisen, des Massentourismus insgesamt
- Verbot des Fleischverzehrs und an-

- dere „gesunde“ Restriktionen der Ernährung
- Verbot der maritimen Transportindustrie
 - Ende der Zementerzeugung

Das Programm ist typisch für die deutschen „oberen Mittelschichten“, die seit dem 19. Jahrhundert ein verkitschtes Naturverständnis pflegen, bei denen es zum guten Ton gehört, wenn man von Naturwissenschaften und Technik keine Ahnung hat. Insgesamt ist es Ausdruck einer reaktionären, technik- und fortschrittsfeindlichen Utopie. So wirklichkeitsfremd vieles davon erscheint, möchte ich doch festhalten, dass dies das Programm eines umfassenden Angriffs auf die Lebenslage der Werktätigen ist. Nebenher würde es dazu führen, dass die „schmutzigen“ Teile der Produktion noch mehr in die kapitalistische Peripherie verlagert würden. Die Teile des Kapitals, die unmittelbar am industriellen Profit hängen, werden sich womöglich gegen Teile dieser Agenda wehren. Allerdings ist hier nicht die Lebenslage der Werktätigen, sondern die Profitrate der Maßstab. Und wenn die genügend hoch ist, darf die Agenda gern auch „Grün“ sein.

Insofern bringt es Dagmar Henn polemisch, aber durchaus präzise, auf den Punkt: *Das deutsche Bürgertum schaut, nicht das erste Mal, nach hinten; wünscht dem Pöbel das 18. Jahrhundert an den Hals, erwartet aber, selbst im 21. verbleiben zu dürfen. Das geht durchaus konform mit einer Oligarchie, die gern das Rad der Geschichte zurückdreht, weil inzwischen nicht nur politisch, sondern auch technisch der nächste Schritt der Menschheit nach vorn über sie hinweggehen wird, und deren Leidenschaft, Bildung, Gesundheit, Wasser und Luft zu Grundlagen des Profits zu machen, mit dem Versuch einher geht, den Kräften der Produktion Einhalt zu gebieten.*^[19]

**Не впадайте в панику!
Сохраняйте спокойствие и
излучайте уверенность!**

**Don't panic! - Keep calm and
radiate confidence!**

Ich schließe mit einer historischen Reminiszenz, die wir bitte als Metapher verstehen sollen.

Am 13. Dezember 1991 veröffentlichte die *Zeit* einen längeren Artikel von Karl-Heinz Janßen über die Schlacht vor Moskau vom Oktober bis zum Dezember 1941[20], bei der die deutsche Wehrmacht scheiterte. Dieser Text ist der historischen Wahrheit verpflichtet und noch nicht im Geist des

heute gängigen Geschichtsrevisionismus geschrieben. Hier einige kurze Passagen:

Kaum hatte Radio Moskau gemeldet, die Lage an der Westfront habe sich verschlechtert, war kein Halten mehr in der Stadt. Eine Panik brach aus. Alle Bahnhöfe wurden gestürmt, alle Straßen nach Osten waren verstopft. Zehntausende, mit oder ohne Erlaubnis, flohen mit Autos oder zu Fuß vor den Deutschen. Direktoren ließen ihre Fabriken, Funktionäre ihre Ämter im Stich. Warenhäuser und leerstehende Wohnungen wurden vom Mob geplündert. Lagerhäuser verschenkten ihre Lebensmittelvorräte an die Bevölkerung.

Anderntags standen alle Betriebe in Moskau still, niemand arbeitete mehr. Während aus der Ferne das dumpfe Grollen der Geschütze zu hören war und jede Nacht deutsche Flugzeuge ihre Bomben über Moskau abwarfen, schwirrten Gerüchte durch die Stadt: Stalin sei gestürzt, der NKWD aufgelöst, die Regierung geflohen.

...Doch nach längerem Nachdenken kam Stalin selber zu der einzigen vernünftigen Erkenntnis: Wenn der Oberste Befehlshaber Moskau verließe, wäre das in den Augen der Verteidiger und der Bevölkerung Verrat; die Kampfmoral würde sinken, Moskau nicht mehr zu retten sein.

Über die Hauptstadt wurde der Belagerungszustand verhängt, mit nächtlicher Ausgangssperre. Panikmacher und Plünderer durften auf der Stelle erschossen werden. Allmählich kehrten wieder Ruhe und Zuversicht ein, um so mehr, als Schukow einen geordneten, durch tapfere Nachhuten abgedeckten Rückzug auf eine neue Verteidigungsstellung eingeleitet hatte.

... Auch NKWD und Stadtverwaltung fassten wieder Mut: Sie strichen die Brotfabriken und Kühlhäuser von der Sprengliste.

Bitte sehen Sie mir diese pathetische Bezugnahme nach. Es ist mir sehr wohl geläufig, dass wir hier über einen Abschnitt im ideologischen Klassenkampf und nicht über den Krieg sprechen. Allerdings sollten wir auch die Dramatik der Situation nicht verkennen: Es geht um einen neuen strategischen Großangriff des Kapitals auf die Lebenslage von Millionen Werktätiger. Der ideologische Klassenkampf ist kein herrschaftsfreier akademischer Diskurs. Hier werden Kontrahenten gesellschaftlich geächtet, „fertiggemacht“, bis an den Rand des psychischen Zusammenbruchs getrieben und Berufskarrieren vernichtet. Also: Lassen wir uns nicht von den Panikmachern einschüchtern, bewahren wir einen klaren Kopf, gewinnen Ruhe und Zuversicht zurück, strengen uns an, den als „Klimakampf“ getarnten Angriff auf die Lebenslage der Werktätigen abzuwehren!

Quellen und Anmerkungen

- [1] Überarbeitetes Manuskript eines Vortrags, der am 22. November 2019 im Marx-Engels-Zentrum in Berlin gehalten worden ist.
- [2] Friedrich Engels: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ in MEW Bd. 19, S. 20; zitiert nach http://www.mlwerke.de/me/me19/me19_202.htm
- [3] Karl Marx/Friedrich Engels: „Manifest der Kommunistischen Partei“ in MEW Bd. 4, S. 474; zitiert nach http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_459.htm#Kap_II
- [4] <https://www.anti-spiegel.ru/2019/podiumsdiskussion-putin-und-andere-staatschefs-im-o-ton-ueber-klimawandel-und-umweltschutz/>
- [5] Wenn ich oben von industrieller Produktionsweise spreche, gebrauche ich den Begriff in einem engeren Sinn, nicht im Sinn von Gesellschaftsformationen, sondern als System der Produktivkräfte auf deren industrieller Entwicklungsstufe.
- [6] Vgl. etwa: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/klimawandel-der-atomausstieg-ist-ein-grosser-fehler-interview-a-1178009.html>
- [7] <https://www.merkur.de/politik/greta-thunberg-emotionale-rede-beim-un-klimagipfel-im-wortlaut-und-mit-video-zr-13031691.html>
- [8] Vgl. Tobias Riegel, Die „taz“ gegen die Alten: Junge Menschen sind gleicher als die anderen; <https://www.nachdenkseiten.de/?p=52265>
- [9] Vgl. Norbert Häring, Sollte man älteren Leuten das Wahlrecht entziehen? <http://norberthaering.de/de-2-uncategorised/646-boese-alte-briten-2>
- [10] <https://www.diepresse.com/1308933/its-the-economy-stupid-ein-spruch-macht-geschichte>
- [11] William F. Engdahl, Das Klima und die Spur des Geldes; zitiert nach <https://www.theblogcat.de/archiv/archiv-2019/september-2019/>; original <https://journal-neo.org/2019/09/25/climate-and-the-money-trail/>
- [12] Siehe [11]
- [13] Siehe [11]
- [14] <https://www.faz.net/aktuell/finanzen/finanzmarkt/goldman-sachs-und-cdp-lancieren-nachhaltigkeits-indizes-1627826.html>
- [15] Handelsblatt 19. 09. 2019, <https://www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/klimawandel-mehr-als-500-grossinvestoren-fordern-co2-preis-drastisch-zu-erhöhen/25028782.html?ticket=ST-71763552-cttYnaXvy9tmSl2fyK-qa-ap2> ; Spiegel 19. 09. 2019, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/klima-515-finanzkonzerne-fordern-schaerferen-klimaschutz-a-1287462.html>
- [16] <https://linkezeitung.de/2019/09/24/die-erzeugung-der-marke-greta-thunberg-zur-erzielung-von-zustimmung-die-politische-oekonomie-des-gemeinnützigen-industriekomplexes-kapitel-1-1/> englisches Original: <http://www.theartofannihilation.com/the-manufacturing-of-greta-thunberg-for-consent-the-political-economy-of-the-non-profit-industrial-complex/>
- [17] <https://fridaysforfuture.de/forderungen/>
- [18] <https://www.vattenfall.de/infowelt-energie-strompreis>
- [19] <https://kenfm.de/tagesdosis-14-11-2019-die-fossile-befreiung/>
- [20] <https://www.zeit.de/1991/51/bis-chimki/seite-4>

ANMERKUNGEN ZUR DEBATTE UM DIE EINSCHÄTZUNG DER BEWEGUNG #AUFSTEHEN

Replik auf K. Baumann (in T&P Heft 47) und auf Th. Lurchi et al. (in T&P Heft 46)[1]

Der springende Punkt für die Bewertung jeglicher politischer Bewegungen ist die Frage, ob es sich ihrem politischen Inhalt nach um eine demokratische Bewegung handelt. Der Begriff „demokratisch“ soll hier, im Anschluss an Reinhard Opitz, definiert werden als die Übereinstimmung einer politischen Forderung, Bewegung oder Partei mit den objektiven Interessen der Lohnabhängigen.[2] Letztendlich ist das der springende Punkt für die Bewertung jeglicher politischer Bewegung und genau hieran entfachte sich letztlich auch der Streit um die Bewertung der Bewegung #aufstehen in T&P. Das ist nicht weiter verwunderlich, da es sich dabei, erstens, um eine neue Bewegung handelt und sie, zweitens, nicht einheitlich ist.

Wenn hier jetzt vielleicht etwas zu lange nach dem Hype nochmal die Frage nach der Bewertung der Bewegung #aufstehen gestellt wird - obwohl sie heute bei weitem nicht mehr die politische Bedeutung hat, die ihr zum Zeitpunkt ihrer Gründung zumindest von einigen Ge- nossen zugerechnet wurde -, dann dient dies vor allem zu einer grundsätzlichen Diskussion darum, wie wir als Kommunisten auch in Zukunft den Charakter von sozialen Bewegungen und unser Verhältnis zu ihnen bestimmen sollten.

Die Bewegung #aufstehen...

Der Hauptfehler von Kurt war es, #aufstehen mit Erscheinungen wie #un- teilbar auf eine Stufe zu stellen und sie gleichermaßen als, zwar verschiedene, Varianten sozialliberaler Integration einzuschätzen. Was für #unteilbar zwar zutraf, galt für #aufstehen nicht ohne Weiteres. Um das festzustellen, reichte ein Blick in den Gründungsaufruf, für den sehr weitgehend eine „Übereinstimmung der politischen Forderungen mit den objektiven Interessen der Lohnabhängigen“ festgestellt werden kann: Außenpolitisch gibt es bei #aufstehen eine klare Absage an antirussische Hetze, Aufrüstung und Kriegspolitik sowie die Benennung von Krieg als Fluchtursache und damit ein-

hergehend die richtige praktische Orientierung auf die Ostermärsche und die Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“. All das fehlte, wenig überraschend, bei #unteilbar, woraus leicht geschlossen werden kann, wer da auf Linie des Monopolkapitals war und wer nicht. Noch deutlicher wird die Sache an den Positionen von #unteilbar zur EU, dem zentralen Projekt des deutschen Imperialismus, das von der Bewegung letztlich verteidigt wurde.[3] Sozialpolitisch liegt die Sache ähnlich: Während sich #unteilbar lediglich zu einer Erwähnung des allgemeinen Sozialabbaus durchringen konnte, der allerdings keinerlei konkrete Forderung folgte, ist gerade das, wie Thomas, Johannes und Seta richtigerweise betonen, eine der Stärken bei #aufstehen.

Genauso wichtig ist die sich daraus ergebende Orientierung auf eine kämpferische Perspektive, die Druck auf die Regierung aufbauen will, als potentiell wirksame antifaschistische Strategie.

7. Weltkongress: „Die Kommunistische Internationale stellt für die Aktionseinheit keinerlei Bedingungen, mit Ausnahme einer einzigen, elementaren, für alle Arbeiter annehmbaren Bedingung, und zwar, daß die Aktionseinheit sich gegen den Faschismus, gegen die Offensive des Kapitals, gegen die Kriegsgefahr, gegen den Klassenfeind richtet. Das ist unsere Bedingung.“[4]

Auf heute übertragen, etwas vereinfacht und konkretisiert, könnten die Bedingungen vielleicht lauten: Gegen die Kriege von NATO und EU und ihre Hochrüstungspläne, gegen die Agenda 2010 und die Verarmungspolitik der Bundesregierung, gegen die Reichen und Superreichen, gegen die Polizeigesetze und alle Formen des Abbaus demokratischer Rechte. Wie sich jemand zu diesen Bedingungen stellt, wäre unser Kriterium für die Aktionseinheit und dass sich dies bei AgR, #unteilbar und #wirsindmehr anders verhält als bei #aufstehen, ist ge-



Von „Aufstehen gegen Rassismus (AgR) bis #unteilbar und vergleichbaren Bündnissen, die es bis heute in nahezu jeder Stadt gibt, wird ausschließlich auf eine moralische Verurteilung des dummen Volkes gesetzt, das sich – von der Gesellschaft abgehängt fühlend, in die Fänge der Faschisten begibt. #wirsindmehr hätte eigentlich #ihrseidunsegal heißen müssen.

Eine wirksame antifaschistische Strategie ist hingegen vor allem dadurch gekennzeichnet, dass sie die nicht-monopolistischen Schichten für ihre eigenen Interessen mobilisiert und so gegen die Demagogie der Faschisten immunisiert. Eben deshalb sagte Dimitroff auf dem

nau der qualitative Unterschied, den Kurt nicht sehen will.

Kurt betont dagegen ausschließlich den integrativen Charakter. Der Fehler liegt aber in der Absolutheit dieser Sichtweise. Letztendlich wirft der Beitrag die Frage auf, ob es nach Meinung des Autors außerhalb der KP überhaupt eine nicht-integrative politische Bewegung geben kann.

... und ihre Widersprüchlichkeit

Es reichte jedoch schon damals, zur Hochphase des Hypes nicht, #aufstehen ausschließlich anhand des Gründungs-

aufrufs zu beurteilen. Die Online-Unterstützung von vielen Zehntausenden mag ein Indiz für in der Bevölkerung vorhandene Zustimmung zu einer echten Opposition gewesen sein, eine wirkliche Bewegung war das jedoch noch nicht und ist es auch bis heute kaum geworden - über die Gründe dafür mögen sich andere an anderer Stelle auslassen. So richtig Thomas, Johannes und Seta die demokratische Tendenz der Bewegung beschrieben haben, so wenig scheinen sie aber die gleichzeitigen sozialliberalen Integrationsstendenzen gesehen zu haben, die, darin ist Kurt zuzustimmen, durchaus angelegt waren und bis heute noch sind. Schon die damalige Besetzung der Führung und die Veröffentlichung der Präambel eines „Regierungsprogramms“ machten deutlich: Hier wird ganz massiv an der Perspektive einer rot-rot-grünen Bundesregierung gearbeitet. Und auch seit wann die „klassische“ Sozialdemokratie „die nicht-monopolistischen Schichten für ihre Interessen und gegen das Monopolkapital“ mobilisiere, bleibt ein Geheimnis der Genossin und der Genossen.

Hier werden auf gefährliche Art und Weise „Schein und Sein“ verwechselt und zwar an einem zentralen Punkt, an dem sich zeigt, ob es sich um Integration - klassischerweise durch die sozialliberale Sozialdemokratie - handelt oder eben nicht. Und genau hier bleibt die Position von Sahra Wagenknecht ambivalent. Ihr politisches Programm ist das illusorische „Zurück“ in den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat, wenn auch mit richtigen, potentiell antimonopolistischen Reformforderungen. Offen bleibt dabei aber der Weg: Regierungsbeteiligung oder Klassenkampf?

Vieles deutet bei ihr - und damit auch von Anfang an bei #aufstehen - auf Erstes hin: Wagenknecht propagierte schon lange eher eine (paternalistische, stellvertreterische) „vernünftige Politik für die einkommensschwachen Schichten“ statt einer Politik der „einkommensschwachen Schichten“ für sich selbst (vulgo: Klassenkampf). Das wird noch verstärkt dadurch, dass sowohl Wagenknecht als auch #aufstehen fast jeglicher Bezug zu den betrieblichen Auseinandersetzungen fehlt.

Auch die tendenziell richtige Linie für den antifaschistischen Kampf, wie sie Thomas, Johannes und Seta für #aufstehen erkennen, gibt es bei Wagenknecht nicht. Während #aufstehen die Migrationsdebatte wohltuend auf die soziale Frage zurückführt, entgleiste Wagenknecht ihrerseits immer wieder:

„Neben der unkontrollierten Grenzöffnung ist da die kaputtes Polizei, die weder personell noch technisch so ausgestattet ist, wie es der Gefahrenlage angemessen ist.“

„dass über eine gewisse Zeit eine Grenzsituation zugelassen wurde, wo wir noch nicht mal wussten, wer ins Land kommt. Natürlich ist das ein Problem. Die Zahl der Gefährder hat sich in der Zeit mehr als verdoppelt. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen. Das sind die Zahlen des Innenministeriums.“^[5]

Sowas sind eben keine „taktisch klugen“ Versuche, der AfD ihre Anhänger abspenstig zu machen und auch keine internationalistischen Positionen, sondern gerade ein Abgehen von der wirksamen antifaschistischen Strategie wie sie oben beschrieben wurde. Man kann schlechte Arbeitsbedingungen von Polizisten thematisieren oder die (meist nur gefühlte) Zunahme von Straftaten. Diese Themen nicht den Faschisten zu überlassen, wäre klug. Wagenknecht drückt aber etwas anderes aus: Sie rückt die eine (von den Rechten erfundene) unkontrollierte Grenzöffnung in einen Zusammenhang mit einer nicht näher beschriebenen Gefahrenlage, der gegenüber die Polizei dann als hilflos erscheint – es geht hier also nicht um bessere Arbeitsbedingungen von Polizisten. Das gleiche Schema im zweiten Zitat: Die mit den neuen Polizeigesetzen neu eingeführte Kategorie „Gefährder“, die selbst mit bürgerlich-demokratischen Rechtsvorstellungen kaum vereinbar ist, u.a. weil sie keine klare Rechtsgrundlage hat und es daher im Ermessen von Polizei und Geheimdiensten liegt, wer Gefährder ist und damit auch wie viele (!) es davon gibt und deren Anstieg daher nichts aussagt – gerade diese Kategorie rückt Wagenknecht in den Kontext einer vermeintlich unkontrollierten Migration. Das ist „Wasser auf die Mühlen“ anstelle eines „Wasser-Abgrabens“.

Es gibt einen Unterschied zwischen der richtigen Feststellung, dass der *brain drain* durch die Flucht von Fachkräften den Herkunftslanden natürlich schadet und der falschen Schlussfolgerung, dass deswegen die Kritik an der Migration etwas Fortschrittliches sei. Das ist sie nur, wenn sie immer mit der Benennung des Imperialismus als Fluchtursache einhergeht – ohne dies ist sie reaktionär. So wird aus der Kritik der Migration schnell die Kritik am Migranten.

Wir hatten in der DKP stattdessen mal die richtige Lösung „Unsere Willkommenskultur – gemeinsam kämpfen“ aufgestellt. Genau darauf hatte zumin-

dest Wagenknecht nicht orientiert. Sie setzte stattdessen auf die Spaltung der Klasse, in der trügerischen Hoffnung, dass die richtig erkannte und ernst genommene Verschärfung der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, bei KiTas, Sozialleistungen etc. mit einer (vom bürgerlichen Staat organisierten) Begrenzung der Arbeitsmigration beizukommen sei. Das ist eben nicht „zusammen kämpfen“, und sei es auch nur für unmittelbare Reformforderungen, sondern die Bitte um Stellvertretung durch einen klassenneutral vorgestellten Staat.

Unsere Aufgaben

Kurt stellt gegen Ende seines Beitrags richtig fest: „Es geht den allermeisten sicher aufrichtig um Frieden und sozialen Fortschritt. Aber wenn sie nicht lernen zu kämpfen, wenn sie nicht lernen, sich zu organisieren und auch weltanschaulich den Gegner zu erkennen, werden sie keine Instrumente erhalten, sich ein besseres Leben zu erkämpfen. Das alles kann nur die kommunistische Partei in den Kämpfen vermitteln.“ Denn Integration oder kämpferische Orientierung schließen sich zwar in ihrer reinen, abstrakten Form aus, praktisch existieren sie jedoch miteinander – als widersprüchliche bewusstseinsmäßige Verarbeitung der Angriffe des Kapitals. Das trifft auch auf die Bewegung #aufstehen zu (bzw. auf das, was von ihr übrig geblieben ist). Unsere Aufgabe wäre es gewesen, der Linie der „kämpferischen Orientierung“ zur Hege monie zu verhelfen. Das wäre dann vielleicht ein Schritt in Richtung kommunistischer Partei als eigenständiger Faktor.

Quellen und Anmerkungen

[1] Thomas Lurchi, Johannes Magel, Seta Radin: Sag mir, wo du stehst. In: T&P Heft 46 - September 2018; Kurt Baumann: Falsche Alternativen: #aufstehen und #unteilbar. In: T&P Heft 47 - Februar 2019.

[2] Vgl. R. Opitz: Der deutsche Sozialliberalismus 1917-1933, Köln 1973, S. 245.

[3] Vgl. <https://www.unteilbar.org/europa/>.

[4] G. Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgabe der Kommunistischen Internationale im Kampfe für die Einheit der Arbeiterklasse gegen Faschismus. In: Ders.: Arbeiterklasse gegen Faschismus. VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale. München 1972, S. 32.

[5] Siehe Stern 2/2017 und Morgenmagazin, ZDF, 05.01.2017, jeweils zit.n.: Knut Mellenthin: Politik der Vereinfachung. jW vom 08.04.2019. Mellenthins allgemeiner Standpunkt und Schlussfolgerungen sind insgesamt leider ziemlicher Unsinn.

NOCHMAL ZUM HAUPTFEIND: EINE FRAGE DER HANDLUNGSFÄHIG

Eine der Fragen, die zuletzt die kommunistischen Gemüter berührt hatte, war die nach dem Hauptfeind^[1]. Ich glaube, dass ein großes Missverständnis in der Debatte aus der Verwechslung der Hauptfeindfrage, die eine Frage des Friedenskampfes ist, mit der nationalen Phase des Klassenkampfes resultiert, wie sie Marx und Engels im Kommunistischen Manifest beschrieben haben, dass also, „der Form nach der Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler“ sei^[2]. Ich denke, die Erkenntnis, dass der Klassenkampf der deutschen Arbeiterklasse zunächst auf nationalem Terrain geführt und gegen die deutsche Monopolbourgeoisie und ihren Staat gerichtet sein muss, dürfte in unseren Kreisen unbestritten sein. Es handelt sich hierbei um ein abstrakt-allgemeines Prinzip des Klassenkampfes. Dass es sich aber bei der Hauptfeind-Kategorie nicht ebenso um einen abstrakt-allgemeinen theoretischen Begriff handelt, sondern um eine Art „aktual-empirische“ Kategorie der konkreten Analyse einer konkreten Situation, scheint mit weniger gesetzt zu sein. Darauf möchte ich im folgenden eingehen^[3].

Liebknechts „Hauptfeind im eigenen Land“...

Als Liebknecht während des Ersten Weltkriegs sein berühmtes Flugblatt verfasste, befanden sich er und seine Zeitgenossen in einem zwischenimperialistischen Krieg, in dem alle Kriegsparteien gleichermaßen aufrüsteten und gegeneinander um ihren Anteil bei der Neuaufteilung der Welt rangen. Zwar waren der deutsche und der österreichische Imperialismus die „Hauptschuldigen am Kriegsausbruch“, wie Liebknecht schrieb, aber dieser war wiederum lediglich „das Signal für die Neuverteilung der Welt und rief mit Notwendigkeit alle kapitalistischen Raubstaaten auf den Plan“^[4]. Die Beziehungen der imperialistischen Großmächte waren hier durch Konkurrenz und Eskalation dominiert. Das Prinzip der Konkurrenz war also das bestimmende Moment in der Dialektik der imperialistischen Beziehungen und nicht das Prinzip der Kooperation, wie es heute momentan der Fall ist.

Und weil die deutsche Regierung damals, 1915 den Kriegseintritt Italiens instrumentalisieren wollte, um mit anti-italienischer Hetze das eigene, kriegsmüde Volk zu mobilisieren, machte Liebknecht darauf aufmerksam, dass aber die deutsche Regierung genauso Schuld an diesem Krieg war, wie die Italiener und die anderen imperialistischen Mächte. Es gab also nicht den einen Haupt-, sondern viele verschiedene Kriegstreiber.

In dieser konkreten Situation betonte Liebknecht daher, dass der „Hauptfeind eines jeden Volkes“ im eigenen Land stehe. Die Frage nach dem Hauptfeind stellte sich also überhaupt nur, weil es eben keinen *alleinigen* Hauptkriegstreiber gab. So rief Liebknecht dazu auf, den „Feind im eigenen Lande zu bekämpfen [...] zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht“.

Wir können von Liebknecht demnach folgendes lernen: Er hatte die Kategorie des Hauptfeindes damals als eine historisch-konkrete verwendet: Er fragte in der Situation der kriegerischen Eskalation der zwischenimperialistischen Beziehungen danach, wer in dieser Situation der Hauptfeind des deutschen Volkes sei. Diese Frage stellte sich überhaupt nur, weil die Frage nach einem *alleinigen* Hauptkriegstreiber obsolet war.

... und unsere historisch-konkrete Situation

Heute ist es jedoch genau andersherum: Wir befinden uns gegenwärtig nicht, wie Liebknecht damals, in einer Situation, die maßgeblich durch zwischenimperialistische Konkurrenz und politisch-militärische Eskalation zwischen den imperialistischen Staaten geprägt ist. Unsere gegenwärtige Situation ist durch Kooperation der imperialistischen Staaten und deren gemeinsamen Kampf gegen China und Russland geprägt. Daraus stellt sich die Frage nach dem Hauptfeind im Liebknecht'schen Sinne im Moment nicht. Sie zielt, wie damals im Ersten Weltkrieg, eben auf die Identifizierung des Gegners, in einer Situation, in der zwischenimperialistische Konflikte eskalieren und die Arbeiterklasse gegen einen anderen imperialistischen

Gegner der eigenen imperialistischen Bourgeoisie mobilisiert werden soll. Die deutsche Bourgeoisie hat aber momentan alles andere als ein Interesse daran, die eigene Arbeiterklasse gegen die Kriegs- und Aufrüstungspolitik des US-Imperialismus aufzuhetzen. Ganz im Gegenteil ist ihr zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen sehr daran gelegen, dass die USA ihrer Rolle als „Weltpolizist“ nachkommen.

In dieser Situation nach dem „Hauptfeind im eigenen Land“ zu fragen, verkennt nicht nur die historisch konkrete Situation, in der wir uns befinden, sondern läuft vor allem Gefahr, von der Hauptaufgabe, die aus der Analyse eben dieser historisch konkreten Situation resultiert abzulenken: nämlich von der Mobilisierung gegen den Hauptkriegstreiber US-Imperialismus und seiner Einkreisung und Bedrohung Russlands und Chinas im Rahmen der NATO-Kooperation; gleichzeitig gegen die sozial- und innenpolitischen, aber auch ideologischen Folgewirkungen, die sich daraus für die Arbeiterklasse in Deutschland ergeben - z.B. im Zusammenhang mit der Aufstockung des Militärhaushaltes im Zuge der Erfüllung des 2%-Ziels der NATO.

In dieser Situation stattdessen die Hauptfeindfrage in den Vordergrund zu rücken, würde uns hingegen zu einer falschen Analyse der konkreten Situation führen, nämlich ausgehend vom Paradigma einer dominierenden zwischenimperialistischen Konkurrenz, mit der Tendenz zur baldigen Eskalation. Dies wiederum wäre eine falsche Ausgangslage für die Entwicklung unserer Strategie und würde damit unsere Handlungsfähigkeit als Kommunistische Partei oder als Friedensbewegung blockieren.

Aus den Fehlern der Vergangenheit lernen

Was die Konsequenzen solcher strategischer Fehlentwicklungen sind, lässt sich anhand vergangener Fehler veranschaulichen. Sie vermitteln uns einen Eindruck davon, wie eine Verzerrung der Analyse der konkreten Situation durch das Hauptfeind-Paradigma einer Stärkung der kommunistischen Bewegung und Orientierung der Friedensbewegung im Wege steht.

Zwei solcher Fehler möchte ich beispielhaft kurz in Erinnerung rufen: Erstens, das Versäumnis, bereits während des Beginns der Ukraine-Krise, uns und die Friedensbewegung nicht konsequent und eindeutig, an vorderster Front auf der richtigen Seite, nämlich der Rußlands positioniert zu haben^[5], sodass wir hier das massive Unbehagen der Massen viel zu lange kampflos der Demagogie von rechts überlassen haben. Dieser politische Fehler hat entscheidend mit dazu beigetragen, die AfD stark und zu einem einflussreichen politischen Faktor im Klassenkampf werden zu lassen. Dieser Fehler fällt den demokratischen Kräften in unserem Land bis heute vor die Füße.

Ohne eine Desorientierung durch die Hauptfeindfrage und mit einer klaren Orientierung gegen den Hauptkriegstreiber sowie der daraus abgeleiteten exakten Einordnung der Rolle und Bedeutung Russ-



lands innerhalb des imperialistischen Weltsystems, hätten wir zumindest die Chance gehabt, diesen Fehler zu verhindern. Statt dessen haben wir aber mit dazu beigetragen, dass die Dynamik im Massenbewusstsein nicht zu einer Stärkung der Friedenskräfte in unserem Land, sondern sogar zu deren Spaltung geführt hat, nämlich durch die Erscheinung einer „neuen Friedensbewegung“ (Montagsmahnwachen, Friedenswinter), die wir - und dies ist der zweite große Fehler - dann zu allem Überfluss auch noch sektiererisch bekämpft haben^[6]. Auch damit haben wir unfreiwillig die AfD gestärkt.

Auch dieser zweite große Fehler wäre uns mit der richtigen Orientierung erspart geblieben. Wir wären dann besser gewappnet gewesen, gegen die massiven Spaltungs- und Denunziationsversuche der Friedensbewegung - und damit meine ich insbesondere die „Antiamerikanismus“ bzw. „Antisemitismus“-Keule der liberalen, aber auch der ultraradikalen Linken (Stichwort: Querfront). Es ist kein Zufall, dass sich letztere dabei massiv der mystifizierenden Hauptfeindfeind-Phrase bedient haben und damit insbesondere in unseren

Reihen verfangen konnten.

Mehr Dialektik wagen

Aus diesen Fehlern zu lernen, hieße: ohne wenn und aber anzuerkennen, dass unsere konkrete historische Situation durch eine Zusammenarbeit des westlichen Imperialismus im Rahmen der NATO bestimmt ist, die einer gemeinsamen strategischen Stoßrichtung dient: gegen Russland und gegen China. Die Lösung vom „Hauptfeind im eigenen Land“ lenkt im Friedenkampf davon ab, dass nicht der deutsche Imperialismus, sondern der US-Imperialismus der Hauptaggressor ist. Von ihm geht die Hauptgefahr für den Frieden aus. Er ist der Hauptkriegstreiber und ihm muss der Hauptschlag der Friedensbewegung gelten. Daraus folgt als Hauptaufgabe der deutschen Friedensbewegung und der Kommunisten, *unseren* eigenen Imperialismus daran zu hindern, die Aufrüstung und Kriegspolitik des US-Imperialismus im Rahmen der NATO weiter zu unterstützen. Das ist der Schlag, den wir als Friedensbewegung in Deutschland der US-geführten NATO verpassen müssen. Und das ist das strategische Ziel, das hinter der Initiative gegen Defender 2020 steckt, hinter dem Kampf gegen die US-Militärstützpunkte in Deutschland und auch hinter dem Widerstand gegen die Umsetzung des 2%-Ziels.

Wer dennoch weiter den „Hauptfeind im eigenen Land“ in den Vordergrund seiner Friedensagitation stellt, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, bestenfalls: die politische Folklore höher zu hängen, als die gegenwärtigen Probleme des Klassenkampfs, schlimmstenfalls jedoch: den Friedenkampf bewusst zu desorientieren und zu demontieren, indem er die Einheit der Friedensbewegung gegen Defender 2020, gegen die US-Militärstützpunkte und schließlich für die Solidarität mit dem russischen und dem chinesischen Volke unterminiert. Wer hingegen mit ausdrücklicher Referenz zu Liebknecht von einem Hauptfeind USA redet, liegt zwar inhaltlich nicht wirklich verkehrt, nimmt aber bewusst eine unnötige Provokation in Kauf. Unsere Zeit ist keine Hauptfeind-Zeit im Liebknecht'schen Sinne. Für uns stellt sich die Frage, wie und womit wir den deutschen Imperialismus daran hindern können, die den gemeinsamen Interessen entsprechende aggressive Strategie der NATO gegen Russland und China und unter Führung des US-Imperialismus umzusetzen.

Aus dieser Perspektive, und nicht aus der Perspektive des Hauptfeindes im eigenen Land, müssen wir daher auch unsere Kritik am Aufbau der EU-Armee oder an

der Hochrüstung der Bundeswehr formulieren: weil es Schritte sind, mit denen der deutsche Imperialismus zur Realisierung und Radikalisierung des gegenwärtigen Kriegskurses der NATO, unter der Führung des US-Imperialismus beiträgt.

Damit ist überhaupt nicht gesagt, dass sich die Situation nicht auch wieder ändern könnte und wir wieder in eine Liebknecht'sche Konstellation hineinschlittern könnten, in der die imperialistischen Beziehungen wieder *untereinander* eskalieren. Nur sieht es *im Moment* eher nicht danach aus^[7]. Es ist also nicht die konkrete Situation, in der wir uns *jetzt* befinden und in der wir *jetzt* Handlungsfähigkeit entwickeln müssen. Es ist also nichts, was unsere aktuelle Strategie bestimmen kann. Als historische und dialektische Materialisten müssen wir unsere Strategie aus der konkreten Analyse der Weltläufe entwickeln - und nicht aus einer Spekulation über mögliche zukünftige Entwicklungen, denn das wäre idealistisch. Wir dürfen nicht eine Konstellation die (noch) nicht wirkmächtig ist, zur Grundlage für eine Strategie machen, die jetzt Wirkmächtigkeit entfalten muss^[8]. Diese Flexibilität müssen wir als Dialektikerinnen und Dialektiker in der Praxis haben, sonst werden wir handlungsunfähig und stehen uns selbst im Weg!^[9]

Quellen und Anmerkungen

[1] Siehe dazu die Beiträge von Andreas Wehr, Inge und Harald Humburg sowie von Kurt Baumann in T&P #46, von Stephan Müller in T&P #47 und von Hans-Peter Brenner in der UZ vom 12.04.2019.

[2] MEW, Bd. 4, S.473.

[3] Die folgenden Ausführungen beruhen auf einem Referat, das der Autor am 05.07.2019 auf einem öffentlichen Kreisabend der DKP München gehalten hat.

[4] Karl Liebknecht (1915): Der Hauptfeind steht im eigenen Land. Flugblatt, zit.n. mlwerke.de.

[5] Vgl. dazu bereits: Björn Schmidt (2014): Distanzierung überwinden! Im Kampf um die Ukraine steht Russland an der Seite des Antifaschismus. In: T&P #37 (September 2014), S. 2 f.

[6] Vgl. dazu bereits: Johannes Magel (2015): Friedenkampf 2015. In: T&P #39 (März 2015), S. 9-11.

[7] Vgl. Z.B. Jörg Kronauer (2019). Der Rivalen. Chinas Aufstieg zur Weltmacht und die Gegenwehr des Westens. Hamburg.

[8] Aus demselben Grund verzichten wir ja auch heute nicht darauf, den Austritt Deutschlands aus der EU zu fordern, wohl wissend, dass genau dieser Austritt, unter veränderten Bedingungen, bald auch wieder im Interesse des deutschen Imperialismus sein könnte. Entscheidend für uns ist, dass wir mit dieser Forderung jetzt, heute den strategischen Interessen des deutschen Imperialismus schaden.

[9] Diese Flexibilität hatte übrigens nicht zuletzt auch Thälmanns KPD, als sie sich von ihrer Offensivstrategie gegen die Weimarer Republik zugunsten des antifaschistischen Kampfes verabschiedete. So wurde ausdrücklich festgehalten, dass die Offensivstrategie nicht von Anfang an falsch gewesen sei, sie entsprach nur irgendwann nicht mehr den veränderten Bedingungen im Klassenkampf.

DISKUSSIONSWÜRDIG, ABER NICHT ZU ENDE GEDACHT

Mit ihrem Aufsatz *Die Gefahr eines Weltkrieges wächst! Breite Antikriegsbewegung tut not!* setzen Inge und Harald Humburg eine Diskussion fort, die auch in T&P, zögerlich zwar und lückenhaft, aber immerhin geführt wird.

Die beiden, im Folgenden H&H, wissen, dass Antikriegsbewegung hierzulande gar nicht so recht stattfindet. Dabei, so ihre Aussage, drohe nichts weniger als die Gefahr eines neuen Weltkrieges. Dies hervorgerufen durch die Konkurrenz des ökonomisch und politisch im Abstieg begriffenen führenden Hauptkriegstreiber USA und seinem wichtigsten Widersacher, der VR China. Also bedürfe es einer angemessenen Antwort von eben solcher Antikriegsbewegung.

H&H verstehen ihre Analyse mit einem Katalog von Zielsetzungen aktiver Friedenspolitik (Austritt aus der NATO, strikte Neutralität, etc.) und resümieren dann am Ende: „...müssen wir der deutschen Bourgeoisie jeden der notwendigen Schritte in Richtung Frieden und zur Verteidigung unserer Lebensinteressen abringen.“ Dieser Anspruch ist korrekt formuliert, seine Ausarbeitung aber in ihrem Text erweist sich als nicht zu Ende gedacht.

Antikriegsbewegung braucht eine angemessene Leitlinie

Eine Friedensinitiative wie z.B. *Abrüsten statt Aufrüsten* zielt mit eher beschränktem Blick lediglich nach Innen und im Resultat zu kurz: *Fast das Doppelte fürs Militär, was könnte dafür wohl alles für soziale Projekte getan werden!* Gleichzeitig ist diese und sind andere Antikriegs-Kampagnen vor allem wegen ihrer Äquidistanzhaltung gegenüber allen imperialistischen Staaten auf der einen und Russland bzw. China auf der anderen Seite politisch nur sehr begrenzt wirksam. Sie verstehen den Blick auf das Wesentliche, wenn sie alles zu einem einzigen reaktionären Brei verführen.

Sind denn etwa die herrschenden imperialistischen Klassen, sagen wir beispielhaft, der Benelux-Staaten, diejenigen, von denen Kriegefahr ausgeht? Wenn dem aber nicht so ist, welche Schlüsse müssen daraus gezogen werden? Wem nützt es, wenn z.B. die DFG-VK in diesem Sommer bei Stra-

ßenaktionen Trump und Putin parodierend einander zuprosten lässt, ohne zu berücksichtigen, wer hier Hammer und wer Amboß ist? Nicht die Russische Föderation steht vor den Grenzen der USA, sondern umgekehrt, die USA als führendes NATO-Land steht mit den anderen NATO-Mächten sehr aggressiv und mit geballter Militärmacht an der Westgrenze Russlands.

Von den politischen Repräsentanten der Bundesrepublik müßte all das gefordert werden, was Verbesserung der Handels- und Kulturbeziehungen speziell zur VR China und der Russischen Föderation unterstützt. Und zwar in einer Weise, die sich eben nicht den US-Sanktionen unterwirft. Diese Sanktionspolitik der USA breitet sich in der internationalen Sphäre galoppierend aus und mündet durchaus konsequent z.B. in der US-Forderung nach einem Anteil in Höhe von 2% des BIP an den Staatsausgaben der NATO-Staaten in Hinblick auf deren Rüstungshaushalt.

Die Friedensbewegung kann diese Verhältnisse nicht vor allem dadurch zum Tanzen bringen, dass sie von den bürgerlichen Regierungen verlangt, statt bei 2% dann nur bei, sagen wir, 1,6% stehen zu bleiben, sondern vor allem dadurch, dass der Sanktionspolitik gegenüber Russland und China nicht Folge geleistet und eben globale Multipolarität gefördert wird. Dies wäre dann politisch genau jene Qualität, die eine wirksame Friedensbewegung sehr gut gebrauchen könnte.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang an den großen Schub nationaler Befreiungs-

Versuchen von NATO und EU zu militärischer und wirtschaftlicher Einkreisung Russlands und Chinas beteiligt. Es reicht nicht, bloß ein Ende der Sanktionspolitik von USA und EU zu fordern. Positiv gewendet: „Frieden mit Russland“ und „Frieden mit China“ müßten dabei mindestens für KommunistInnen die geradezu obligatorische Leitlinie abgeben. Für diese Leitlinie gibt es in der Bevölkerung nachweisbar einen großen Vorrat an Verständnis und Billigung – übrigens bis hinein in das Lager der deutschen Monopolbourgeoisie, wiewohl dort natürlich mit ganz eigenen Motiven.

Leider ist von einer solch klaren Akzentuierung bei H&H nicht die Rede. Auch wenn man den Ansatz von H&H, den Friedenskampf in Deutschland auf der Basis einer materialistischen Analyse zu entwickeln, positiv würdigen muss, bleibt ihre Analyse dennoch schematisch. So verbleiben sie mit ihrem Forderungskatalog in den Denkmustern der Friedensbewegung der 1980er Jahre befangen und grenzen sich nicht deutlich von einer falschen aber gleichwohl weit verbreiteten Äquidistanzhaltung ab.

Aus der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung lernen

H&H wissen, dass KommunistInnen mindestens auf zwei herausragende Quellen von Imperialismusanalyse zurückgreifen können: Lenins Schrift *Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* (1916) zum einen und die Dokumente des 7. Weltkongresses der Komintern (1935) auf der anderen Seite.

Auf den ersten imperialistischen Weltkrieg folgte die Oktoberrevolution, auf den zweiten folgte die Bildung eines breiten sozialistischen Lagers und die VR China startete ihre Erfolgsgeschichte als zweiter



und Unabhängigkeitsbewegungen, der in den 1960er bis 1980er Jahren zu verzeichnen war. Egal, wie man zur damaligen Sowjetunion oder zur VR China stand, letztgenannte waren allein kraft ihrer Existenz eine Konkurrenz zu USA und Westeuropa und andere junge Staaten konnten das für ihre Entwicklung nutzen.

Ebenso ist der „offiziellen“ Politik der Bundesrepublik vorzuwerfen, dass sie sich, wie es derzeit der Fall ist, an konfrontativen

großer sozialistischer Staat. In beiden Fällen gab es in der Folge auch eine „Diversifizierung“ imperialistischer Macht, eine Reihe neuer Nationalstaaten mit eigenen materiellen und ideellen Interessenslagen sowie neue imperialistische Machtgruppen. Es gab und gibt imperialistische Staaten mit sehr aggressiven Monopolbourgeoisien und solche, die - aus historisch erklärbaren Gründen - deutlich weniger aggressiv waren und sind. Genau so, wie Lenin in der zi-

tierten Schrift bereits von *ungleichmäßiger Entwicklung* sprach und daraus auch im politischen Handeln Konsequenzen ableitete.

Lenin, und noch mehr die anderen führenden KommunistInnen nach der Oktoberrevolution, mussten mit dem Umstand fertig werden, dass ein einziges Anrennen gegen die imperialistischen Mächte nicht den globalen Sozialismus herbeiführen kann. Sie müssten sich den Kopf darüber zerbrechen, wie die vielfältigen innerimperialistischen Widersprüche zu nutzen sind, wie internationale Bündnispolitik gestaltet werden kann. Lernten sie es nicht, waren sie dazu verdammt, zuzulassen, dass die soziale Revolution in den Ländern, die aus dem imperialistischen Weltsystem ausgebrochen waren, unter dem Druck der international agierenden Kapitalistenklasse erstickt würde. Sie mussten und müssen es lernen, egal, ob es sich dabei um KommunistInnen an der Macht oder solche in der legalen oder illegalen Opposition, ob es sich um VertreterInnen von Massenparteien oder nur von kleinen und kleinsten Kollektiven handelt.

KommunistInnen müssen in der Antikriegsbewegung für eine politische Hege monie, für die politischen Interessen der Arbeiterklasse eintreten, damit, sollte es erneut zum Krieg kommen, die herrschenden Klassen der imperialistischen Kriegsmächte um ihre Macht fürchten müssen

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass es sich auch bezüglich der ökonomischen Verteilungskämpfe unter dem Motto „*Klasse gegen Klasse*“ als jeweils vorteilhaft herausstellt, wenn klar ist, welche Sanktionspolitik da im Hintergrund, sozusagen als zusätzlicher als Kostgänger, die Verteilungsmasse wegbeißt. Hätten wir gerade in den baltischen Staaten, in Polen und in der Ukraine fähige Organisationen der Arbeiterklasse, so wären diese gut beraten, wenn sie darauf hinweisen würden, daß z.B. die Energiekosten dort deswegen sehr hoch liegen, weil das US-Sanktionsregime diesen Staaten das eigene teuere Flüssiggas auflastet und die traditionellen Handelsbeziehungen zu Russland vollständig unterminiert hat. Es bleibt abzuwarten, ob nicht die Entwicklung um *North Stream 2*, wo die US-Regierung eine Pressionspolitik mithilfe von Sanktionen versucht, ähnliche Resultate zeitigen wird.

Wer also von einer realen Weltkriegs gefahr ausgeht, muss alle Mittel und Wege nennen, die diese Gefahr bannen können. *H&H* nennen diese Mittel und Wege nicht, v.a. nicht im Klartext. Klar ist aber schon jetzt, dass eine Friedensbewegung scheitern wird, die auf eine Leitlinie wie „*Frieden mit Russland und China*“ verzichtet.

Konkurrenz USA vs. China ist unausweichlich, aber „It takes two to tango...“

H&H wollen im Widerspruch zwischen den USA und der VR China jenen Widerspruch entdeckt haben, der zu einem neuen Weltkrieg führen wird. Dabei führen sie im Wesentlichen Fakten aus der ökonomischen Sphäre an (BIP, Kapitalexportmargen, Handelsbilanz und -hegemonie, Dominanz in Sachen internationaler Handelswege). Sie fragen nicht nach anderen möglichen Verlaufsformen sich zuspitzender Erscheinungen einer globalen kapitalistischen Krise. Sie fragen auch nicht danach, ob die Volksmassen in China weltkriegerische Attacken überhaupt mitmachen würden und auch nicht danach, ob die führende Partei in der Volksrepublik, die KPCh, so einen Weg überhaupt gehen würde. Ich glaube, ohne eine hinreichende Antwort auf diese Aspekte, kann eine Feststellung wie die von *H&H*, nach der Unausweichlichkeit eines Krieges zwischen den beiden Mächten, nicht überzeugen.

Einmal davon abgesehen, dass es sich bei der VR China in meinen Augen um einen sozialistischen Staat mit einer starken und aktiven KP an der Spitze handelt - natürlich auch bekämpft und freilich auch durchsetzt von VertreterInnen der bürgerlichen Klasse- und auch abgesehen davon, dass diese Art Regierung einen Angriffs- oder Vernichtungskrieg gegen einen äußeren Feind kraft internen Widerstands, mindestens aber kraft interner Verweigerung wohl kaum überleben würde: Die Chinesen tun auch jetzt schon eine ganze Menge in ihren Außenbeziehungen, was kolonialen oder spätkolonialen Traditionslinien klassischer imperialistischer Mächte wie den USA nicht entspricht. Das gesamte Konzept der *Neuen Seidenstrasse* etwa lebt von der Einbindung lokaler Ökonomien in ein langfristiges suprakontinentales Gesamtprojekt. Dort engagierte lokale Ökonomien machen mit, weil sie in Sachen Investitionen und Revenue gute Chancen für die eigene Entwicklung erwarten können, weil sie im Fall eigener Probleme, z.B. mit krisenhaft sinkender Inlandsnachfrage, in einem größeren Handels- und Absatzmarkt dennoch Chancen auf Fortbestehen haben können.

Was die Russische Föderation betrifft, so liegen dort die Dinge etwas anders, denn das gesamte russische Staatswesen und natürlich dessen ökonomische Basis ist tatsächlich in einer imperialistischen Entwicklung begriffen. In jedem Fall wäre es aber falsch anzunehmen, dass Russland derzeit nach Weltherrschaft streben könnte.

Das kann es nicht, denn dafür sind die Faktoren der ökonomischen Sphäre speziell in puncto Kapitalexport viel zu schwach entwickelt. Die Ära Jelzin, in der reichlich Tafelsilber an eine Vielzahl neoliberaler Oligarchen verscherbelt wurde und wo die staatliche Einheit stark in Frage stand, wurde ja gerade dieser Tage überhaupt erst überwunden. Und dann musste Russland auch noch große Anstrengungen unternehmen, um nicht angesichts von Attacken des globalen Imperialismus (Zentralasien, Georgien, Ukraine) vollends zerrieben zu werden.

Aber trotz dieser Attacken lässt sich keine aggressive imperialistische Attitude der russischen Föderation herauslesen. Im Gegenteil, Russland nützt denjenigen, die ihre nationale Unabhängigkeit verteidigen müssen, nützt den bedrängten Völkern und Nationen derzeit deutlich mehr, als sein vormaliger Weg der 1990er Jahre in ein Oligarchenregime mit etwas Sozialstaatstümche zunächst erwartet ließ. Putin genießt in Russland ein hohes Ansehen als patriotische Autorität. Die Russen halten es mit großer Mehrheit für richtig, dass und wie der NATO/EU-Aggression in Georgien und der Ostukraine begegnet wurde und wird. Es ist nicht zu erkennen, dass die Putin-Administration einen Angriffs- und Vernichtungskrieg im politischen Repertoire hat. Und selbst wenn dem so wäre, würde sie ihn nicht erfolgreich führen können.

Die VR China und die Russische Föderation sind beide nicht Teil des Problems *Gefährdung des Weltfriedens*. Sie unternehmen vielerlei Friedensinitiativen (Syrien, Iran, Venezuela, Westbalkan, Verzicht auf atomaren Erstschlag etc.) und gehören damit eindeutig zur globalen Antikriegsbewegung als ein Teil der Lösung, der *Sicherung des Weltfriedens*. Dass *H&H* dies nicht aussprechen wollen, offenbart wohl das Problem vieler KommunistInnen dieser Tage: Vor lauter Abwägerei, ob dieses oder jenes gerade noch sozialistisch ist oder schon nicht mehr ganz oder noch nie war, vergisst man zielführend zu handeln. Die Analyse von *H&H* wird so zu einer nicht allseitigen, ja, hölzernen und seltsam unpolitischen Angelegenheit.

Quellen und Anmerkungen

Der Autor ist Mitglied im Deutschen Freidenker-Verband (DFV) und außerdem aktiv in der lokalen Initiative „Frieden mit Russland“ in Hannover. Der Beitrag nimmt Bezug auf einen Artikel „Die Gefahr eines Weltkrieges wächst! Breite Antikriegsbewegung tut not!“ von Inge und Harald Humburg, der im November 2019 auf blog.unsere-zeit.de erschien ist; <http://blog.unsere-zeit.de/?p=2938>

REZENSIONEN

Andreas Wehr

LOB DER NATION

Warum wir den Nationalstaat nicht den Rechtspopulisten überlassen dürfen, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, 112 Seiten, 12,90 Euro ISBN 978-3-8012-0528-7

Ein „Lob der Nation“ - und das von einem hochrangigen Mitarbeiter der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)? Das muss einfach neugierig machen. Der Autor des Buches, Michael Bröning, zeichnet in der FES als Projektverantwortlicher für das Onlinejournal „Internationale Politik und Gesellschaft“ (IPG) verantwortlich. In diesem Journal kommen immer wieder auch Wissenschaftler und Journalisten zu Wort, die vom Mainstream der heutigen kulturalistischen Linken nicht beachtet, ja von ihr sogar offen angefeindet werden, wie etwa Wolfgang Streeck, Nils Heisterhagen und Wolfgang Merkel. Raum erhalten dort aber auch Politiker wie der tschechische Sozialdemokrat Luboš Blaha oder die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen, um die Flüchtlingspolitik ihrer Länder zu verteidigen. Das Publikationsangebot der IPG ist daher sehr viel offener und pluraler als das der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die der Partei DIE LINKE nahesteht.

Sein Credo beschreibt Bröning in der Einleitung des Buches: „Demokratie bedarf eines Demos, einer klar definierten demokratischen Körperschaft. Historisch und theoretisch ist das Ideal der Volkschenschaft untrennbar mit der Entwicklung des Nationalstaats in einem klar definierten Territorium verbunden. Es ist auch genau dieser Rahmen, in dem linke Politik geschichtlich angetreten ist, um Widerstand und Solidarität gegen die Interessen des Kapitals zu organisieren und demokratische Mitbestimmung einzufordern.“ (15) Von dieser Position aus behandelt der Autor die für ihn entscheidende Rolle des Nationalstaats in einem linken politischen Konzept, aufgeteilt in drei Themenblöcke: Migration, Europäische Union und Globalisierung.

Im Abschnitt „Migration. Solidarität und Integration“ widerspricht er zunächst den in der Linken so verbreiteten fatalistischen Positionen, wonach eine Steuerung der Zuwanderung als unmöglich angesehen wird: „Gerade für progressive Kräfte ist

gen Akteure, die ansonsten die Steuerungsmöglichkeiten von Politik legitimerweise betonen, verschreiben sich beim Thema Migration einer ‚There is no alternative‘ - Perspektive. Dabei wiederholen die Progressiven eben die Fehler, die sie beim Versuch der Einhegung der Globalisierung und im Verhältnis zum Turbo-Kapitalismus des 21. Jahrhunderts auf anderer Ebene begangen haben (...)“ (24)

Steuerung der Einwanderung bedeutet zugleich aber auch ihre Begrenzung: „Schließlich wäre eine Steuerung ohne Begrenzung kein Kontroll- sondern lediglich ein Informationszugewinn.“ Und ohne eine Begrenzung kann es keine erfolgreiche gesellschaftliche Integration geben: „Unbegrenzte Einwanderung sollte (...) aus sehr viel indirekteren, aber gleichzeitig strukturell langfristig wirksameren Gründen gerade von progressiveren Befürwortern einer sozialstaatlichen Umverteilung kritisch gesehen werden: weil dadurch nachhaltige gesellschaftliche Solidarität unterminiert wird. Doch noch ein zweiter Grund sollte fortschrittlichen Kräften eine Begrenzung von Einwanderung als politisch sinnvoll erscheinen lassen: nämlich das ursozialdemokratische Anliegen gesellschaftlicher Integration“ (28)

Darüber, wie eine solche gezielte Steuerung, vor allem aber eine Begrenzung der Migration konkret aussehen könnte, macht der Autor jedoch nur vage Andeutungen. Die in diesem Zusammenhang oft genannte Obergrenze von maximal 200.000 Aufzunehmenden wird nicht angesprochen. Verwiesen wird

vielmehr auf die erfolgreiche Einwanderungspolitik Kanadas, die als „Weg des Pragmatismus“ (33) beschrieben wird: „In Summe hat Kanada eine interessengeleitete, stark selektierende Einwanderungspolitik etabliert, die gesellschaftlich breite Unterstützung erfährt und zahlenmäßig einen erstaunlichen Umfang angenommen hat.“ (35) Es sei jedoch – nach Bröning – zu bezweifeln, ob Kanada als Vorbild für Deutschland dienen könnte: „Die anhaltende gesellschaftliche Zustimmung zur praktizierten Migrationspolitik und zur großzügigen humanitären Flüchtlingspolitik wird dabei sicher auch begünstigt durch

grationsbewegungen per se begrenzt.“ (35) In der Tat ist die Situation in Deutschland eine andere, denn seine Grenzen lassen sich kaum sichern.

Seine Hoffnung auf die Etablierung einer geregelten Einwanderungspolitik auch in Deutschland setzt der Autor auf das bei der Abfassung des Manuskripts noch in Planung befindliche Zuwanderungsgesetz, auf das sich die Regierungskoalition 2018 im Koalitionsvertrag verständigt hatte. Das inzwischen beschlossene und im März 2020 in Kraft tretende „Fachkräfteeinwanderungsgesetz“ dürfte allerdings kaum den Erwartungen Brönings entsprechen. Es erleichtert lediglich den Zuzug bereits qualifizierter Arbeitskräfte, um dem von den Unternehmen so laut beklagten Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Im Ergebnis wird die neue Regelung daher vor allem den „brain drain“ aus Entwicklungsländern verstärken. An der unbefriedigenden Situation des unregelten Zuzugs von Arbeitssuchenden, die als Flüchtlinge ins Land kommen, wird es hingegen nichts ändern.

Wie in der Frage der Migration unterscheiden sich auch Brönings Aussagen zur Europäischen Union deutlich von den gängigen pro-europäischen Parolen des linken kulturalistischen Milieus. Bröning erinnert daran, dass „das real existierende europäische Projekt nicht von Linken, sondern von konservativen Kräften aus der Taufe gehoben (wurde)“. (46) Dies habe weitreichende Konsequenzen, denn „diese wirtschaftsliberale DNA (...) ist heute kaum noch aus dem europäischen Projekt herauszufiltern.“ (46) Und so lautet „die ernüchternde Wahrheit, dass zumindest bislang Institutionen wie die EU eher als Globalisierungsbeschleuniger und als Vertreter des Freihandels in Erscheinung getreten sind denn als Korrektoren von Entwicklungen, die aus dem Ruder gelaufen scheinen.“ (74) In seiner Kritik an der EU beruft sich der Autor vor allem auf Artikel und Bücher des Sozialwissenschaftlers Fritz W. Scharpf und des ehemaligen Richters am Bundesverfassungsgericht Dieter Grimm.

Beklagt wird vom Autor insbesondere der undemokratische Charakter der zur Euro-Rettung geschaffenen Institutionen,

hier vor allem des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM): „Die Marginalisierung demokratisch gewählter nationaler Parlamente und die Ersetzung eines Königrechts (das der Budgetkontrolle, A.W.) auf nationaler Ebene ist alles Mögliche, aber bestimmt kein Zugewinn an demokratischer Kontrolle.“ (54)

Bröning stellt die Frage, wie stattdessen „eine vernünftige Europäisierung“ aussehen könnte. Den Anhängern einer „Europäischen Republik“ erteilt er dabei eine klare Absage, steht doch eine solche Forderung sogar im Widerspruch zu den Europäischen Verträgen, in denen das Subsidiaritätsprinzip verankert ist. Er plädiert vielmehr für ein „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“, eines „flexiblen Europas“. (67) Nach ihm „gilt (das) nicht zuletzt für eine wirklich strukturelle Lösung der anhaltenden Eurokrise. Auch hier wäre zu überlegen, ob die trügerische Stabilität des Status quo‘ und das Bestehen

EU und ausdrücklich gegen jede Stärkung der Nationalstaaten ausgesprochen.

Auch im dritten Kapitel des Buches, das mit „Globale Politik und der Nationalstaat“ überschrieben ist, kommt der Autor zu Schlussfolgerungen, die im Gegensatz zur Politik der SPD stehen: „Schon ein oberflächlicher Blick auf aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen auf globaler Ebene bestätigt die Einschätzung, dass heute nicht ein Zuviel sondern ein Zuwenig an Staatlichkeit das eigentliche globale Problem darstellt.“ (77) Die „Hauptbedrohungen der Gegenwart (sind) nicht mehr ‘Aggression, Eroberung und das Auslöschen von Staaten‘, (...) (es ist) vielmehr der Zusammenbruch von Staaten.“ (79) „Dem Weltfrieden, so die für manch einen Beobachter kontraintuitive Erkenntnis, ist nicht mit der Überwindung des Nationalstaats, sondern mit seiner Stärkung gedient.“ (80)

Nach Bröning gilt: „Die Politik gegen den Staat erwies sich vielerorts als Politik gegen Entwicklung.“ (83) Seine Vorbilder für die notwendige Stärkung des Staates sieht er in der Volksrepublik China, in Japan, Südkorea und



Fatal ist mir das Lumpenpack, das, um die Herzen zu rühren, den Patriotismus trägt zur Schau, mit allen seinen Geschwüren.

(Heinrich Heine)

auf einem ‘One Fits None-Ansatz dauerhaft tragfähig sind.“ (67) Plädiert wird für einen ‘zweistufigen europäischen Wirtschaftsverbund‘, wie ihn Fritz W. Scharpf vorschlägt. Die ökonomisch schwächeren Eurostaaten erhielten so die Möglichkeit zurück, das Mittel der Abwertung einer nationalen Währung zum Ausgleich mangelnder Konkurrenzfähigkeit einzusetzen zu können. Ein „solches Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten (würde) auf absehbare Zeit nicht in eine europäische Föderation münden, wohl aber in eine punktuell engere Zusammenarbeit bei gleichbleibender Souveränität der Mitgliedsstaaten etwa unter dem Dach einer europäischen Konföderation.“ (67f.)

Sein Fazit zur EU lautet daher: „Wer heute (...) auf europäischer Ebene mehr Demokratie wagen will, kommt an der Einsicht nicht vorbei, dass dies nur gelingen kann, wenn auch und gerade progressive Pro-Europäer bereit sind, mehr Nationalstaat zu wagen.“ (68) Das aber ist genau das Gegenteil der Europapolitik, wie sie seit langem die SPD verfolgt. Im Wahlkampf zum Europäischen Parlament im Frühjahr 2019 hat sie sich gerade erst wieder zu einer schnelleren Integration der bestehenden

Taiwan: Sie alle „verschmähten die vermeintlichen neoliberalen Allheilmittel und setzten auf eine staatszentrierte Entwicklung. China bestand stets auf Einfuhrzölle auf Industriegüter, einen eingeschränkten grenzüberschreitenden Kapitalverkehr, einen Bankensektor, der stark reguliert und sogar in Staatshand ist, und einer großen Zahl staatseigener Unternehmen, die mit Subventionen und Monopolen geschützt werden. Es ist dieses Rezept eines massiven staatlichen Eingriffs, welches das chinesische Wirtschaftswunder der vergangenen Dekaden erst ermöglicht hat (...)“ (83 f.) Das Resümee des Autors in diesem Abschnitt lautet denn auch: „Der Nationalstaat (ist) nicht Hindernis, sondern Ausgangspunkt einer wirklichen internationalistischen Weltordnung.“ (91)

Im Schlusskapitel seines Buches fordert Bröning „Ein linkes Lob der Nation“ (94): Notwendig ist „die Rückbesinnung auf den starken Staat als progressives Politiknarrativ“. (97) „Eine Linke, die diese positive Grundhaltung zur Nation und zum starken Staat nicht nur vernachlässigt, sondern aktiv zu überwinden sucht, stellt sich gegen gesellschaftliche Mehrheiten – und gegen die eigenen Wähler, wie sich derzeit

an der dramatischen Selbstabschaffung weiter Teile der linken Mitte in Europa beobachten lässt.“ (99) Scharf kritisiert er „programmatische Verschiebungen zugunsten progressiver und in ihrer Wirkung antinationalstaatlicher Positionen etwa in Fragen der Migrationspolitik. Durch die Bank lockerten Mitte-Links-Parteien Einwanderungsbeschränkungen, liberalisierten Staatsbürgerrechte und setzten auf progressive Identitätspolitik als Ersatz für traditionell kommunitaristische nationale Identitätsangebote.“ (101)

Brönings Buch kann als eine programmatische Erklärung für eine völlig andere sozialdemokratische Politik gelesen werden, die mit der vorherrschenden Identitätspolitik bricht und zurückkehrt zur Verteidigung und zum Ausbau eines von Sozialabgaben finanzierten Wohlfahrtsstaats, der nicht zuletzt die „historische Trophäe der Sozialdemokratie darstellt“ (25). Nur dann werden seiner Meinung nach die Sozialdemokraten den scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg der Rechtspopulisten stoppen können. Mit dieser Position stehen er und die wenigen Gleichgesinnten aber leider weitgehend allein dar. Wie andere europäische sozialdemokratische Parteien ist auch die SPD so gut wie vollständig auf den Kurs einer kulturalistischen, antinationalen Identitätspolitik eingeschwenkt. Vor allem die verbliebene SPD-Linke verfolgt diese Politik.

Auch wohl mit Blick auf seine gegenwärtige Außenseiterposition in der SPD hat Bröning sein Buch, das bei J.H.W. Dietz, dem Hausverlag der SPD, erschienen ist, in moderater, wenig konfrontativer Sprache abgefasst. Vermieden wird etwa die konkrete Benennung der fatalen Politik der SPD, die der Rechten in die Hände spielt. Es werden auch keine Politiker benannt, die die Partei erst in diese Lage gebracht haben. Und so begründet Bröning auffällig oft seine Vorschläge mit Ergebnissen aus Meinungsumfragen – er lässt so die Mehrheiten dort für eine andere Politik für sich sprechen.

Das Buch ist auch für außerhalb der SPD Stehende hochaktuell, denn sowohl in der Partei DIE LINKE wie auch in anderen Linksaßen stehenden Gruppen ist der „intellektuelle Nationalstaats-Exorzismus“ (13) weit verbreitet.

Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Autors. Erstveröffentlichung auf <https://www.andreas-wehr.eu/lob-der-nation.html> im November 2019.

LURCHIS LUSTIGE LESEECKE

Über antimonopolistische Strategie und über die Gefahren, die vom Klimawandel für die Vernunft und von Rentnern für die bürgerliche Demokratie ausgehen

Kontroverse um die antimonopolistische Strategie

In den Informationen zur 11. Tagung des Parteivorstands der DKP^[1] ist unter der Überschrift „Strittige Fragen“ eine Kontroverse über die grundsätzliche politische Linie der Parteiführung dokumentiert. Diese Diskussion ist allen Kommunisten und anderen Linken unbedingt zur Kenntnis und zur Fortführung empfohlen. Neben Statements des Vorsitzenden der DKP, Patrik Köbele und seines Stellvertreters Hans-Peter Brenner, sind vor allem die dazu kontroversen Positionierungen von Männe G., Pablo G. und Björn S. interessant.

In Abgrenzung vom quasi regierungsmäßlichen „Kampf gegen Rechts“ mit seiner Stoßrichtung gegen den völkischen Nationalismus vertritt Männe G. die These, dass die gegenwärtig zentrale Ideologie zur Durchsetzung der Monopolinteressen in Deutschland - und damit ihre aktuell reaktionärste Form - der EU-Chauvinismus sei. Als eine zeitgemäße Form des Kosmopolitismus sei dieser „für den deutschen Imperialismus ein zentrales ideologisches Moment nach außen und vor allem innen [...], um die Unterdrückung und Ausplünderung anderer Nationen und seiner Bevölkerung in Europa zu rechtfertigen“ (S. 35).

Der völkische Nationalismus hingegen (wie er u.a. in der AfD vertreten wird) diene den politischen Vertretern der Monopolbourgeoisie vor allem dazu, mit der antifaschistischen Demagogie eines „Kampfes gegen Rechts“ die EU als Herrschaftsinstrument zu legitimieren - sowohl in Europa, als auch gegen die eigene Arbeiterklasse. Vor diesem Hintergrund dürfe die Erschließung neuer Wählerpotenziale durch die AfD nicht vorschnell als ein Anwachsen von Rassismus und Chauvinismus in der Arbeiterklasse interpretiert werden, sondern spiegele umgekehrt vor allem das Unvermögen der demokratischen Kräfte in unserem Land, die Angriffe auf die Werktätigen adäquat zu erfassen und entsprechenden Widerstand gegen die gegenwärtige Monopoloffensive zu formieren.

In die gleiche Kerbe schlägt Pablo G., der sich ebenfalls gegen die Auffassung im Parteivorstand wendet, die Wahlerfolge der AfD seien eine Regression vor malig sozialdemokratischen Bewusstseins in der Arbeiteraristokratie und vor allem Ausdruck zunehmender rassistischer und nationalistischer Einstellungen in der Arbeiterklasse. Dagegen vertritt er die These einer Repräsentationskrise des bürgerlichen Parlamentarismus, die einen Riss in der neoliberalen Hegemonie offenbart und damit Anknüpfungspunkte auch für einen antimonopolistischen Widerstand biete.

Am Beispiel des EU-Wahlkampfes habe sich veranschaulicht, wie unter den Bedingungen bröckelnder Hegemonie die Formierung der Gesellschaft zur Durchsetzung der Monopolinteressen vorangetrieben werde: Im Zuge der groß angelegten Kampagne „Europa. Jetzt aber richtig!“ und flankiert von #unteilbar-Demonstrationen sei eine breite Massenbasis für die Verwendung der EU als Herrschaftsinstrument des deutschen Monopolkapitals geschaffen worden - angetrieben von nahezu allen bürgerlichen Parteien (mit Ausnahme der AfD), inklusive der PdL, der bürgerlichen Presse sowie von Arbeitgeberverbänden und im Schulterschluss mit den Gewerkschaften: „Große Teile der Bevölkerung, einschließlich der Gewerkschaften wurden in die anti-demokratische und anti-soziale Politik der Herrschenden, wofür die EU steht, integriert. [Die Kampagne] rückte zugleich [Forderungen] zur Einschränkung der hemmungslosen Konkurrenz auf dem EU-Binnenmarkt, der Einschränkung der Kapitalverkehrsfreiheit und weitere antimonopolistische Forderungen in eine rechte und reaktionäre Ecke“ (41).

Björn S. hingegen konzentriert sich in seinem Statement ausschließlich auf die Differenzen im Sekretariat und im Parteivorstand hinsichtlich der Einschätzung der aktuellen Klimabewegung. Sein Ausgangspunkt bildet dabei die These, dass wir es gegenwärtig mit einer neuen, grünen Offensive des Monopolkapitals zu tun haben. Hintergrund dafür sei ein polit-ökonomischer Umbau zur Hebung der Profitraten: massive öffentliche Investitionen zur „Dekarbonisierung“ der Produktion, Verlagerung „dreckiger“ Industrien und Schaffung von neuen Wertpapieren und Zertifikaten zur Um-

schichtung von Kapital in „grüne“ Anlageobjekte (z.B. E-Mobilität). Für die Arbeiterklasse und die nicht-monopolistischen Schichten bedeute dies einen groß angelegten Angriff auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen.

Hinsichtlich der Charakterisierung der Klimabewegung „Fridays for Future“ (FfF) sei festzustellen, dass sich alle ihre Forderungen gegen die Werktätigen richten: CO2-Steuer, Kohlekraftwerke abschalten, Preiserhöhung durch Änderung des Strommixes, Wohnungsbaustop, Fahrverbote und ein E-Mobilitäts-Zwang. Vor diesem Hintergrund sei es ein schwerer politischer Fehler, FfF als eine antimonopolistische Bewegung zu charakterisieren sowie die verbreitete Ablehnung dieser Bewegung in weiten Teilen der Bevölkerung als rückständiges Bewusstsein zu begreifen. „Unser „Nein zur CO2-Steuer“ müssten wir zuallererst mit diesen Menschen diskutieren und mithelfen, Keime des Widerstands zu schaffen [...]. Es ist ein Drama, dass wir Gefahr laufen, uns von diesen Menschen abzuwenden, und uns stattdessen der von den Grünen und ihrer Wählerklientel geprägten Klimabewegung zuwenden“ (45).

Vernunft- und Klimawandel

Nicht nur die Klimabewegung „Fridays for Future“, die ganze Frage des Klimawandels hat sich in den letzten Monaten zu einer teils sehr emotional geführten Kontroverse entwickelt. Erfreulicherweise sind zwei Publikationen aus dem aufgeklärten Lager erschienen, die als Beitrag zu einer Versachlichung der Diskussion sehr zu empfehlen sind.

So widmete sich die Dezember-Ausgabe des Verbandsorgans der *Freidenker* sehr umfangreich dem „Klima im Wandel der Zeit“^[2]. Die vielen hochwertigen Beiträge sind allesamt von fachlich versierten Autorinnen und Autoren verfasst und bieten eine sehr umfangreiche Spannbreite der Facetten - angefangen bei einer Einführung in die grundlegenden Fakten und Grundlagen zum Klimawandel sowie den frühen Überlegungen von Marx und Engels zur Ökologie, über eine Entzauberung diverser Mythen des wissenschaftlichen Diskurses und der Manipulationen durch die politisch-interessierte Berichterstattung in den bürgerlichen Medien, bis hin zu ideolo-

giekritischen Erörterungen und der Ausleuchtung der Rolle der Finanzoligarchie bei der Initiierung und Beförderung des gegenwärtigen Klimahypes.

Besonders hervorzuheben ist die das Heft abschließende philosophische Abhandlung *Sebastian Bahlos* zum Begriff des *Anthropozän*. Bahlo nähert sich zunächst dem Begriff der Natur über verschiedene Bewegungsformen der Materie, bis er bei der menschlichen Gesellschaft, als die höchste gesetzmäßige Entwicklungsstufe der Natur angekommen ist. Dieses von Geologen als Anthropozän bezeichnete Zeitalter zeichnet sich dadurch aus, dass die Natur erstmals bewusst gestaltet werden kann - eben vom Menschen.

Vor diesem Hintergrund wendet sich Bahlo gegen einen quasi religiösen, idealistischen „kategorischen Imperativ der Naturbewahrung“, der zu einem schockenden Umgang mit Ressourcen aufruft und dem Menschen damit das Recht zur Umgestaltung der Natur abspricht. Die Natur in einem fixen Zustand erhalten zu wollen, wäre ein Handeln gegen die Natur. Denn: Natur sei Entwicklung und der Mensch gleichsam ihr Produkt und Motor. Im Ergebnis konstatiert der Autor: Selbst wenn es tatsächlich bewiesen wäre, dass menschliche Industrie für zunehmende Wetterkatastrophen verantwortlich sei, wäre es nicht rational, „den Schluß zu ziehen, daß eine weltweite Beschränkung des industriellen ‚Treibhausgas‘-Ausstoßes die negativen Folgen für den ärmeren Teil der Weltbevölkerung mildern könnte. Nur industrielles Wachstum, das notwendig mit ‚Treibhausgas‘-Emission einhergeht, kann diese negativen Folgen mildern“ (S. 54).

Angesichts der bestechenden Argumentation Bahlos kann es jeden, der auch nur in Ansätzen einmal mit den Grundlagen des historischen Materialismus und der Dialektik in Berührung gekommen ist, bloß die Schamesröte ins Gesicht treiben, sollte die Rede einmal wieder auf den „ökologischen Imperativ“ oder auf irgendwelchen Gefahren oder Grenzen von steigender Produktivität und wirtschaftlichen Wachstum kommen.

Ähnlich verhält es sich bei einem Blick in die „Aktuellen Beiträge“ der *Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR* (ISOR e.V.), die sich in der Ausgabe 1/2019 den Diskussionen um Umwelt- und Klimaschutz widmen [3]. Hier gibt der einführende Beitrag von *Oberst a.D. Bernd Biedermann* einen

guten Überblick über die wissenschaftlichen Grundlagen des Klimawandels und den diesen widersprechenden aktuellen Behauptungen der Klimaschützer. Letztere würden nur davon ablenken, „notwendige Entscheidungen zum Natur- und Umweltschutz zu treffen und durchzusetzen“ (S. 9). Im Fokus der kritischen Auseinandersetzung steht dann vor allem der wissenschaftlich fragwürdige Zusammenhang zwischen dem CO2-Ausstoß und der Erderwärmung. Dieser wird zudem in den nachfolgend dokumentierten kritischen Kommentaren von *Rainer Rupp* auch noch in seinen politischen und ökonomischen Facetten analysiert. Insgesamt ist das ganze Heft geeignet, dem gegenwärtig den Klimadiskurs dominierenden CO2-Wahn vernunftgeleitete Argumente entgegenzusetzen und die Diskussion um den Klimaschutz auf eine sachliche Ebene zu bringen.

Volksverpetzer: der Name ist Programm

Als sich im Januar die Bewegung *Fridays gegen Altersarmut* (FgA) anschickte, bundesweit für eine Mahnwache in ca. 200 Orten in der gesamten Republik zu mobilisieren, schallte es gleich aus allen Ecken: „Vorsicht, das sind Nazis!“ Entsprechende Mails machten in linken Kreisen die Runde oder wurden von den örtlichen Gewerkschaften (bis hin zu DGB-Bezirksvorsitzenden) versandt. Die Aufregung war groß, denn nicht zuletzt der Oma-Umweltbau-Skandal des WDR dürfte dazu beigetragen haben, dass die Facebook-Gruppe von FgA innert kürzester Zeit auf 300.000 Mitglieder angewachsen war. Es bestand also eine ernste Gefahr, dass am 24. Januar massenhaft Nazis auf die Straße gehen würden!

So weit, so deprimierend - insbesondere für den, der sich vor Ort dann wirklich die Kundgebungen dieser Bewegung anschaut hat. Dort versammelten sich Arbeiter und Angestellte, die wohl am besten als Teil eines deutschen Gelbwesten-Milieus charakterisiert werden können. Die meisten waren offensichtlich das erste Mal in ihrem Leben auf einer politischen Kundgebung. Mag sein, dass mancherorts auch Vertreter der AfD ihre Runden gemacht, warme Worte mit den Anwesenden gewechselt und deren Hände fest geschüttelt haben. Das ist sogar sehr wahrscheinlich, weil alles andere eine politische Dummheit gewesen wäre. Wer dazu definitiv zu blöd gewesen ist? Siehe oben.

Dafür gab es aber vielerorts selbsternannte „antifaschistische“ Gegenkundgebungen, die einen entscheidenden Beitrag

dazu geleistet haben, dass die Unterstellung, dieser Protest sei ein rechter, zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung wird: „Dann bin ich jetzt wohl ein Rechter, weil ich etwas gegen Altersarmut tun möchte...“ Die wirklichen Rechten und Neofaschisten jedenfalls, die hie und da sicherlich gemischt haben, werden sich ins Fäustchen gelacht haben. Antifaschistische Hegemonie, allerdings, geht vermutlich anders.

Vor diesem Hintergrund lohnt doch ein genauer Blick in die gut recherchierten Artikel, deren Lektüre erfahrene Linke und Gewerkschafter davon abgehalten haben, ihrer politischen Verantwortung nachzukommen. Exemplarisch ist hier ein Artikel der website Volksverpetzer.de [4]. Interessant ist vor allem von welcher *inhaltlichen* Analyse man sich hat überzeugen lassen. Verdeckt würden hier rechte Feindbilder bedient, heißt es dort: „Die Regierung sei einfach Schuld [...]. Es wird einfach die simple, populistische Erklärung bedient, ‚die da da oben‘ seien Schuld und wenn man gegen ‚die Elite‘ kämpft, wird sich das Problem auf magische Weise von selbst lösen.“ Hier kommt also der regierungsmäßliche „Kampf gegen Rechts“ ganz zu seinem Wesen!

Erstaunlicherweise haben die auf der Facebook-Seite von FgA öffentlich zugänglichen Forderungen, wie z.B. nach Einführung einer Millionärssteuer oder die Abschaffung der Agenda 2010, in keinen dieser investigativen Artikel Eingang gefunden (stattdessen behauptet z.B. der Volksverpetzer schamlos, es gebe gar keine konkreten Forderungen). Das ist umso erstaunlicher, weil gerade solche Forderungen ja wohl absolut keinen Zweifel mehr daran lassen dürften, dass diese Bewegung nicht nur nach allen Seiten hin offen, sondern auch noch zutiefst „reformistisch“ und „staatsgläubig“ ist. Soll sich doch die AfD damit rumschlagen, nicht wahr?!

Quellen und Anmerkungen

[1] DKP Intern. Informationen der 11. Tagung des Parteivorstandes. 23./24. November 2019, <https://www.unsere-zeit.de/informationen-der-11-tagung-des-parteivorstandes-23-24-november-2019-3096>.

[2] Freidenker, Klima im Wandel der Zeit, Heft 4-19, Dez. 2019. Zu beziehen über www.freidenker.org. Ausgewählte Beiträge, so auch der von Sebastian Bahlo sind dort frei als PDF zugänglich.

[3] Aktuelle Beiträge, Ausgabe 1/2019 zu Diskussionen um Umwelt- und Klimaschutz. September 2019. ISOR e.V. Download über www.isor-sozialverein.de.

[4] <https://www.volksverpetzer.de/hintergrund/fridays-for-altersarmut>.

Inhalt

Johannes Magel
Editorial Seite 1

AKTUELL

Märkte Grüß
75 Jahre Befreiung vom Faschismus heißt: Nein zum NATO-Kriegsmanöver „Defender Europe 2020“ -
Ja zu Frieden mit Russland..... Seite 2
Daniel L. Schikora
Nein zur CO2-Steuer! Seite 4
Zum 23. Parteitag der DKP Seite 7

SCHWERPUNKT

Jürgen Lloyd
Grenzen der Einigkeit..... Seite 10
Diether Dehm
**Über Breite, Höhe und Tiefe:
den historischen Raum erobern!.....** Seite 12
Gebt keinen Euresgleichen auf Seite 15
Klaus Linder
**„Kampf gegen Rechts“ - vorgeschobene und reale
Gefahren^[1].....** Seite 16
Johannes Magel
Kein Grund zur Panik ^[1]..... Seite 21
Jann Meier
**Anmerkungen zur Debatte um die Einschätzung
der Bewegung #aufstehen** Seite 26
Thomas Lurchi
**Nochmal zum Hauptfeind:
Eine Frage der Handlungsfähig** Seite 28
Frank Braun
**Diskussionswürdig,
aber nicht zu Ende gedacht** Seite 30

REZENSIONEN

Andreas Wehr
Lob der Nation..... Seite 32
Lurchis lustige Leseecke..... Seite 34

Impressum

Herausgeber:
Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik,
V.i.S.d.P.: Johannes Magel, 30175 Hannover
<http://www.theoriepraxis.wordpress.com>
Druck: Eigendruck
Auflage: 1.400
Der Bezug ist unentgeltlich.

Redaktion und Anzeigen:
Postanschrift:

Johannes Magel
Scharnhorststraße 18
30175 Hannover
E-Mail: TundP-Box@web.de

T&P erscheint einmal im Quartal. Die Herausgabe der Zeitschrift ist ohne Spenden nicht möglich. Sie können überwiesen werden auf folgendes Konto:

Johannes Magel
IBAN DE33 2545 0110 0161 3822 39

Wer T&P aktiv unterstützen möchte, kann weitere Abonnenten gewinnen, kann eine Einmal-Spende überweisen oder besser einen Dauerauftrag einrichten. Auch für kleine Beträge sind wir dankbar.

Bei Abbestellungen, die schriftlich an die Redaktion oder per email an TundP-Box@web.de zu richten sind, wird um die Angabe der vollständigen Adresse gebeten. Es wird auf die Internet-Präsentation der Zeitschrift unter <http://www.theoriepraxis.wordpress.com/> verwiesen. Für Verbesserungsvorschläge und kritische Hinweise ist die Redaktion dankbar. Die Auffassungen der Autoren der Beiträge und die der Redaktion müssen nicht übereinstimmen. Leserbriefe sind jederzeit willkommen, können jedoch beim gegebenen Umfang der Zeitschrift nicht immer veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis.